

Renten-Hasardeure

Gaby Gottwald* zur Politik der Privatisierung der Altersvorsorge

Am 8. November, bei Drucklegung dieser Ausgabe des *express*, wird der Deutsche Bundestag abschließend über das neue Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge beraten und dies mehrheitlich beschließen. Hinter diesem wohlklingenden Titel lauert jedoch ein Bömbchen für die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV). Zum gezielten Ausbau der privaten Altersvorsorge wurde 2002 die beitragsfreie Entgeltumwandlung eingeführt. Danach können bis zu vier Prozent des Erwerbseinkommens, von dem Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen, beitragsfrei in eine betriebliche Altersvorsorge eingezahlt werden. Da dies zugleich einen beträchtlichen Einnahmeausfall für die Sozialversicherung zur Folge hat, wurde die Regelung auf Ende 2008 befristet. Noch im Sommer tönte Minister Müntefering, er werde die Regelung nicht fortführen, denn insbesondere für die GRV sei dies nicht zu verantworten. Recht hatte er – und änderte dann seine Meinung. In seltener Eintracht hatten Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sich für die Beibehaltung der jetzigen Regelung stark gemacht.

Die Entscheidung wird nachhaltige Konsequenzen für die Rente haben, da die beitragsfreie Entgeltumwandlung die Einnahmen der Rentenkassen wie auch die Berechnungsgrundlage für die Rente mindert. Haben so einige einen Vorteil durch die Förderung einer privaten Altersvorsorge, haben alle RentnerInnen einen Nachteil. Die Hauptverlierer sind Geringverdiener, Erwerbslose und kleine Selbstständige, die keinen Gebrauch von der Regelung machen können. Ihre geringen Renten werden zusätzlich gemindert, ohne dass sie den Verlust über eine private Vorsorge wett machen können, da ihnen meist das Geld dafür fehlt.

Die Entgeltumwandlung ist nur ein Aspekt der zunehmenden Privatisierung der Altersvorsorge. Wer sich private Vorsorge nicht leisten kann, ist im Alter arm. Jenseits aller politischer Couleure wird heute vor der drohenden Altersarmut in der Bundesrepublik gewarnt (vgl. OECD, 2007). Die Weichen für diesen Polarisierungskurs wurden allerdings vor Jahren gestellt – und die Konsequenz wird eine Erosion des paritätisch finanzierten sozialen Sicherungssystems insgesamt sein.

1998 hofften viele, mit Rot-Grün starte endlich ein neues soziales und linkes Reformprojekt. Doch diese Hoffnung entpuppte sich als Trugschluss. Weit folgenreicher für die Armutsentwicklung, wenn auch weniger beachtet als die verpönten »Hartz-Gesetze«, war der rot-grüne Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik. Die Erosion der GRV, die von Rot-Grün begonnen wurde und derzeit von Rot-Schwarz fortgesetzt wird, ist ein Paradebeispiel für die systematische Politik der Privatisierung sozialer Risiken, die vormalig für die überwiegende Mehrheit zentral über die Sozialversicherung abgesichert wurden.

Mit der Einführung der dynamischen Rente 1957 wurden im westlichen Nachkriegsdeutschland die entscheidenden Grundlagen für das Gesetzliche Rentenversicherungssystem gelegt, das nicht zuletzt dafür Sorge trug, dass Altersarmut kein signifikantes soziales Problem in der BRD war. Diese Grundlagen lauteten: Das während der Berufsphase erzielte Erwerbseinkommen findet seine prozentuale Entspre-



chung in der Rente, so dass auch im Alter der Lebensstandard mit gewissen Abstrichen gehalten werden kann. Die Renten folgen der Lohnentwicklung, wodurch Rentnern auch nach Aufgabe der Erwerbsarbeit eine fortlaufende Teilhabe am wachsenden Wohlstand gesichert wird – vorausgesetzt, Produktivitätszuwächse und Inflationsausgleich schlagen sich durch erfolgreiche Verteilungskämpfe in der Lohnentwicklung nieder. Die lohnbezogene »dynamische« Rente war geboren.

In der GRV werden keine Rücklagen für zukünftige Zeiten angespart. Die jeweils arbeitende Generation erwirtschaftet die Zahlungsbeträge, die sich die Alten durch ihre Beitragsleistungen ehemals erworben haben. Die aktuellen Beitragssätze müssen deswegen so bemessen sein, dass die in der Vergangenheit rechtlich erworbenen Rentenansprüche der Alten eingelöst werden können. Dieses *Leistungsziel* gibt insofern die Höhe der Beitragssätze vor.

Mit dieser bewährten Logik brach Rot-Grün und stellte die Rentenpolitik auf den Kopf. Zum obersten Prinzip der Rentenpolitik wurde die Beitragssatzstabilität erklärt, der sich das Leistungsziel unterordnen müsse. Die Arbeitgeber sollten dadurch fortan vor steigenden Sozialabgaben geschützt werden. Die Schimäre der Arbeitgeberverbände – steigende Lohnnebenkosten vernichten Arbeitsplätze – steuerte die staatliche Rentenpolitik, was zur Aufgabe der dynamischen Rente führte.

■ Fetisch Demografie

Die wachsende Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren ließ die Einnahmen der Rentenkasse sinken und bot Anlass zum Nachdenken über eine Stabilisierung des öffentlichen Rentensystems. Doch statt Rationalität waltete die Scharlatanerie. Die Demografiedebatte wurde aufgelegt, der zufolge es nicht machbar sei, dass immer weniger Einzahler in die GRV immer mehr Rentner finanzieren. Diese von ausgesprochener Dummheit geprägte Debatte griff um sich wie eine Seuche und dominiert noch heute die Diskussion über das vermeintliche Finanzierungsproblem der Sozialversicherung. Was die Angstmacher verschweigen: Grundlage jeder sozialen Verteilung ist die gesellschaftliche Wertschöpfung, die durch die Produktivitätsentwicklung

beständig steigt. Bildet sich der Wertzuwachs auch in den Löhnen und Gehältern ab – und das muss man wollen! –, sprudeln auch die Einnahmen in der Sozialversicherung. Ob also die Rente auch noch bei steigenden Ausgaben für mehr Rentner finanzierbar ist, ist grundsätzlich eine Frage der sozialen Verteilung des erwirtschafteten Werts. Wer aber die Beschäftigten weniger beteiligen möchte, ihre Einkommen senkt, steigende Gewinne zudem nicht produktiv und beschäftigungswirksam investiert, der ruft die Finanzkrise des sozialen Sicherungssystems aus und macht eine Reform.

So die rot-grüne Regierung, die gleich mehrgleisig verfuhr. Mit einer gezielten Niedriglohnpolitik wurden die Erwerbseinkommen gesenkt, die die Basis für die Beitragszahlung in die Sozialversicherung bilden, zudem wurde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch Minijobs verdrängt. Zentrales Instrumentarium zur Durchsetzung dieser Strategie stellen die Hartz-Reformen und die Agenda 2010 da. Die Einnahmeseite der GRV wurde so erodiert. Die Gewinne der (großen) Unternehmen wurden durch die rot-grüne Steuerreform stark vermehrt, doch nicht beschäftigungswirksam investiert. Wirksame Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit gab es nicht. Um diesem politisch inszenierten Prozess innerhalb der GRV entgegen zu wirken, wurde die Parole von der Unabdingbarkeit der Leistungskürzung in der Rente ausgerufen, was durch die Rentenreformen 2001 und 2004 in Gang gesetzt wurde. Dieser vermeintliche Konsolidierungskurs in der Rentenpolitik war in Wirklichkeit der Dolchstoß für das gesetzliche System der Altersvorsorge.

Grundlage der rot-grünen und der heutigen Rentenpolitik ist: Der Beitragssatz muss stabil bleiben, um die Sozialabgaben der Arbeitgeber zu begrenzen. Folglich muss die Leistung aus der GRV sich diesem Dogma anpassen und sinken. Sinken die Leistungen der gesetzlichen Rente, muss das Defizit durch private Zusatzvorsorge kompensiert werden. Geboren wurde so die Theorie der drei Säulen in der Altersvorsorge. Neben der gesetzlichen Rente soll jeder auch eine betriebliche und eine private Versicherung haben, damit er nicht im Alter arm ist und »dem Staat« auf der Tasche liegt. Startschuss für die neue Strategie war die Einführung der

SPECIALS

Abschied von André Gorz, dessen Abschied vom Proletariat viele *express*-Leser und –Schreiber sehr beschäftigt hat, nehmen in dieser Ausgabe Anton Kobel und Wolfgang Völker aus je unterschiedlicher Perspektive und vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen. So kontrovers hätte es André Gorz auch – das hoffen wir zumindest – gefallen. S. 12-14

WAS SONST

GEWERKSCHAFTEN INLAND

- Gaby Gottwald: »Renten-Hasardeure«, zur Politik der Privatisierung der Altersvorsorge S. 1
- Tom Adler: »Gegen falsche Gegensätze«, zur Geschichte der politischen Streiks nach 1945 S. 4
- Harold Henke: »Händel im Handel«, über steigende Streikwut bei Einzelhandelsbeschäftigten S. 4
- »Gewerkschaften, die kämpfen«, Kritik im Vorfeld des IGM-Gewerkschaftstages S. 6
- Dirk Vogelskamp: »Böcke zu Gärtnern«, emanzipierte Bürgerschaft gegen NPD-Verbots-Politik S. 8
- »Kein Zimmer frei«, auch eine Variante von Boykott S. 8
- Heinrich Becker: »Bildung geht stiften«, über die andauernde Hochschulprivatisierung S. 10
- Europäischer Wanderarbeiterverband: »Auf dem Vormarsch: Scheinselbstständigkeit« S. 14

BETRIEBSSPIEGEL

- Frederick Haber: »ERA, Preis, Profit«, zum Entgeltrahmenabkommen in der Metallindustrie S. 2
- »Gründe für 9, 11, 20, 23 Prozent«, Diskussion über »gerechten Lohn« unter Krankenhausbeschäftigten S. 8
- M.Balan/N.Rakowitz: »Verschiebebahnhof«, Umgehung von Mindestlöhnen auf dem Bau S. 12

INTERNATIONALES

- Tonyia Young: »Sicko mit und trotz UAW«, zum US-weiten Streik gegen GM S. 14
- Thomas Sablowski: »Ganz gewöhnlicher Kapitalismus«, oder: was ist an Chinas Marktwirtschaft »sozialistisch«? S. 15
- Eva Maria Bruchhaus: »1, 2, 3, 4 Maos on the cap«, Spurensuche im »Musterlände« China S. 16

REZENSION

- Klaus Wolfram: »Mehr Rätsel als Antworten«, eine ostdeutsche Rezension über Zeuner et al.: »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« S. 19

Bilder dieser Ausgabe

Aus: Katalog zum »798« Art Festival Beijing 2007 und: »Internal«, Zeitschrift zur Ausstellung »Bubble« in Shanghai, September 2007, hrsg. von Ai Weiwei

ERRATA:

- In der letzten Ausgabe des *express* (9/07) ist uns im Inhaltsverzeichnis ein »Titeldreher« unterlaufen. Dort sollte es zur DGB-Bilanz zu fünf Jahren Hartz »natürlich« heißen: »Mehr Schatten als Licht« und nicht umgekehrt.
- In der vorletzten Ausgabe des *express* (8/07) hatte bei den »Specials« im Inhaltsverzeichnis nicht Ulrich Maaz, sondern Hugo Claus einen Ausblick auf den ver.di-Bundeskongress gewagt. Wir bitten, beide Fehler zu entschuldigen.

Panne oder Absicht?

Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, ob es politische Kurzsichtigkeit oder Absicht war, die Belegschaften und die Betriebsräte mit ERA zu konfrontieren, als sie gerade mit Personalabbau und Lohnkürzungen konfrontiert waren. Auch heute hat der Druck in den Betrieben trotz des »Aufschwungs« nur wenig nachgelassen. In dieser Lage wurden die Betriebsräte vor die Aufgabe gestellt, alles, was sie über Jahrzehnte im Betrieb lohnpolitisch erreicht hatten, neu zu erkämpfen. Diesen Kampf haben viele verloren. Hinter den Absicherungsmechanismen wird diese Niederlage aber versteckt.

Die Unterstützung der Gewerkschaft für die Betriebsräte beschränkt sich auf Schulungen. Selbst da, wo Belegschaften den Kampf suchen, werden sie allein gelassen. So streikten die ArbeiterInnen beim Stuttgarter Maschinenbauer Coperion zwei Tage lang während der Tarifrunde. Sie setzten durch, dass ihre Löhne 1:1 in ERA überführt werden. Es gab keine organisierte Solidarität der anderen Maschinenbaubetriebe, obwohl eine Niederlage auch sie getroffen hätte und der Kampf zu einem Beispiel hätte werden können.

Die Debatte um die Einstufung von Arbeitsplätzen kann Beschäftigte voranbringen. Gerade Angestellte wurden darin erzogen, dass das Gehalt die individuelle Wertschätzung ihrer Arbeit durch den Vorgesetzten ausdrückt. Entsprechend verbreitet ist die Vorstellung, es könne nur durch Leistung oder Willfährigkeit verbessert werden. Jetzt erleben auch sie Angriffe. Wenn eine ganze Gruppe beginnt, über die Arbeitsinhalte zu diskutieren, lernen sie, dass Lohnfragen auch eine kollektive Angelegenheit sind. Wenn sie gemeinsam versuchen, die Einstufung zu verbessern, ist das mehr gewerkschaftliche Grundbildung als das Surfen

auf den Web-Seiten der IG Metall. Aber auch zur Strategie der Umsetzung des gesamten Tarifsystems bis hin zu den ERA-Eingruppierungsbeispielen gibt es keine Handlungsanleitungen der Gewerkschaft. Jedem Betriebsrat bleibt es selbst überlassen, und so werden die Einstufungen mal mit größtmöglicher Beteiligung der Beschäftigten, mal im Hinterzimmer am grünen Tisch verhandelt.

Neuer Tarif? Neue Führung für die IG Metall!

Das System der Lohnfindung sagt einiges aus über die Arbeiterklasse in Deutschland. Es gibt einen hohen Anteil an »Arbeiteraristokratie«, also von Schichten, die sich über ihre höhere Qualifikation unentbehrlich machen konnten und aufgrund der starken Stellung des deutschen Imperialismus¹ auch entsprechend bezahlt werden.

Nicht ohne Grund singen gerade MetallerInnen das Lied vom »Exportweltmeister.« Diese arbeiteraristokratischen Schichten verteidigen ihre Qualifikation als Grundlage ihrer »Privilegien«. In einer Zeit, da das deutsche Kapital diese angreifen muss, hat dieser Kampf auch etwas Fortschrittliches. So wie ihn die IG Metall gestaltet – auf Kosten der un- oder geringqualifizierten KollegInnen – ist er reaktionär.

Ein zweites Merkmal der deutschen Arbeiterklasse ist der hohe Anteil an hauptamtlichen Bürokraten in der Gewerkschaft oder im Betriebsrat. Sie schöpfen ihre Existenzberechtigung aus Verträgen wie ERA, denn eine solche Bibel braucht Hohepriester, um sie auszulegen.

Vor allem aber zeigt ERA den Zustand der IG Metall: eine Führung, die sich den Wettbewerbsinteressen des Kapitals verschreibt und dafür die gewerkschaftliche Solidarität international wie national opfert; die bereit ist, die

Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitenden zu verschlechtern.

In Deutschland lagen die Löhne lange über dem Existenzminimum. Natürlich dank der guten ökonomischen Lage des deutschen Kapitals, aber auch dank der Kampfkraft der Klasse. Die MetallerInnen waren hier vorne dran.

Doch selbst die Sicherung der Reproduktionskosten durch die Klasse, der Verkauf der Ware Arbeitskraft zu ihrem Preis ist kein Selbstläufer. Ohne kollektive Interessenvertretung, ohne gewerkschaftlichen Kampf würde der Arbeitslohn für immer größere Arbeitergruppen unter ihren Wert fallen – zumal angesichts einer industriellen Reservearmee von Millionen. Oder, wie es Friedrich Engels in »Das Lohnsystem« formulierte: »Ohne den Widerstand durch die Trade-Unions erhält der Arbeiter nicht einmal, was ihm nach den Regeln des Lohnsystems zusteht.«

Die IG Metall ist mit dieser Führung auf dem Weg, ihren Mitgliedern, den Beschäftigten in der Metallindustrie, nicht einmal mehr das zu sichern. Für die ArbeiterInnen aus Dienstleistungsbetrieben, die zu Tausenden schon heute bei Daimler, Ford, VW und Co. arbeiten, ist dies oft schon Wirklichkeit. Eine neue Führung ist nötig! Aber wir wagen die Prognose: Der IGM-Gewerkschaftstag wird sie nicht bringen. Nur eine klassenkämpferische Bewegung der Basis kann sie erkämpfen.

Eine solche Bewegung muss nicht nur für Solidarität und Methoden des Klassenkampfes eintreten. Sie muss auch begreifen, dass die Frage der Sicherung des Arbeitslohns, der Reproduktion der gesamten Klasse nicht nur eine gewerkschaftliche Frage ist. Die Kapitalistenklasse und ihr Staat führen einen Generalangriff durch, von dem ERA nur ein – allerdings wichtiger, die betriebliche Realität und gewerkschaftliche Diskussion mit-prägender – Teil ist.

Diesem muss auch eine Gewerkschaftsopposition Rechnung tragen! Nur als bessere, »rein gewerkschaftliche« Vertretung wird die Offensive des Kapitals nicht zu stoppen sein.

Eine solche Opposition muss sich als politische Opposition zur reformistischen Führung verstehen, die auch für politische Forderungen wie gesetzlichen Mindestlohn, Abschaffung aller Einschränkungen des Streikrechts, für den gemeinsamen Kampf von GewerkschafterInnen, Arbeitslosen, AntikapitalistInnen eintritt. Sie muss sich vor allem auch dem Aufbau einer klassenkämpferischen Basisbewegung widmen und diesen mit dem Kampf für eine neue, revolutionäre Arbeiterpartei verbinden.

Zuerst erschienen in *Neue Internationale*, Nr. 124, Oktober 2007, in: www.arbeitermacht.de

Anmerkung

1) *Anm. d. Red.:* Die Gruppe Arbeitermacht versteht »Imperialismus« im Leninschen Sinne und geht davon aus, dass Exportstärke ein Bestandteil dieses Imperialismus-Verständnisses ist.

Geneigte LeserInnen,

aus Solidarität mit den streikenden Gag-Schreibern in den USA diesmal bloß die ganz nüchterne Ankündigung der Fakten, Fakten, Fakten.

Wie Ihr am Umfang des Hefts sehen könnt, haben wir die Winterdoppelausgabe diesmal im Oktober/November und nicht ganz am Ende des Jahres gemacht. Das liegt an den – wie Ihr selbst gleich lesen könnt – vielen guten Texten, von denen wir keinen schieben, noch kürzen, noch zweiteilen wollten.

Pünktlich zum Gewerkschaftstag der IGM diskutiert Frederick Haber, was es mit ERA auf sich hat und warum ERA die politische Opposition in der IGM geradezu herausfordert. Für die historischen Hintergründe sorgt der Artikel von Tom Adler zur Geschichte der politischen Streiks, und als ein Appell an Geschichtsblindheit ist nicht zuletzt Dirk Vogelkamps Kritik an der vorschnellen Zustimmung zur Forderung nach einem NPD-Verbot zu lesen. Ebenfalls gegen vorschnell unterstellte Zusammenhänge wendet sich die Rezension der von Bodo Zeuner/Jochen Gester und anderen herausgegebenen Studie zu Gewerkschaften und Rechtsextremismus von Klaus Wolfram. Dass die kritische Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung das zentrale Thema von André Gorz war und der eine oder die andere ihn sicher vermissen wird, wird in den beiden Nachrufen deutlich.

Auch als Nachruf – nämlich auf alle Illusionen, dass es in China noch um einen wie auch immer gearteten Sozialismus ginge – sind die beiden Texte von Eva-Maria Bruchaus und Thomas Sablowski zu verstehen, die das Ergebnis einer dreiwöchigen vor-Ort Erfahrung sind.

Wozu hat man lange Winterabende? Wir wünschen anregende Lektüre...



Eine solche Politik provoziert geradezu den Verlust an Legitimation einer gesetzlichen Rentenversicherung. Ein Schelm, wer glaubt, das sei Absicht!

So mehrten sich denn auch die Stimmen, die die Sicherheit und Effizienz des öffentlichen Systems bezweifeln und sukzessive den Weg zur Abschaffung der (ehemals) paritätisch finanzierten Rente bahnen. Während die Regierung ihren Bundeszuschuss zur GRV eingefroren und damit auf Dauer gekürzt hat, rühmt sie sich für ihre Subventionierung der privaten Vorsorge, deren Rendite sinkt. Im vereinten Werbefeldzug von »Wissenschaft«, Politik und Finanzdienstleistern boomen die PR-Kampagnen für die private Versicherungsindustrie. Die Scham ist vorbei. Der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Bernd Rürup, seit 1999 Top-Regierungsberater, hat als »Sachverständiger« die Weichen für den Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik mit gestellt. Er steht auf der *payroll* der privaten Versicherungsindustrie (MLP-Finanzdienstleistungen AG).

Die Regierung sagt es ganz unverblümt: »Ziel der Bundesregierung ist eine möglichst flächendeckende Verbreitung der kapitalgedeckten Zusatzabsicherung.« (BMAS, 14. August 2007). Wohl dem, der sich das leisten kann!

* Gaby Gottwald ist Koordinatorin des AK Gesundheit und Soziales für »Die Linke« im Bundestag

Die Dämpfungsfaktoren in der Rente

Bis zur rot-grünen Regierungsübernahme galt: Die gesetzliche Rentenversicherung sollte denjenigen, die ihr ein Erwerbsleben lang angehört haben (45 Jahre), im Alter ein Sicherungsniveau gewährleisten, das rd. 70 Prozent ihres – auf den dann aktuellen Stand hochgerechneten – *lebensdurchschnittlichen Erwerbseinkommens beträgt (Nettorentenniveau)*. Schon die schwarz-gelbe Koalition hatte unter Arbeitsminister Blüm allerdings beschlossen, dieses Niveau bis 2030 auf rd. 64 Prozent zu senken. Rot-Grün setzte die Blüm-Reform zunächst außer Kraft; mit der Riester-Reform (2001) feierte das Niveau-senkungsziel dann allerdings seine politische Wiederauferstehung. Mit dem so genannten Riester-Faktor in der neuen Rentenanpassungsformel werden Belastungssteigerungen der Aktiven für die Altersvorsorge – also Beitragsatzsteigerungen zur Rente (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) sowie die neue, staatlich geförderte Altersvorsorge (Riester-Prämie) – den RentnerInnen seit 2003 anpassungsmindernd in Rechnung gestellt. Die Rentenanpassung fällt so niedriger aus, da der Riesterfaktor die Rentenentwicklung »dämpft«: Rechnerisch sollen die Rentensteigerungen bis einschließlich 2011 jährlich ca. 0,6 Prozentpunkte hinter den ohnehin mageren Lohnsteigerungen zurück bleiben, das Rentenniveau soll sinken. Als Kompensation für die Leistungsminderung in der GRV soll fortan private Vorsorge betrieben werden, die staatlich gefördert wird, und der Aufbau kapitalgedeckter Betriebsrenten voran getrieben werden, der über die beitragsfreie Entgeltumwandlung subventioniert wird.

In Folge der Schmidt-Reform von 2004 ist seit 2005 mit dem so genannten *Nachhaltigkeitsfaktor* ein weiterer Dämpfungsfaktor in der Anpassungsformel aktiv. »Streng wissenschaftlich« herausgearbeitet hatte die nach ihrem Vorsit-

zenden benannte Rürup-Kommission einen solchen Faktor in ihrem Gutachten vom 28. August 2003 mehrheitlich vorgeschlagen. Kern ist die Veränderung des so genannten Rentnerquotienten, der das rechnerische Verhältnis zwischen RentenempfängerInnen und BeitragszahlerInnen ausdrückt. Da dieser Rentnerquotient in einer alternden Solidargemeinschaft im Trend steigt, wirkt auch der Nachhaltigkeitsfaktor – gegenwärtig noch zusätzlich zum Riester-Faktor – im Umfang von ebenfalls etwa 0,6 Prozentpunkten mindernd auf die jährliche Rentenanpassungshöhe. Das Sicherungsniveau im Alter sinkt also noch weiter – bis zum Jahre 2030 auf nur noch rd. 55 Prozent, wenn man das Nettorentenniveau als Messlatte beibehält.

Da die Bruttolöhne aber seit Jahren nur recht wenig zulegen und das Rentenrecht eine Schutzklausel kennt, wonach die beiden Dämpfungsfaktoren nicht zu einer nominalen Rentenkürzung führen dürfen, konnten diese bislang ihre das Rentenniveau senkende Wirkung nicht voll entfalten. Was also tun? Zusammen mit der *Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre* beschloss die schwarz-rote Koalition, dass die wegen zu geringer Lohnsteigerungen und der Schutzklausel unterbliebene Abkoppelung der Rente von den Löhnen ab 2011 nachgeholt wird (so genannter *Nachholfaktor* oder *Ausgleichsbedarf*): Die nach Anwendung des Riester-Faktors und des Nachhaltigkeitsfaktors evtl. noch verbleibenden Rentenerhöhungen werden so lange halbiert, bis der »Ausgleichsbedarf« gedeckt ist. Damit soll gewährleistet werden, dass die politisch gewollte Demontage des sozialen Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente in den kommenden Jahrzehnten auch tatsächlich erreicht wird – zum Wohlgefallen der Arbeitgeber und der privaten Finanzdienstleister. Red.

Gegen falsche Gegensätze

Tom Adler zeichnet die Geschichte des politischen Streiks nach

Anfang Juli d.J. fand in Stuttgart der 9. Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken statt. Mit dem lokalen Erinnern an den Sozialistenkongress 1907 und der von Rosa Luxemburg geprägten Massenstreikdebatte bot sich das Thema »Politischer Streik« geradezu an, um inhaltliche Bezüge zu aktuellen Auseinandersetzungen herzustellen. Über verpasste Chancen dieses Kongresses hatten wir ausführlich im express, Nr. 7/2007 berichtet. Denn so sicher, wie es in Deutschland Aufklärungsbedarf hinsichtlich der versteinerten Perspektiven und hartnäckig sich haltenden Vorurteile hinsichtlich des Tabus Politischer Streik gibt, so sicher ist, dass Appelle zur Schaffung »französischer Verhältnisse« so recht wie billig sind. Tom Adler nahm in Stuttgart die Gelegenheit wahr, die mit der Massenstreikdebatte aufgeworfenen Fragen in der historischen Rekonstruktion »politischer Streiks« für die Zeit nach 1945 zu aktualisieren. Das für die Veröffentlichung überarbeitete Referat wirbelt insbesondere gängige Unterscheidungen von Politischem und Ökonomischem durcheinander. Es kehrt den Spieß der Legalitätshörigkeit in Definitionsfragen um und ermöglicht damit nicht nur einen genaueren Blick auf den politischen Charakter der Rechtsprechung jenseits aktueller Klassenjustizurteile wie im Streik der GDL, sondern auch auf die Potentiale der laufenden Auseinandersetzung im Einzelhandel (s. Beitrag »Händel im Handel« auf dieser Seite unten).

Die Diskussion über »politischen Streik« oder gar »Generalstreik« hat seit der Agenda 2010 wieder zugenommen, mit der Auseinandersetzung um die Rente mit 67 hat sie sich noch einmal intensiviert: Lafontaines Positionierung »pro Generalstreik« und die Aufforderung an die Gewerkschaften, diesbezüglich nicht so zögerlich zu sein, ist noch präsent. Sogar in der großen Tarifkommission der Baden-Württembergischen IG Metall war die Debatte durch einen Beitrag des Esslinger Bevollmächtigten kurz

aufgeblitzt, wurde aber nicht mit der Suche nach praktischen Konsequenzen aufgegriffen, was die meisten von uns auch ziemlich überrascht hätte.

Über 300 000 KollegInnen hatten Ende Januar an den Aktionen der IG Metall gegen die Rente mit 67 teilgenommen. Und mindestens ein Teil von ihnen war während der Arbeitszeit auf der Straße und hat sich damit zweifellos das Recht zum politischen Streik genommen, was hierzulande als illegal gilt und allein schon deshalb hohe Aufmerksamkeit bekommt – von Gegnern wie Befürwortern.

So unübersehbar wie der politische Charakter dieser Arbeitsniederlegungen ist aber auch: Die gesamte Gegenwehr gegen die Rente mit 67 war von Anfang an so angelegt, dass sie die Rente mit 67 nicht verhindern konnte. Kein Mensch hat geglaubt, dass eine so begrenzte Aktion in der allerletzten Phase der Behandlung im Parlament irgendetwas verhindern kann. Das hat kein Protestierender geglaubt, keiner von denen, die deshalb gar nicht erst mit raus gegangen sind – und die, die dazu aufgerufen hatten, erst recht nicht. Die IG Metall-Spitze z.B. hatte sich schon sehr frühzeitig von der Perspektive abgesetzt, die Rente mit 67 kampfwise zu verhindern. Längst vor den großen DGB-Demonstrationen am 21. Oktober 2006 wurde stattdessen auf die Verlängerung der Altersteilzeitregelungen gesetzt und dieser Deal der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze mit den Sozialdemokraten in der Großen Koalition so oder so ähnlich verabredet.

Unübersehbar ist weiter: Mit *diesem* Deal, dem Verzicht, die Rente mit 67 durch eine breite, kämpferische Mobilisierung zu kippen, ist die große Masse der lohnabhängig Beschäftigten der Rente mit 67 ausgeliefert worden und damit der Altersarmut. Denn Altersteilzeit ist eben nur für einen beschränkten Teil der Klasse in noch relativ anständig bezahlten Jobs eine machbare Alternative. Und so betrachtet relativiert sich der Erfolg der Mobilisierungen im Januar, es sei denn, man will sich selbst und anderen etwas in die Tasche lügen.

Ich soll mit diesem Einleitungsbeitrag zu unserer Diskussion über den politischen Streik seit 1945 einen historischen Rückblick geben und daraus ein paar Schlussfolgerungen ziehen. Eine Schlussfolgerung gleich am Anfang:

Ich glaube, *gerade wir Gewerkschaftslinken* sollten aufpassen, dass wir den *politischen* Streik nicht in falschem Gegensatz zu *ökonomischen* Streiks setzen, den politischen Streik als den *eigentlichen*, den klassenpolitisch *bedeuten* überhöhen. Das wäre gewissermaßen nur

ein Reflex darauf, dass er in der BRD, anders als in den meisten andern europäischen Ländern, als illegal behandelt und von den Spitzen der Gewerkschaften auch so akzeptiert wird.

Man braucht da gar keine Klassiker wie Rosa und Wladimir Iljitsch zu zitieren, die vor 100 Jahren auch hier in Stuttgart beim Sozialistenkongress von solchen schematischen Trennungen abgeraten haben. Sie haben immer darauf hingewiesen, dass es zwischen beiden Wechselwirkungen gibt, und dass es eine Dynamik gibt, die aus einer ursprünglich scheinbar rein ökonomischen Auseinandersetzung schnell eine mit politischer Qualität und Zielsetzung werden lässt.

Wir Gewerkschaftslinken sollten also vielmehr darüber diskutieren, wie Kämpfe geführt werden müssen, mit denen die Kräfteverhältnisse gegen das Kapital wirklich verschoben werden können, wie man Teilkämpfe zu Auseinandersetzungen mit höherer Durchschlagskraft zusammenführen kann – um die bitter nötigen Erfolgserfahrungen vermitteln, bestenfalls sie gewinnen zu können, statt getrennt zu marschieren und getrennt geschlagen zu werden.

Das alles heißt für uns also: genauer hinzuschauen. Denn die schlichte Tatsache, ob ein geführter Kampf nach deutscher Arbeitsrechtsprechung als »politischer Streik« einzuordnen ist oder nicht, sagt noch nicht all zu viel über seinen Beitrag zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse.

Definitorisches oder: Rechtsfragen sind Machtfragen

Politische Streiks gelten in Deutschland als »unerlaubte Einflussnahme auf die Organe der parlamentarischen Demokratie« – und damit als verboten, weil die Damen und Herren Abgeordneten ja ihre Entscheidung angeblich nur beeinflusst vom eigenen Gewissen fallen sollen.

Dem Otto Normalgewerkschafter und der Anna Normal- oder Prekärarbeiterin erscheint das so: Das war schon immer so in unserer ach so demokratischen Republik, weil das in der Verfassung steht. Schließlich sagen das alle, von Dieter Hundt über Franz Müntefering bis zum DGB-Chef Michael Sommer.

Stimmt aber gar nicht! Es gibt dazu keine Gesetzgebung, die politische Streiks verbieten würde. Das Grundgesetz, Art. 9 Abs. 3, schützt neben Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie auch ausdrücklich »Arbeitskämpfe, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und

Wirtschaftsbedingungen« geführt werden. Das Streikrecht hat in den Verfassungstexten definitiv nicht die Einschränkungen, die heute als »Verbot politischer Streiks« im öffentlichen Bewusstsein erscheinen. Nein, die wurden erst einige Jahre später durch

Arbeitsgerichtsentscheidungen, also durch das so genannte »Richter-Recht« vorgenommen, nachdem sich nach der Befreiung vom Faschismus die kapitalistische Ordnung wieder stabilisiert und durchgesetzt hatte. Die Urteile dieser Arbeitsgerichte spiegeln gewissermaßen die fürs Kapital Anfang der 50er Jahre wieder verbesserten Kräfteverhältnisse.

Diese herrschende arbeitsrechtliche Diskussion sagt also: Politisch und damit illegal ist ein Streik, wenn *Kampfzieladressat* und *Kampfmiteladressat* nicht dieselben sind, – d.h. wenn ein Streik sich z.B. gegen die Regierung richten, aber den Arbeitgeber treffen und schädigen würde. Ein Arbeitsrechtler namens Nipperdey, der natürlich auch schon unter den Nazis »Recht« gesprochen hatte, formulierte diesen bis heute dominierenden Rechtsstandpunkt, dass politische Streiks »Eingriffe in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb« und deshalb rechtswidrig seien. Das wäre also z.B. der Fall bei Streiks gegen die Agenda 2010. Diese Logik stellt offensichtlich ausdrücklich das Recht, unbehindert Geschäfte machen zu dürfen, über das Recht der großen Mehrheit, für ihre sozialen Bedürfnisse wirkungsvoll zu kämpfen.

Wolfgang Abendroth, der renommierte Politologe aus der Arbeiterbewegung, hielt seinerzeit dagegen: »Politisch« sei nur ein Streik, der überhaupt keinen Bezug zur Arbeitswelt hätte. Denn im Kapitalismus enthalte jeder Streik ein politisches Moment, und eine klare Abgrenzung zwischen politischen und ökonomischen Streiks sei oft nicht möglich.

Nach seiner Definition wären Streiks gegen die Agenda 2010 und die Rente mit 67 keine letztlich politischen, sondern legale »arbeitsrechtliche« Streiks, da sie Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen betreffen, und nicht den Staat als Ganzes, wie z.B. Streiks gegen einen Krieg. Aber ist da nicht sogar der große Wolfgang Abendroth, unter dem Druck der kapitalistischen Restauration, etwas zu kurz gesprungen?

Sind nicht die ersten Opfer jeder Militarisierung, bevor der erste Schuss gefallen ist, immer unsere demokratischen Rechte, unsere Rechte als lohnabhängig Beschäftigte!?

Wir sollten es da mit dem Staatsverständnis des alten Marx halten: Der Staat ist »ideeller Gesamtkapitalist«, der geschäftsführende Ausschuss des Gesamt-Kapitals, der Politik in dessen Interesse macht. Oder mit Tucholsky, der über die Sozialdemokraten gespottet hat: »Sie dachten, sie seien an der Macht – dabei waren sie nur an der Regierung!«

Die Tatsache jedenfalls, dass Gegenwehr gegen massivste Eingriffe in die kollektive Daseinsvorsorge – wie die Agenda 2010 oder

Händel im Handel

Harold Henke* über steigende Streikwut bei Einzelhandelsbeschäftigten

Seit über sechs Monaten warten die Beschäftigten im Einzelhandel auf eine Erhöhung ihrer Einkommen. Ihre Lohn- und Gehaltstarifverträge sind in der Regel Ende April 2007 ausgelaufen. Bereits in den Sommermonaten hatten sich Tausende von Beschäftigten in den einzelnen Landesbezirken an 1-2-tägigen Streiks beteiligt – ohne erkennbare Auswirkungen auf die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber. Nachdem die Arbeitgeber nun auch noch von den KollegInnen verlangen, die Zeche für das nicht von ihnen, sondern politisch zu verantwor-

tende Ladenschlussgesetz zu zahlen, reicht es den KollegInnen. Statt in den Laden gegen sie nun auf die Straße – auch gegen die Folgen des Ladenschlussgesetzes.

Worum geht es im Einzelhandel? Die Tarifverträge für die 2,6 Millionen Beschäftigten werden in den einzelnen Bundesländern ausgehandelt. Sie werden zwar bundesweit von ver.di wie auch von den Arbeitgebern koordiniert, aber es bestand bislang eine gewisse Selbstständigkeit. Jetzt sprechen sich die Arbeitgeber auf Bundese-

bene verbindlicher ab und machen damit die Durchsetzung von berechtigten Forderungen der Beschäftigten schwerer: Bei den Verhandlungen auf den Landesebenen wurden bspw. überhaupt keine Angebote mehr unterbreitet – selbst für landesspezifische Forderungen wie die Abschaffung von Ortszuschlägen in Bayern oder die Beseitigung der unterschiedlichen Bezahlungen in Ost und West. Zugleich wurden in allen Bundesländern die Manteltarifverträge und die Sonderzahlungstarifverträge (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) gekündigt, ohne darüber in Verhandlungen einzutreten.

Tarifforderungen von ver.di

Die Tarifkommissionen in den einzelnen Landesbezirken hatten im Frühjahr dieses Jahres eine Anhebung der Gehälter und Löhne zwischen 4,5 und 6,5 Prozent gefordert. Weitere Forderungen sind ein Mindesteinkommen

von 1500 Euro bei Vollzeitbeschäftigung, ein Sicherheitstarifvertrag mit Mindestbesetzungsregelungen und eine bessere tarifliche Regelung für planbare Arbeitszeiten durch die Beschäftigten. Auch sollen unterschiedliche Bezahlungen zwischen Ost und West sowie die Bezahlung nach Ortsklassen endlich abgeschafft werden.

In den Tarifverhandlungen der einzelnen Länder wiesen die Arbeitgeber diese Forderungen zurück: Die Erhöhung der Gehälter und Löhne lehnten sie ab, und zu den weiteren Forderungen zeigten sie keine Verhandlungsbereitschaft.

Arbeitgeberforderungen

Stattdessen forderten sie die Abschaffung der bisherigen Zuschläge von 20 Prozent, die für Tätigkeiten am Abend von 18.30 Uhr bis 20 Uhr und an Samstagen von 15 Uhr bis 20 Uhr gezahlt werden. Der Nachtarbeitszuschlag, der ab 20 Uhr gezahlt wird, soll

von 50 Prozent auf 20 Prozent abgesenkt und künftig erst ab 22 Uhr bezahlt werden.

Da die Zuschläge in Freizeit abgegolten werden, würden die Streichungen und Kürzungen eine unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeiten von bis zu zwölf Tagen im Jahr bedeuten. In Geld umgerechnet heißt das: Verzicht auf monatlich 150 bis 180 Euro.

Im Pilotbezirk NRW wurde in der vierten Verhandlungsrunde am 31. August endlich ein erstes Angebot seitens der Arbeitgeber vorgelegt. Danach sollten die Gehälter und Löhne ab 1. Oktober 2007 um 1,7 Prozent angehoben werden und irgendwann im nächsten Jahr um weitere 1,5 Prozent. Bei fünf Nullmonaten bedeutet das Angebot aufs Jahr gerechnet eine Erhöhung um 0,99 Prozent. Dieses Angebot gilt aber nur, so die Arbeitgeber, wenn die Spätöffnungszuschläge gestrichen werden und der Nachtarbeitszuschlag erheblich gekürzt wird.

die Rente mit 67 – mit gravierenden direkten und indirekten Auswirkungen auf die Arbeitskraft, als illegal bezeichnet und mit Verfolgung bedroht werden, und zwar egal ob unter schwarz-gelben, rot-gelben oder rot-grünen Regierungen, zeigt, wie wenig »neutral« dieser Staat ist.

Vorneweg: Von den wenigen Streiks, die im Allgemeinen als politische definiert werden, waren alle bis auf einen (nämlich der Zeitungsstreik in der Auseinandersetzung um die Betriebsverfassung 1952) so genannte Demonstrationstreiks, *keine* Erzwingungsstreiks.

D.h., es waren Aktionen mit relativ enger zeitliche Begrenzung, Demonstrationen der Mobilisierungsfähigkeit, ein Schlaglicht auf die bestehende Kräfteverhältnisse. Die Frage nach Sieg oder Niederlage bei der kämpfweisen Durchsetzung der Streikziele wird damit zunächst gar nicht direkt aufgeworfen, und je nachdem, wie groß der Basis-Druck ist, bieten Demonstrationstreiks sich natürlich auch an als Ventile zum Dampfablassen. Die »Generalstreiks« in andern europäischen Ländern, auf die wir uns in der Diskussion immer gerne beziehen, sind übrigens meistens Demonstrationstreiks.

Der Generalstreik 1948

In den ersten Jahren nach der Befreiung von der faschistischen Diktatur gab es einen breiten antikapitalistischen Konsens in der Bevölkerung: Der Kapitalismus und seine Repräsentanten waren wegen der Förderung

und Verflechtung mit dem Nazi-System und den katastrophalen Folgen diskreditiert. Antifaschisten und Parteien der Arbeiterbewegung hatten im Alltag des Wiederaufbaus eine starke Position, selbst die CDU musste mit ihrem Ahlener Programm dieser Situation Rechnung tragen. Welches Wirtschaftssystem sich letztlich durchsetzen würde, war noch nicht entschieden.

Programme wie das Ahlener der CDU sind das eine, die reale Politik das andere:

Im »Wirtschaftsrat der Bi-Zone«, geleitet von Ludwig Erhard, forcierte dieselbe CDU mit Marshallplan und Währungsreform eine Politik, die Marktwirtschaft und kapitalistische Restauration möglichst schnell festigen sollte. SPD und Gewerkschaften wollten dagegen demokratisch kontrollierte Lenkungsorgane für die Wirtschaft. Auf der »Interzonen-Konferenz« der Gewerkschaften forderten sie den »Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft und die Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute«. Gemeint war damit nicht die direkte demokratische Kontrolle durch die Produzenten, sondern Konzepte wie die »Wirtschaftsdemokratie«, die schon in der Weimarer Zeit formuliert worden waren: paritätische Vertretung der Gewerkschaften in diesen Lenkungsorganen für die Wirtschaft – nicht Vergesellschaftung durch Gemeineigentum, demokratische Planung der gesellschaftlichen Prioritäten und Arbeiterkontrolle über die Produktion.

Für ihre wirtschaftsdemokratischen Forderungen traten die Gewerkschaftsführungen

zunächst durchaus kämpferisch auf. Mit zunehmenden parlamentarischen Illusionen reduzierten sich die Forderungen aber immer mehr auf die paritätische Mitbestimmung – in der irrigen Hoffnung auf Mehrheiten der SPD im Parlament.

Tatsächlich war einer der wichtigsten Gründe für diese Zurückhaltung der Gewerkschaftsführungen ihre Angst, dass große Massenmobilisierungen eine Radikalisierung beschleunigen und den kommunistischen Einfluss vergrößern könnten.

Hinzu kommt: 1947 ist bereits das dritte Jahr mit einer furchtbaren Ernährungskrise, mit Massendemonstrationen im Ruhrgebiet, mit politischen Streiks gegen die Demontagepolitik der Alliierten und für die »Entflechtung« der Großkonzerne. »Die Gruben in des Volkes Hand!« hieß die Parole der 300 000 streikenden Kumpels im Bergarbeiterstreik im April 1947. Im Juni 1948 wird dann das sog. »Bewirtschaftungsgesetz« gegen die Stimmen von SPD und KPD im Wirtschaftsrat der britisch-amerikanischen Zone durchgesetzt. Im selben Monat wird noch die Währungsreform beschlossen – mit zwei Folgen. Erstens ist damit die Durchsetzung der Marktwirtschaft einen entscheidenden Schritt weiter. Zweitens führt das zu drastischen Preissteigerungen bei anhaltendem Lohnstopp, was die miserable Versorgungslage der Masse der Bevölkerung weiter verschlechtert. Mit einer Welle von Demonstrationen und Massenstreiks hatte sich bereits im Januar und Februar 1948 der Protest geäußert: In Bayern und Baden-Württemberg waren über eine Million an Streiks und einem 24-stündigen Generalstreik beteiligt.

Die vor diesem Hintergrund zunehmenden Forderungen nach einem republikweiten Generalstreik, die an der Gewerkschaftsbasis formuliert wurden, setzten die DGB-Führung derart unter Druck, dass sie einem flächendeckenden Generalstreik zustimmen musste, um die Kontrolle nicht zu verlieren.

Wie wir alle schon erlebt haben, fehlt den Herrschenden mitunter die Fähigkeit, Stimmungslagen richtig einzuschätzen – so auch damals in dieser angespannten Situation: Mit seinen scharfen Angriffen auf die Gewerkschaften (»seelenlose Bonzokratie«) goss Ludwig Erhard Öl ins Feuer und zwang den DGB damit weiter nach vorn.

Als Streikforderung wurde ein 10-Punkte-Forderungskatalog verabschiedet, eine Kombination aus ökonomischen und politischen Forderungen an Unternehmer, Militärregierung und Wirtschaftsrat. Dabei stand im Zentrum: Erlass eines Preisstopps, Produktion von preiswerten Massenkonsumgütern, Korrektur der Währungsreform, Erhalt und Ausbau von Plan-Elementen bis zur Überführung der Banken und Grundstoffindustrie in Gemeineigentum und die Einführung der paritätischen Mitbestimmung durch die Gewerkschaften.

Bereits vor dem Generalstreik kam es beim Stuttgarter Streik und den Demonstrationen

NEUAUFLAGE
Jens Huhn
Die Schlecker-Kampagne 1994 – 1995
Gewerkschaft als soziale Bewegung



Beim Kampf gegen Schlecker ging es nicht nur um die Anerkennung von Tarifverträgen und Betriebsräten, sondern um das menschenfeindliche, despotische System, mit dem Schlecker seine Beschäftigten seit Jahren unter der Fuchtel hielt. Der Kampf hatte überragende Bedeutung für unsere Gewerkschaftsarbeit. Die »Schlecker-Kampagne« ist inzwischen zu einem Begriff geworden. Er steht für eine andere, neue Form gewerkschaftlichen Kampfes und gewerkschaftlicher Politik, bei denen sich die Gewerkschaft als Teil einer »sozialen Bewegung« versteht. (225 Seiten)

Zu beziehen über die Redaktion des express für 12 Euro zzgl. Porto und Versand
express-afp@online.de, Tel. (069) 67 99 84



Und? Geht doch! Mehr Streik möglich...

Die ver.di-Tarifkommission hat dieses Angebot und die Forderungen der Arbeitgeber als Frechheit zurückgewiesen und beschlossen, dass nun verstärkt gestreikt werden müsse, damit die Arbeitgeber endlich ein seriöses Angebot vorlegen. Unterdessen wachsen Ärger und Wut der Beschäftigten im Einzelhandel: Im Oktober haben in zahlreichen Landesbezirken Beschäftigte nicht nur einen, sondern drei bis vier Tage gestreikt. Die Arbeitskämpfe sollen weiter ausgeweitet werden. Die steigende Empörung der Beschäftigten richtet sich dabei nicht nur gegen die fehlende Erhöhung ihrer Einkommen, sondern insbesondere gegen das Vorhaben der Arbeitgeber, die Zuschläge für ungünstige Arbeitszeiten streichen zu wollen. Es ist offensichtlich, dass damit die Beschäftigten die entstehenden Mehrkosten der Unternehmen wegen der Spätöffnungszeiten finanzieren sol-

len. Weil damit für sie die Grenze der Zumutungen erreicht ist, gehen sie auf die Straße statt in den Laden.

... selbst bei Schlecker

Am 27. Juli 2007 waren 450 Beschäftigte von Schlecker aus 250 Filialen in NRW dem Streikaufruf der Gewerkschaft ver.di gefolgt und streikten an ein bis zwei Tagen. Am 17. Oktober 2007 waren es schon 550 Beschäftigte, und sie streikten bis zu vier Tage. Das macht deutlich, dass sich die Beschäftigten von Schlecker für ihre eigenen Interessen einsetzen, obwohl oder weil sie besonders miese Arbeitsbedingungen haben. Gerade der Streik der – überwiegend weiblichen – Schlecker-Beschäftigten motiviert und zeigt, dass selbst unter schlechtesten Rahmenbedingungen Arbeitskämpfe möglich sind.

Angefangen hat diese Entwicklung bei Schlecker in den Jahren 1994/95 bei der damaligen Gewerkschaft hbv in Mannheim (siehe Anzeige rechts

oben). Schlecker-Beschäftigte ließen ihr Einkommen überprüfen, und es wurde festgestellt, dass die Gehälter zwischen 335 und 900 DM pro Monat unter dem Tarifvertrag lagen. Doch das war nicht der einzige Skandal. Das so genannte »Schleckersystem« beinhaltete ein System zur Überwachung und Schikane: Ständig wurde Druck auf die Beschäftigten ausgeübt, die oft viele Stunden oder ganze Tage alleine in der Filiale arbeiteten. Mobbing und Missachtung der Menschenwürde standen auf dem Programm des Schlecker-Managements. Durch eine Kampagne, die sich über viele Monate hinzog, und mit Hilfe eines sozialen Netzwerkes gelang es, dass Frau und Herr Schlecker vom Gericht verurteilt wurden und Nachzahlungen leisten mussten. Schließlich konnte ein Tarifvertrag zur Bildung von Betriebsräten abgeschlossen werden. Heute gibt es 111 Betriebsratsorgane, die ca. 15 000 Beschäftigte vertreten. Sie haben in den letzten Jahren

viel erreicht – trotz anhaltender Behinderungen der Betriebsratsarbeit.

Streik gegen »die Politik«

Die Streikenden nicht nur bei Schlecker haben aber auch Wut gegenüber der Politik, die durch die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten maßgeblich zu dieser Situation beigetragen hat. In Sonntagsreden und -Talkshows sprechen Politikerinnen und Politiker gerne über die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie appellieren an die Eltern, Kinder und Jugendliche nicht alleine zu lassen, sondern sie zu betreuen und zu erziehen. Doch wie, wenn die Betroffenen, überwiegend Frauen, an den Abenden und an Samstagen im Laden stehen? Jahrelang hatten FDP und CDU/CSU das Ladenschlussgesetz mit den bis dahin bestehenden Schutzregelungen für die Beschäftigten bekämpft. Ohne Not gaben Sozialdemokraten und Grüne in ihrer Regie-

am 28. Oktober 1948 zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen die US-Militärpolizei Tränengas und Panzer einsetzte. Das schüchterte die Gewerkschaftsführungen so ein, dass sie für den Tag des Generalstreiks alle Kundgebungen und Demonstrationen untersagte, der Generalstreik wurde zur »Arbeitsruhe« umbenannt.

Trotzdem beteiligten sich an diesem 12. November 1948 9,2 Millionen von über 11 Millionen ArbeiterInnen und Angestellten – d.h. es gab dreimal so viel Streikende wie in den nächsten 20 Jahren zusammen! Mehr als die Hälfte der Streikenden müssen bei damals rund vier Millionen DGB-Mitgliedern Unorganisierte gewesen sein. Das bestätigt die Erfahrungen, auf die Rosa Luxemburg schon in ihrer Arbeit über die russische Revolution von 1905 hingewiesen hatte: Wo auf Massenmobilisierung gesetzt wird, werden auch Massen von Unorganisierten mitgerissen, was eher in Organisierungserfolge umzumünzen ist, als jahrelange Sisyphusarbeit in Perioden von Ruhe und Stillstand.

Die Frage, ob Streik für politische Forderungen legal oder illegal sei, stellte sich angesichts der Breite der Massenaktion erst gar nicht –

* Harold Henke war hbv/ver.di-Sekretär, zuletzt in Mönchengladbach, und arbeitet im Ruhestand ehrenamtlich für verschiedene Publikationen von ver.di.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

272 Neoliberalisierung der Hochschule

S.Draheim & T.Reitz Die konservative Kritik
L.Hanley Akademische Lehre in den USA: Unterwerfung untern Markt
U.Ruschig Simulierte Warenproduktion - ein akademischer Tanz ums Goldene Kalb
C.Heumann Akkreditierung als Regierungstechnik
A.Demirovic Transformation von Staatlichkeit an den Hochschulen
G.Zimmer Universität in der informationellen Produktionsweise

Das Kapital lesen - aber wie?
W.F.Haug Die »Neue Kapital-Lektüre« der monetären Werttheorie
G.Quaas Haugs Einführung ins »Kapital«

271 Zu Politik und Theorie einer neuen Linken

I.SOLTY Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei
F.HAUG Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik
W.F.HAUG Axiome eines Neuanfangs. Über die philosophische Aktualität von Karl Marx
außerdem: F.JAMESON Kulturrevolution; D.SUVIN Im Innern des Walfisches oder Wie leben, wenn der Kommunismus eine Notwendigkeit, aber keine Gegebenheit ist? L.WACQUANT Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität; M.CANDEIAS Das »unmögliche« Prekariat. Antwort auf Wacquant u.a.m.

ARGUMENT-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, versand-argument@t-online.de
 Tel.: +49-(0)30-6113983, Fax: +49-(0)30-6114270
 Redaktion: DAS ARGUMENT, c/o M.Korbmacher, Stephanweg 24, 48155 Münster, Tel.: +49-(0)251-3834462, redaktion@argument.de

Diskussion. Das Münchner DGB-Programm forderte noch die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Mitbestimmung der Arbeitnehmer-schaft in allen wirtschaftlichen, personellen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung, d.h. konkret: Organe der Selbstverwaltung in den Betrieben und gleichberechtigte Mitbestimmung von Kapitalbesitzern und Gewerkschaften in den Aufsichts- und Verwaltungsräten, weil aus Sicht des DGB ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit grundsätzlich möglich schien.

In der Praxis haben sich diese Forderungen immer weiter auf die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten reduziert, die dann 1947 in der Montanindustrie eingeführt wurde, übrigens mit ausdrücklicher Zustimmung der noch aus der Faschismus-Zeit kompromittierten und deshalb geschwächten Unternehmen.

Diese Kompromissbereitschaft aus einer Position der Unsicherheit und Schwäche heraus änderte sich aber rasant mit der Veränderung der wirtschaftlichen Lage ab 1950, dem sog. Korea-Boom. Die Adenauer-Regierung wollte die Montanmitbestimmung wieder rückgängig machen, und für dieselben Industriellen, die drei Jahre vorher »aufrichtige Bereitschaft, den Belegschaften und Gewerkschaften volle Mitwirkungsrechte einzuräumen«, beteuert hatten, waren das plötzlich schon wieder »bolschewistische Ideen«.

Nach ergebnislosen Verhandlungen wurde von IG Metall und IG Bergbau für den 1. Februar 1951 ein flächendeckender Streik für den gesamten Montanbereich angekündigt. Und hier, Ende 1950, tauchte in der Gegenoffensive von Kapital und Regierung, konkret von Adenauer in einem Brief an DGB-Vorsitzenden Böckler, zum ersten Mal die Behauptung auf, ein derartiger Streik sei verfassungswidrig.

Letztlich lenkte Adenauer trotzdem ein, die Montanmitbestimmung blieb erhalten und wurde sogar noch auf den Bergbau ausgeweitet. Die Gewerkschaften werteten dies als vollen Erfolg, kritische Historiker eher als Preis, den die Regierung bereit war, für die positive Haltung des DGB zu einem deutschen »Wehrbeitrag« und der diskutierten Wiederbewaffnung Deutschlands zu bezahlen. Der Massenstreik wurde also abgesagt. Die Erwartung, dass die verteidigte Montanmitbestimmung den Durchbruch der paritätischen Mitbestimmung für die übrige Wirtschaft bringen würde, sollte sich schnell als Illusion erweisen. Mehr noch: dass die erhaltene Montanmitbestimmung eher Ergebnis eines politischen Tauschgeschäfts als das Resultat eines Massenkampfs war, kann man als einen der Gründe für die Niederlage der Gewerkschaften im Kampf um die Betriebsverfassung ein Jahr später sehen. Die erhaltene Montanmitbestimmung konnte eben, weil an der Basis nicht als Kampfserfolg erlebt, nicht zur Verschiebung von Kräfteverhältnissen gegen das Kapital führen.

Ein Jahr später wurde nach gescheiterten Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ein Betriebsverfassungsgesetz

in den Bundestag eingebracht, das die Forderungen der Gewerkschaften nicht berücksichtigte, es war sogar schlechter als die auf Länder-ebene geltenden Gesetze. Der Öffentliche Dienst wurde durch ein »Personalvertretungsgesetz« mit noch beschränkteren Arbeitnehmerrechten abgespalten.

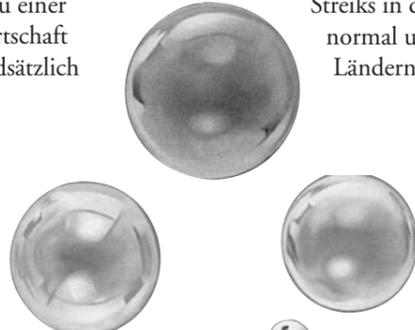
Daraufhin kündigte der DGB Kampfmaßnahmen an unter dem Motto »Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden«. Trotz der Angriffe von Adenauer, der das jetzt wieder als grundgesetzwidrig attackierte, muss die Resonanz in den Betrieben enorm gewesen sein: Hunderttausende beteiligten sich an Demonstrationen und Warnstreiks. Höhepunkt und gleichzeitig Wendepunkt war der Zeitungsstreik vom 27. bis 29. Mai 1952, der die Produktion aller Zeitungen lahmlegte.

Als sich zu diesem Zeitpunkt neue Verhandlungsmöglichkeiten mit der Regierung abzeichneten, wurden – trotz aller Dynamik in den Betrieben – die Kämpfe abgebrochen, obwohl von Adenauer nicht mehr als eine »Prüfung der DGB-Forderungen« zugesagt wurde. Im Rückblick wenig überraschend kam dabei nichts heraus, die Kämpfe wurden aber trotzdem nicht wieder aufgenommen, so dass der Bundestag das Gesetz wie geplant ungehindert verabschieden konnte.

Die Niederlage der Gewerkschaften wegen dieser Kapitulation der DGB-Spitze und ihrer positiven Haltung zur Remilitarisierung hat zwar in den Gewerkschaften zu scharfen Auseinandersetzungen geführt, so musste z.B. der Vorsitzende Fette zurücktreten. Gegen die laufende Entwicklung hin zu einer Gewerkschaft, die Marktwirtschaft und Kapitalherrschaft grundsätzlich

befürwortet, konnte diese Debatte aber nichts mehr ausrichten. Der Boden für ein gesellschaftliches Klima, in dem die Arbeitsrechtsprechung es dann wagen konnte, die politischen Zeitungsstreiks vom Mai 1952 für illegal zu erklären, war bereits vorbereitet. Das bestimmt die herrschende Rechtsauffassung bis heute, und nachdem die »Meinung der Herrschenden die herrschende Meinung« ist, nimmt das zunächst von Anna Normal- oder Prekär-Arbeiterin bis Michael Sommer DGB-Chef jeder als gegebene Größe an.

Mit einem entscheidenden, schönen Unterschied zwischen den Millionen Annas an der Basis und den Michels an der Spitze der Gewerkschaftsapparate übrigens: dass unsere KollegInnen dann, wenn sie erstmal in Bewegung sind, wenn es um wirkungsvolle Kampf-formen geht, überhaupt nicht besonders legalistisch sind und einen sicheren Instinkt dafür haben, wie sehr Rechtsfragen Machtfragen sind. Das haben die Schweinfurter Metaller mehrmals gezeigt mit ihren Arbeitsniederlegungen gegen die Agenda 2010, die Stahl- und die Bauarbeiter 1996 und schon Jahre früher (Rheinhausen) mit ihren Straßenblockaden, die Daimler-Belegschaften im Streik gegen Kohls Kürzung der Lohnfortzahlung, und noch nicht lange her – die Mahle-Kollegen auf der Stuttgarter Pragstraße, die Bochumer Opel-ler, die Alstom-Kollegen in Mannheim und die Freudenberg in Weinheim. Das wird sich in Zukunft immer wieder beweisen, bis wir in der gelebten, in der gestreikten Praxis einfach durchgesetzt haben werden, dass politische Streiks in der Bundesrepublik genauso normal und legal sind wie in anderen Ländern auch!



weder seitens der Militärregierung noch der »provisorischen« deutschen Regierung oder der Unternehmer. Auch hier zeigte sich: Rechtsfragen sind Machtfragen, und eine scharfe Trennung politischer und ökonomischer Momente ist weder möglich noch sinnvoll.

Im Rückblick bleibt festzuhalten: Der schon widerwillig ausgerufene Generalstreik, der zum Schluss sogar zum »Demonstrationsstreik ohne Demonstrationen« degradiert wurde, war nicht Teil einer Strategie, die ernsthaft die Machtfrage aufwerfen wollte i.S. einer Überwindung des Kapitalismus. Das Ziel der SPD-Mehrheiten in der DGB-Spitze blieb beschränkt darauf, »aufeinander abgestimmte Lohn-, Preis- und Produktionspolitik« von Kapitaleignern gemeinsam mit den Gewerkschaften durch Mitbestimmung durchzusetzen.

Der Generalstreik vom November 1948 konnte also nicht mehr als eindrucksvoll die potentielle Macht der Arbeiterklasse zeigen, er sollte aber offensichtlich die wachsende Wut kanalisieren und Dampf ablassen, er war damit nicht einmal ein Versuch, die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse zu verhindern.

Der Kampf um Montan-Mitbestimmung und Betriebsverfassung 1950–1953

Zur Gründungszeit der Bundesrepublik stand noch, wie bereits gesagt, die Eigentumsverfassung der Wirtschaft im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Gewerkschaften schwindet zunehmend. Dies erfüllt uns mit Sorge! Angesichts der täglichen Angriffe auf soziale Errungenschaften sind die Gewerkschaften als wirkliche Kampforganisationen für die arbeitenden Menschen notwendiger denn je!

Mit »Standortsicherungsverträgen« wurden Lohnverzicht und/oder Arbeitszeitverlängerungen vereinbart. Die Politik eines Co-Managements zum Nachteil der Beschäftigten führt zum Abbau tariflicher und betrieblicher Standards. In Folge von Abschlüssen wie dem Pforzheimer Abkommen wurde der Flächentarif immer weiter durchlöchert. Dies ist eine politische Sackgasse!

Auf breiter Front ging die Arbeitsplatzvernichtung durch das Kapital weiter. »Standortpolitik« kann die

Arbeitsplatzvernichtung nicht stoppen! Die überbetriebliche wie auch die internationale Solidarität werden damit untergraben. Jeder Standortvertrag hat zugleich Begehrlichkeiten bei den Konkurrenten geweckt und die Spirale des Verzichts ein Stück weitgedreht.

Kritik an dieser Politik des Co-Managements nimmt an der gewerkschaftlichen Basis zu. Dies führt mitunter zu innergewerkschaftlichen Konflikten. Die demokratisch ausgetragene Diskussion darüber ist unverzichtbar. Repressalien, wie gewerkschaftliche Funktionsverbote und die Bedrohung mit Gewerkschaftsausschlüssen, schwächen die Organisation, entdemokratisieren sie und helfen so letztlich den Gegnern im Unternehmerlager. Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen linke Organisationen haben in einer Einheitsgewerkschaft keinen Platz.

Wir erleben die Fortsetzung der

Agenda 2010 durch die große Koalition auf Kosten der breiten Bevölkerung. Gerade im Kampf gegen die »Rente mit 67« hat sich die Masse der Gewerkschafter Entschlossenheit und Konsequenz, gerade der Gewerkschaften, gewünscht. Die Inkonsequenz beim Widerstand hat das Vertrauen der KollegInnen in die Gewerkschaften geschwächt. Wenn Proteste, Meinungsbekundungen und Warnstreiks nicht genug sind, um Vorhaben der Regierung zu kippen, müssen politische Massenstreiks angestrebt, vorbereitet und durchgeführt werden, um erfolgreich zu sein. Auch alle Angriffe auf unser Streikrecht müssen entschieden von allen Gewerkschaften zurückgewiesen werden.

Es ist kein Zufall, sondern spiegelt die gesellschaftliche Zuspitzung wider, dass in vielen gewerkschaftlichen Bereichen zunehmend Themen diskutiert werden, die über die klassische

»Gewerkschaften, die kämpfen«

Kritik im Vorfeld des IGM-Gewerkschaftstages

Wenn dieser express erscheint, wird der 21. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall über die Bühne des Leipziger Kongresszentrums gegangen sein, voraussichtlich ohne nennenswerten Widerstand gegen die Wahl von Berthold Huber und den tarifpolitischen Flexibilisierungskurs, für den er mit seiner »zweistufigen Tarifpolitik« steht – und diesmal auch ohne linke Oppositionstreffen am Rande. Das heißt nicht, dass die politisch-programmatische

Ausrichtung der IGM unwidersprochen bliebe. Wir dokumentieren im Folgenden einen Aufruf, der auf einer Veranstaltung des Metallertreffs vom Stuttgarter Zukunftsforum entstand und für den in der Woche vor dem Gewerkschaftstag bereits 125 ErstunterzeichnerInnen gewonnen werden konnten. Die Sammlung wird derzeit fortgesetzt.

Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, Brandt-Misstrauensvotum, Mittelstreckenraketenstationierung, Anti-Streik-§116 AFG

Zu den als »politisch« bezeichneten Streiks gehören auch die Arbeitsniederlegungen, die es von 1954 bis 1958 in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gegeben hat, um die Notstandsgesetze 1968, um das Misstrauensvotum gegen die Brandt-Regierung 1972, gegen die Mittelstreckenraketenstationierung 1983 und gegen den §116 AFG 1985/86 im Gefolge der Streiks für die 35-Stundenwoche. Aus Platzgründen kann ich hier jetzt nicht im Einzelnen auf alles eingehen, deshalb nur kurz soviel:

- In der Debatte um Wiederaufrüstung und atomare Aufrüstung haben DGB- und Einzel-Gewerkschaften eine durchaus ambivalente Haltung an den Tag gelegt, die Positionierung gegen die Wiederaufrüstung musste von der Basis und unteren Gliederungen gegen die DGB-Führung erst durchgesetzt werden.

Die Arbeitsniederlegungen, die es anlässlich der Bundestagsdebatte gegeben hat, mit Schwerpunkten in den VW-Werken und in den Häfen Hamburg und Bremerhaven, waren nicht von den Apparaten initiiert, obwohl sich laut Allensbach-Umfragen seinerzeit über 50 Prozent der Bevölkerung für einen Streik gegen die Atombewaffnung ausgesprochen hatten. Im Schulterchluss mit der SPD lehnte die DGB-Spitze trotzdem bundesweite Arbeitsniederlegungen ab.

- Gegen die Notstandsgesetze der großen Koalition waren die Gewerkschaften, gemeinsam mit Wissenschaftlern und Studentenbewegung, von Anfang an entscheidend an der Organisierung von Protest beteiligt. Anfänglich hatten sich IGM, GHK, und GTB für Streiks zur Verhinderung der Notstandsgesetze ausgesprochen. Die Demonstrations-Streiks im Mai 1968 in Frankfurt, Mannheim, Bochum und anderen Städten waren aber wieder nicht von den Gewerkschaftsvorständen initiiert, und eine Ausweitung wurde sogar ausdrücklich abgelehnt – auch von Otto Brenner für die IG Metall in seinem berühmt-berüchtigten Diktum: »Wir streiken nicht gegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments«. Auf dem Höhepunkt der Bewegung im Mai 1968 beschloss der DGB-Bundesvorstand eine Resolution, die den Landesbezirken untersagte, Streiks zur Verhinderung der Notstandsgesetze zu organisieren. Das wurde zurecht von der APO heftig kritisiert, und es wäre sicher eine Untersuchung wert, ob dieses Einknicken der Gewerkschaftsführungen vor den Regierungs-Sozialdemokraten nicht die ultralinke, antigewerkschaftliche Wendung mancher aus der APO entstandenen linken Organisation mitverschuldet hat.

- Im Kampf der Friedensbewegung gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen hat sich dieses Verbot als Farce wiederholt, als der DGB-Bundesvorstand zunächst der gewerkschaftlichen Basis per Beschluss die

Beteiligung an den Demonstrationen der Friedensbewegung verbieten wollte, was für ihn aber zur grandiosen Bauchlandung wurde. Erst nachdem die SPD aus der Regierung geflogen und seit Frühjahr 1982 wieder Opposition war und die vorher selber eingefädelte Zustimmung zur Raketenstationierung kritisierte, wurden auf Druck der durchaus friedensbewegten Gewerkschafts-Basis fünf Mahnminuten für den Frieden beschlossen, von einem ernsthaften Kampfversuch konnte aber auch hier keine Rede sein.

Fazit

Nach dieser kurzen Übersicht über die politischen Streiks in Deutschland seit 1945 zurück zum Ausgangspunkt und zu einer Schlussfolgerung. Unumstritten unter uns ist sicher:

Dort, wo auf Grund der Entwicklung von Belegschafts-, Betriebs- und Industriestrukturen die tarifpolitische, also ökonomische Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften untergraben wird, wird der politische Streik zum nötigen Instrument, um flankierend auf der politischen Ebene Mindestbedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft überhaupt noch durchsetzen zu können. Dasselbe gilt, wenn wie bei der Rente mit 67 per Gesetz die in 30 Jahren tarifvertraglich durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen quasi annulliert werden.

Das Recht auf politischen Streik muss wieder im öffentlichen Bewusstsein als selbstverständliches Recht verankert werden, wenigstens die europäische Normalität muss auch bei uns wieder normal werden. Und das wird nicht über juristische Fachdiskussionen passieren, sondern indem die Gewerkschaftsbewegung dieses Recht offensiv für sich reklamiert und es sich in der Praxis nimmt, statt ständig desorientierende Eiertänze aufzuführen, wie es vor allem die DGB-Spitze ständig tut.

Allerdings wirkt das Thema »politischer Streik« in der deutschen Diskussion auch nur deshalb derartig »überlebensgroß«, weil er immer noch für illegal erklärt und akzeptiert wird. Und für uns Gewerkschaftslinker sollte das heißen: Definitive Fragen dürfen für uns nicht im Vordergrund stehen, denn das hieße vergessen, dass Rechtsfragen Machtfragen sind.

Die zentrale Frage für politische wie ökonomische Streiks ist vielmehr: Wie können die Kräfteverhältnisse deutlich zu unseren Gunsten verschoben werden? Wie müssen Kämpfe geführt werden, damit sie Erfolg haben und Machterfahrung vermitteln? Welches politische Grundverständnis von der Dynamik von Massenbewegungen und von Wechselwirkung zwischen ökonomischen Auseinandersetzungen und Politik ist nötig, um im richtigen Moment richtige Entscheidungen treffen zu können, die uns Kräfte zuwachsen lassen?

Mit diesem Maßstab gemessen war z.B. der 16 Wochen lange Streik der 30 000 Metallarbeiter 1957 in Schleswig-Holstein um die Lohnfortzahlung politischer als die meisten der besprochenen »politischen Streiks«: Die Strei-

kenden führten ihren Streik in dem Bewusstsein, einen Kampf für die gesamte Klasse zu führen, und tatsächlich wurde kurz nach dem Erfolg des Streiks das Lohnfortzahlungsgesetz, orientiert am erstreikten Tarifvertrag, beschlossen. Auch die spontanen Proteststreiks zur Verteidigung der Lohnfortzahlung 1996 haben schnell politischen Charakter bekommen, es war von Bremen bis Stuttgart überall spürbar, dass wir die Macht entwickeln können, die Herrschenden in die Schranken zu weisen.

Mit diesem Maßstab gemessen war auch die erfolgreichste Auseinandersetzung der letzten 25 Jahre, der Streik um die 35-Stundenwoche, ein hochpolitischer Streik. Das Kapital hat in dieser Auseinandersetzung bedrohliche Sprengkraft gesehen – klassenbewusst, wie Kapitalisten sind, war ihnen sehr deutlich, dass der Kampf um die Arbeitszeit nicht irgendeine austauschbare ökonomische Forderung ist, sondern eine besondere politische Qualität hat. Die Regierung war offen und scharf positioniert gegen die Streikenden und hat (wie dann wieder 2003 im Metall-Streik um die 35-Stundenwoche in Ostdeutschland) massiv Polizei vor die Tore geschickt, um Streikbrechern den Weg frei zu räumen. Dieser Streik wurde von vornherein als gesellschaftliche Bewegung angelegt, der mehr als die Kräfte verschiedener DGB-Gewerkschaften gebündelt hat. Man muss also einen Kampf eben auch gewinnen wollen – das war für die Kämpfenden 1984 sieben Streik-Wochen lang spürbar, und das schmälert auch der damals sehr kontrovers diskutierte Abschluss nicht, der sog. »Leber-Kompromiss« – gegen den übrigens seinerzeit Berthold Huber als Tarifkommissionsmitglied engagiert aufgetreten war.

Zum Schluss

Die politische Qualität von Kämpfen entscheidet sich m.E. nicht an der Frage, ob der Ausgangspunkt, die Forderungen, politische sind, sondern daran, ob sie überhaupt noch mit der Zielsetzung geführt werden, sie wirklich zu gewinnen, ob sie so geführt werden, dass eine Verbreiterungsdynamik entstehen kann, die zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse beiträgt, und ob sie so zum Bestandteil eines Wegs aus der Defensive werden! Was uns die meisten Gewerkschaftsführer nämlich schuldig bleiben, wenn sie nach Mitgliederfrustrierenden Abschlüssen mit Leichenbittermiene auf die schlechten Kräfteverhältnisse hinweisen, das ist die Antwort auf diese Frage: Was müssen wir tun, um diese Kräfteverhältnisse zu verändern?

Ein aktuelles Beispiel: Im Frühjahr 1996 waren die Stuttgarter Kollegen von ver.di im Öffentlichen Dienst in einem neunwöchigen Abwehrkampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Das war ein ausgesprochen demokratisch geführter Streik, bei dem ver.di in Stuttgart mobilisiert hat, was die Kräfte hergegeben haben. Die öffentlichen Arbeitgeber, also die Politik, hatten damals, übrigens zum wiederholten Mal, die Rolle des Vorreiters für Arbeitszeitverlängerung übernommen. Grund

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis
Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Aus dem Inhalt, Nr 157, Herbst 2007, 36 Seiten:

- Globalisierte Grundstückskrise
- SPD in der Krise
- Es geht nicht nur um unsere Haut – Zum Tarifkonflikt bei der Bahn
- Schockiert und entsetzt... – Neonazis in Ostdeutschland
- Islamisten, Nationalisten, Neoliberale – Die Türkei nach den Wahlen
- Lohnsenkungsstrategien der Unternehmer
- Rezension – Wer war Susanne Leonhard?
- u.a.

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.– € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.– € aufwärts) sind wir sehr erfreut.

Bestellungen:
T. Gradl, Postfach 910307,
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

www.arbeiterstimme.org

genug eigentlich für die anderen Gewerkschaften, die Kollegen von ver.di zu unterstützen.

Gleichzeitig war die IG Metall in der Tarifrunde: Die Erholzeitpausen – die bekannte Steinkühlerpause – stand im Forderungskatalog der Unternehmer, also eine Arbeitszeitfrage, die auch im Metallbereich hoch emotional besetzt und mobilisierungsfähig ist. Die IG Metall hat aber den Teufel getan, sich mit den ver.di-Kollegen zusammenzutun!

Sie war nicht bereit, eine gemeinsame Mobilisierungsstrategie zu diskutieren mit der Zielsetzung, eine breite Bewegung zu schaffen, die nicht nur den ver.di-Kollegen geholfen hätte, sondern die auch eine viel breitere Gegenwehr-Dynamik gegen die Übergriffe des Kapitals hätte entfalten und damit zu Verschiebungen in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen führen können. Nein, die IG Metall-Verantwortlichen haben deutlich Abstand gehalten, von der Bezirksleitung bis zu den Ortsbevollmächtigten, so deutlichen Abstand, dass die Stuttgarter Presse das genüsslich veröffentlichen konnte.

Eine derartige, auf Massenmobilisierung setzende Politik dagegen, die hätte das Potential in sich, das politische Koordinatensystem gegen Kapital und Regierungen zu verschieben, und sie hätte das Label politischer Streik mehr verdient als die Mehrzahl der Aktionen in der Nachkriegsgeschichte einschließlich der Aktionen gegen die Rente mit 67 im Januar 2007, die nach herrschender Definition politische Streiks gewesen wären.

Der Reader mit allen Beiträgen des 9. Kongresses ist soeben erschienen: www.labournet.de/gewlinke

Tarifpolitik hinausgehen. Dies hat sich auch in den Anträgen zu den Gewerkschaftstagen gezeigt: Ausweitung des Streikrechts auf politische Fragen; Festhalten an Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich; gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Eingrenzung bzw. Verbot der Leiharbeit; Ablehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse; für einen Mindestlohn von 10 Euro; Rücknahme der Rente mit 67, der Hartzgesetze sowie andere sozialpolitische Forderungen; Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte; gegen Rassismus und Faschismus, klares Nein zu militärischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr und ein stärkeres umweltpolitisches Engagement. Die notwendige innergewerkschaftliche Diskussion und Meinungsbildung darf nicht durch Repressalien oder Ausgrenzung behindert werden. Die Aufhebung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen

Linke und die Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie sind deshalb ein Gebot der Stunde!

Wende nach vorne ist nötig

Nur Gewerkschaften, die selbstbewusst und entschlossen den Gegnern gegenüberstehen, haben langfristig eine Zukunft! Nur Gewerkschaften, die konsequent und kämpferisch Löhne, Arbeitsbedingungen und soziale Erwerbsbedingungen verteidigen und verbessern, können die Spirale nach unten stoppen. Nur Gewerkschaften, die die Diskussion in der Mitgliedschaft organisieren, die innergewerkschaftliche Demokratie und Überparteilichkeit verwirklichen, die Kämpfe vorwärts treiben und nicht ausbremsen, werden diese Stärke entwickeln können. Nur Gewerkschaften, die lernen, über Ländergrenzen hinweg

Kämpfe gegen den gemeinsamen Gegner zu organisieren, werden Siege erringen können. Dafür treten wir ein!

Unterschriften unter Angabe von Name, Gewerkschaft, Funktion und Betrieb an: metallertreff@yahoo.de

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

**ELMAR ALTVATER
BIRGIT MAHNKOPF**



Konkurrenz für das Empire
Die Europäische Union in der globalisierten Welt

2007 - 304 S. - € 24,90
ISBN 978-3-89691-652-5

Mit diesem Buch erreicht die kritische Imperialismuskussion einen neuen Höhepunkt - international.

www.dampfboot-verlag.de / info@dampfboot-verlag.de

Böcke zu Gärtnern

Emanzipierte Bürgerschaft gegen NPD-Verbots-Politik

Mit »großer Mehrheit« hat die SPD auf ihrem Parteitag am 26. Oktober einen Antrag für einen neuerlichen Anlauf zu einem NPD-Verbot angenommen. Der letzte Versuch war 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht aus Verfahrensgründen gescheitert, weil das Gericht die für den Verbotsantrag herangezogene Zeugenschaft von staatlichen V-Leuten in NPD-Diensten für problematisch und aufklärungsbedürftig hielt. Wolfgang Schäuble (CDU) erweist sich (nicht nur) diesbezüglich als würdiger Nachfolger seines geistigen und praktischen Vorgängers Otto Schily (SPD): Das Innenministerium weigert sich bis heute, diesem Aufklärungsbedürfnis nachzukommen und die Kooperation zwischen Staatsschützern und inkriminierten Verfassungsfeinden offenzulegen.

Bereits seit Januar diesen Jahres läuft nun eine vom VVN-BDA, der 1947 gegründeten »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der AntifaschistInnen« initiierte Kampagne zu einem gesetzlichen NPD-Verbot. Eine Vielzahl von Gewerkschaftsgliederungen aus ver.di, NGG, GEW, IGM sowie die Naturfreunde, DIDF, Jugendverbände der AWO und der »Linken«, Promis aus Funk und Fernsehen, Intellektuelle, Kirchenvertreter und eine beachtliche Reihe von Gewerkschaftsvorsitzenden unterstützen diesen Antrag und die laufende Kampagne »No.NPD«. Rund 147 000 Unterschriften finden sich bereits unter dem Auf-

ruf – ein Beispiel für eine rundum erfolgreiche Kampagne also? Wenn es da nicht ein kleines Problem mit dem Inhalt gäbe: Kann der Widerspruch zwischen demokratischer Willensbildung, die auf dem Prinzip der Volkssouveränität gründet, und einer gesellschaftlichen Verfassung, die eben diesen unabschließbaren Prozess der Willensbildung in eine fixierte Ordnung bringt, durch Verbote und Ausschlüsse gelöst werden? Und um welchen Preis? Seit Jahren weisen Demokratietheoretiker auf die mit der Verschiebung politischer Entscheidungen auf die Ebene des Verfassungsrechts verbundene Gefahr der Aufhebung der Gewaltenteilung hin – und damit auf die Auflösung eines wesentlichen Unterscheidungsmerkmals zwischen bürgerlichen und diktatorischen Varianten von Rechtsstaatlichkeit.

Im Folgenden dokumentieren wir eine kritische Intervention von Dirk Vogelskamp (Komitee für Grundrechte und Demokratie) zum Versuch, die Grundlage parlamentarisch-repräsentativer Parteiendemokratie per Verbot von Teilnehmern an selbiger zu sichern – und sie über eben diesen Weg zu untergraben. Dem für den express überarbeiteten Beitrag liegt ein Referat auf der Diskussionsveranstaltung »Die NPD verbieten?« zugrunde, zu der das »Bündnis gegen Rechts in der Region Aachen« und der DGB Aachen am 19. Oktober 2007 eingeladen hatten.

Überlegungen anführen, die gegen ein Verbot sprechen:

1. Amputation politischer Freiheit
Verbote, ob Parteien-, Demonstrations- oder Versammlungsverbote stellen (demokratietheoretisch) immer Ausnahmerechte liberal-demokratischer Verfassungen dar und widersprechen generell einer vorgeblichen »freiheitlich demokratischen Grundordnung«. Man kann Demokratie und Freiheit nicht dadurch schützen, dass man deren Gebrauch – auch seitens Andersdenkender – einschränkt: Ein demokratischer Erosionsprozess setzte ein, wie wir ihn im Kontext von Demonstrationsverboten, Demonstrationsauflagen und bisherigen Parteienverboten, zumal dem der KPD, bereits kennen. Politische Versammlungen und Zusammenschlüsse sind jedoch die »demokratische Atemluft«, die auch um unserer Freiheit willen staatlicherseits nicht abgewürgt werden darf. Damit würden antidemokratische, anti-liberale Signale in die Gesellschaft ausgesendet. Ein erneutes Parteienverbot griffe in das Wahlrecht tausender BürgerInnen ein und begrenzt deren Möglichkeit, mittels Wahlen überhaupt Herrschaft ausüben zu können. Ihre Stimmen würden ungültig: in einer repräsentativen Demokratie kein unerheblicher Eingriff. Eine schleichende Akzeptanz undemokratischer Politikformen gewönne Überhand.

2. Nur demokratisch-menschenrechtliche Alltagspraxis schützt vor den Erosionsprozessen der Demokratie
Demokratisches, menschenrechtliches Verhalten muss tagtäglich eingeübt und ausprobiert werden, auch in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden. In den Bündnissen gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Gewalt, wie sie in vielen Kommunen und Regionen bestehen, werden diese tappenden Schritte demokratiepraktisch neu von unten unternommen. Dieses demokratische Engagement und Bewusstsein von vielen BürgerInnen ist politisch sehr zu begrüßen. Es sollte nicht staatspolitisch durch ein Verbot wieder eingefangen werden. Ich sehe hier auch die Gefahr, dass eine solche Verbotsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts für viele BürgerInnen gewissenberuhigend wirken könnte und eigenes Engagement wieder abnähme. Also einer demokratischen Praxis von unten entgegensteht.

3. Gesellschaftliche und politische Produktionsbedingungen von Rassismus und Gewalt

Ein Verbot der NPD veränderte die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen Rassismus und Gewalt hervorgehen, nicht. In diesen Verhältnissen hat sich »die Rechte« inzwischen eingerichtet. Die NPD ist lediglich parteipolitischer Ausdruck einer bis weit in die Mittelschichten hineinreichenden ausländerfeindlichen und rassistischen sowie wohlfahrtschauvinistischen Haltung. Die sozialen und ökonomischen Verwerfungen, die diesen menschenfeindlichen Haltungen und Vorurteilen Vorschub leisten, blieben unangetastet. Exemplarisch sei die armutsbedingte Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen angeführt, die einen Boden für politische Radikalisierung bereitet.

4. Politische Täuschungsmanöver
Es ist wohl müßig, daran zu erinnern, dass alle staatstragenden Parteien seit Jahren Ressentiments, fremdenfeindliche Vorurteile und Ängste gegen(über) ImmigrantInnen geschürt¹, mobilisiert und populistisch instrumentalisiert sowie unzählige repressive »Ausländer- und Integrationsgesetze« erlassen haben. Dieselben Parteien fordern nun das Verbot einer Partei, deren gesellschaftlichen Auftrieb sie durch Politik und Institutionen mit befördert haben. Sie täuschen politisches Handeln vor, das im Grunde nichts verändert und nichts kostet. Billiges staatstragendes Toleranzgeschwafel, statt die Gruppen und Initiativen personell und finanziell stärker zu unterstützen, die den Rechtsextremisten durch Jugendarbeit, Opferberatung und Aufklärung Paroli bieten. Deren Finanzierung jedoch ist entweder gänzlich gestrichen worden oder wird prekär gehalten.

Es ist zudem eine Binsenweisheit: Allein eine menschengerechte Bildungs-, Sozial-, Jugend- und Ausländerpolitik könnte den Rechtspopulisten und Rechtsradikalen das trübe Vorurteilswasser, in dem sie wie Raubfische schwimmen, demokratisch angemessen abgraben. Stattdessen treibt die Entleerung parlamentarischer Demokratie immer mehr Verdrossene und Politikmüde in die Fänge rechtsradikaler Parteien. Die Krise parteipolitisch repräsentativer Demokratie ist zum Teil hausgemacht. Neoliberal gewendet, setzen die staatstragenden Parteien medial vermittelt und hochglanzbrotschiert nur noch vermeintliche globale Sachzwänge um, die sie gegenüber dem »Wahlvolk« rechtfertigen, statt die Bedingungen politisch und menschenrechtsangemessen zu gestalten. Die parteipolitischen Wahlkampfapparate sind schon lange keine Transmissionsriemen kollektiver Interessen von BürgerInnen mehr. Ein aktuelles Beispiel ist die mehrheitliche Ablehnung der Rente mit 67 in der Bevölkerung, die keinen Ausdruck im Abstimmungsverhalten des Parlaments fand.

5. Die Geburt von Verfassungsfeinden
a) Die NPD und das gewalttätige Umfeld stellen, nüchtern betrachtet, keine konkrete

Zwei kurze Vorbemerkungen: Erstens: In der linken Diskussion geht es um eine unterschiedliche politische Bewertung, welche Folgen ein NPD-Verbot zeitigen könnte. Zugrunde liegt eine abweichende Analyse, welche politischen Interessen mit einem Verbot staatlicherseits und seitens der Staatsparteien verfolgt werden.

Zweitens: Meine differenzierte Position zum Verbot bedeutet keine Sympathie für eine antisemitische, rassistische, standortnationa-

listische und undemokratische Politik. Die Missachtung von Freiheit und Existenzrechten anderer Menschen und Andersdenkender muss mit allen demokratisch-menschenrechtlichen Mitteln bekämpft werden. Insofern ist auch der Ansatz nachvollziehbar, ein Verbotsverfahren gegen die NPD gemäß Art. 21 Abs. 2 GG einzuleiten, wie es die Kampagne No-NPD, von vielen Gewerkschaftern und Prominenten unterstützt, vom Bundestag fordert. Dennoch möchte ich einige politische Erwägungen und

Kein Zimmer frei

Auch eine Variante von Boykott

Ökonomie kann politisch sein, wenn man sie weder den Marktapologeten noch den Politikern überlässt: Im Folgenden dokumentieren wir das freundliche, aber bestimmte Schreiben eines sächsischen Hoteliers an zwei NPD-Abgeordnete:

»An NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Herren H. Apfel und A. Delle Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 01067 Dresden

Ihre Zimmerreservierung im Holiday Inn Dresden

Sehr geehrter Herr Apfel, sehr geehrter Herr Delle, wir erhielten heute Ihre über www.hotel.de getätigte Reservierung für den 7. November 2007 und sind einigermaßen erstaunt, dass Sie ausgerechnet ein amerikanisches Hotelunternehmen mit ausländisch klingendem Namen bevorzugen.

Da Sie in unserem Hause nicht willkommen sind und ich es auch meinen Mitarbeitern nicht zumuten kann, Sie zu begrüßen und zu bedienen, haben wir hotel.de gebeten, die Buchung zu stornieren.

Sollte dies aus vertraglichen Gründen nicht möglich sein, darf ich Sie darauf hinweisen, dass ich sämtliche in unserem Hause durch Sie getätigten Umsätze unmittelbar als Spende

an die Dresdner Synagoge weiterleiten werde.

Betrachten Sie dies als kleinen Beitrag zur Wiedergutmachung für die Schäden, die Ihre damaligen Gesinnungsgenossen der Synagoge und vor allem ihren früheren Besuchern zugefügt haben.

Eine Kopie dieses Schreibens leiten wir an die Dresdner Presse weiter. In der Hoffnung, dass Sie eine zu Ihnen passende Unterkunft finden und uns Ihr Besuch erspart bleibt, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen
Johannes H. Lohmeyer
Geschäftsführer
MACRANDER HOTELS GmbH
& Co. KG

Gründe für 9, 11,

Diskussion über »gerechten Lohn«

Eines der gängigen Rituale von Tarifrunden und zugleich ein Grund, warum diese oft als wenig politisch erscheinen, ist, dass im Anschluss an die Abschlüsse über eben diese – und nichts sonst – berichtet wird. Von hier aus erscheint das Ergebnis nur noch als Resultat eines Deals zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen in den Verhandlungskommissionen. Ebenfalls im Anschluss daran lässt es sich dann trefflich schimpfen über Versäumnisse wie mangelnde Kampfbereitschaft »der Gewerkschaft« oder mangelnde Einbeziehung der Belegschaften in der Phase der Willensbildung. Dieses Problem kann jedoch

auch offensiv angegangen werden, indem Forderungsdiskussionen unter den gewerkschaftlichen Interessenvertretungen im Betrieb, d.h. den Vertrauenskörpern, öffentlich gemacht und geführt werden. Wir dokumentieren ein Beispiel für die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst, in dem die KollegInnen im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach anhand ihrer Erfahrungen im Krankenhaus und in der Pflege zeigen, dass Lohnfragen gesellschaftliche Fragen sind – und Tarifrunden viel mehr als Rituale sein können:

Grundgesetz, Art. 21 (Parteien)

1. Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

2. Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht. (...)

hängige Untersuchungen der in den Verbotsanträgen aufgeführten Straftaten haben ergeben, dass sich nicht belegen lasse, die NPD sei in den letzten Jahren zu einer Schaltzentrale fremdenfeindlicher Gewalt geworden. »Sie belegen nicht einmal den vagen Vorwurf, die Partei habe sich »zu einer Handlungs- und Gesinnungsplattform für rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter entwickelt.«²

b) Da für die BRD und ihre verfasste Ordnung seitens der NPD keine konkret nachweisbare Gefahr besteht (bspw. bevorstehender gewalttätiger Umsturz), gäbe es verfassungsrechtlich eigentlich keine Handhabe, ein Parteienverbot auszusprechen. Diese restriktive Interpretation des Grundgesetzartikels setzt die Eingriffsschwelle für ein staatliches Parteienverbot hoch an. Programmatische verfassungsfeindliche Ziele, verfassungsfeindlicher Verbalradikalismus und staatsfeindliche Rhetorik (nicht: strafbare neonazistische Inhalte) sind grundgesetzlich von der Meinungsfreiheit (noch) gedeckt.

c) Deshalb wird in der staatschützerischen Bewertung der NPD, um den – politisch und juristisch immer umstrittenen – verfassungsrechtlichen Verbotskriterien halbwegs Genüge zu tun, vor allem die verfassungsfeindliche Haltung und der antiparlamentarische Charakter der NPD betont, die die NPD mit legalen Mitteln vertritt. Diese Berichte unterscheiden

sich wenig von den Verfassungsschutzberichten über linke außerparlamentarische Gruppen, z.B. über »die Autonomen« oder »die autonome Antifa.«³ Doch trotz massiver Infiltration der NPD durch den Verfassungsschutz mittels V-Leuten ist es staatlicherseits nicht gelungen, die konkrete Gefährdung der Gesellschaftsordnung gerichtsverwertbar zu belegen; mehr als ein Haufen Zeitungsschnipsel wurde kaum zutage gebracht. Stattdessen wird nahegelegt, die NPD bereite den Boden für Gewalt in ihrem ideologischem Umfeld. Sicherlich, das tut sie, doch die Straftaten müssen der Partei eindeutig zuzuordnen und zuzurechnen sein. Oder wird etwa bei den staatstragenden Parteien und ihren demagogischen Feldzügen gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge (»Wir müssen darauf achten, dass weniger Ausländer zu uns kommen, die uns ausnützen, sondern mehr, die uns nutzen.«) ebenso verfahren?

Gleichwohl muss angemerkt werden, dass es rechtsstaatlich nicht angehen kann, dass eine Partei, die man verbieten will, weil sie vorgeblich die Grundlagen des Staates untergrabe, in eben rechtsstaatlich höchst fragwürdiger Weise (mit rechten V-Leuten, deren Identität der Staat nicht preisgeben will) gerade dies zu belegen versucht. Kurz: Rechtsradikal gesinnte, anonyme V-Leute sollen die NPD der Verfassungsfeindlichkeit überführen. Hier kann man sich nur dem Kommentar von Wolf-Dieter Narr anschließen: Eine auf Geheimdienste gestützte Politik verumt. ⁴

6. Ideologischer Verfassungsschutz und seine Folgen

Ich weiß nicht, wie das Bundesverfassungsgericht bei einem erneuten Verbotsantrag entscheiden wird, so sich eines der Verfassungsorgane dazu entschließen will. Ich vermute, dass sich die programmatisch und nach außen hin legalistisch verhaltende NPD keinen Anlass bieten wird, ihr greifbare illegale Handlungen nachzuweisen. Damit bliebe nur die Möglichkeit, die ideologische Delegitimierung staatlicher Ordnung zum Ausschlussgrund zu erheben, also eine extensive Interpretation des Verbotsartikels zu betreiben. Darauf haben die bisherigen Verbotsanträge wesentlich abgestellt. Im ideologischen Meinungsstreit aber hätte der Staat strikte Neutralität zu wahren. Nicht eine politisch missliebige Gesinnung, sondern nachweisbare und zurechenbare konkrete Handlungen sind straf- und – wenn überhaupt – verfassungsrechtlich von Belang. Die Folgen einer ideologisierenden Auslegung des Verbotsartikels sind gravierend: Wie nach dem KPD-Verbot würde die politische Feindschaft zur FDGO (Freiheitlich-demokratische Grundordnung) zu einem zentralen Kriterium staatschützerischen Handelns (mit allen Folgen wie Berufsverboten, politischem Strafrecht etc.). Die Gefahr, dass auch eine missliebige Opposition ausgeschaltet werden könnte, liegt auf der Hand, wie zuletzt am Umgang mit der globali-

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd



303

Aufbegehren – Die Politik der Indigenität

Außerdem: ► Kitsch und Kopftuch
► Feminismen in Argentinien ► Migration in Singapur ► Pharmatests in Costa Rica ...

Einzelpreis €5,30

iz3w ► Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

sierungskritischen Opposition anlässlich des G8-Gipfels festgestellt werden konnte. Der verfassungsgerichtlich nicht behandelte Verbotsantrag liegt ganz auf der Linie eines ideologischen Verfassungsschutzes und kann nicht im Interesse einer emanzipierten Bürgerschaft liegen.

7. Der starke Staat demonstriert seine Macht

Mit der Zustimmung zu einem NPD-Verbot ist man gesinnungspolitisch vermeintlich immer auf der richtigen Seite. Ich habe versucht zu zeigen, dass wir in diesem Fall einen nach innen wie außen hochgerüsteten Staatsapparat stärken, indem wir eine niedrige politische Eingriffsschwelle staatlichen Handelns, die bereits im (ideologischen) Vorfeld einsetzt, einfordern. Die Auseinandersetzung und die Bekämpfung antidemokratischer und rassistischer Organisationen und Politik muss Aufgabe einer aufgeklärten Bürgerschaft bleiben: lebendige BürgerInnen-Demokratie statt staatlich wehrhafte. Die Aufgabe sollte deshalb nicht in die technologisch hochgerüsteten Hände eines präventiven Sicherheitsstaates gelegt werden, der, über das legitime Gewaltmonopol verfügend, bereits heute überall terroristische und verfassungsfeindliche Gefahren herrschaftssichernd spekulativ ausmacht. Diese Politik schwächt Demokratie und Menschenrechte schon heute zur Genüge.

Anmerkungen

- 1) Vgl. z.B. die seit Anfang 2005 gültige »Integrationsverordnung«, in der »Ausländer« generell als defizitär dargestellt werden.
- 2) Claus Leggewiel/Horst Meier (Hrsg.): »Verbot der NPD oder: Mit Rechtsradikalen leben?«, Frankfurt a.M. 2002, S. 23
- 3) Vgl. Heiner Busch: »Der Beitrag des Verfassungsschutzes zum NPD-Verbotsantrag«, in: Cilip, Nr. 68, 1/2001, S. 19ff.
- 4) Vgl. Wolf-Dieter Narr: »Warum ich als radikaler NPD-Gegner gegen deren Verbot bin«, in: Cilip, Nr. 68, 1/2001, S. 9ff



20, 23 Prozent unter Krankenhausbeschäftigten

Am 16. Oktober 2007 berieten die ver.di-Vertrauensleute im Knappschafts-Krankenhaus Sulzbach über die künftige Tarifrunde. Das Mitglied verschiedener Tarifkommissionen und Personalratsvorsitzender Hans Ruge hatte zu Beginn eine ausführliche Darstellung der aktuellen Situation gegeben und deutlich gemacht, dass »die Tarifaufeinandersetzung 2008 kein Spaziergang« werden wird. In der Diskussion wurden mögliche Forderungen diskutiert und Schritte beraten, die notwendig sind, um Forderungen auch durchzusetzen.

Eine Frage, die die Versammlung bewegte: Wie hoch muss eine gerechte Forderung aussehen? Was ist überhaupt eine gerechte Forderung? Was brauchen wir zum Leben? Dabei wurden folgende Rechnungen aufgemacht:

Rechnung 1

Seit Jahren haben wir keinen Zuwachs im Geldbeutel. Jetzt ist es amtlich: Netto und die Preissteigerung abgezogen haben wir sogar weniger als vor fünfzehn Jahren. Beschäftigte in Deutschland können sich heute von ihrem Lohn deutlich weniger leisten als noch vor 15 Jahren. Eine Statistik des Bundesministeriums zeigt, dass der Reallohn 2006 durchschnittlich bei 15 845 Euro je Arbeitnehmer lag. 1992 betrug er noch umgerechnet 17 251 Euro. Um uns in den Stand von vor 15 Jahren zu versetzen – bekanntlich war damals nicht das Paradies in Deutschland ausgebrochen –, wäre eine Lohnerhöhung von etwa neun Prozent nötig. Damit würden wir uns nur den Teil wieder zurückholen, den man uns in den letzten Jahren geklaut hat. Wäre das nicht gerecht?

Rechnung 2

Kamen auf einen Beschäftigten im Krankenhaus vor zehn Jahren 17,9 Patienten, so sind es jetzt 21,2 Patienten. Das ist eine Leistungssteigerung von 18,4 Prozent.

Betrachten wir speziell die Pflegekräfte, dann wird das Bild noch deutlicher. Hat eine durchschnittliche deutsche Pflegekraft im Jahre 1995 45,4 Patientenfälle betreuen müssen, so waren es 2005 55,8. Geht man davon aus, dass durchschnittlich die Arbeitsleistung pro Patient gleich geblieben wäre, dann würde heute eine 22,9 Prozent höhere Leistung gefahren. Gibt es denn nun in diesen zehn Jahren neue Maschinen, die die Arbeit wesentlich erleichtern? Auch das ist wohl nicht der Fall. Die neuen tollen Maschinen heißen Computer, die bedient werden müssen, und noch tollere Formulare müssen ständig ausgefüllt werden.

Wäre es da nicht gerecht, über 20 Prozent zu fordern? Leistung soll sich doch lohnen.

Rechnung 3

Oder betrachten wir die Reallöhne der letzten zehn Jahre. Auch hier gibt es Verluste: je Durchschnitts-Beschäftigten nur noch 1 320 Euro gegenüber 1 367 Euro 1996. Und das, obwohl die Gesellschaft als Ganze immer reicher wurde. Das Bruttoinlandsprodukt stieg von Jahr zu Jahr. Seither ist der jährlich zu verteilende Reichtum um 85 Milliarden Euro gestiegen. Wo ist er geblieben? In den Taschen der großen Konzerne und der Superreichen. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt, dann kann man für diesen Zeitraum eine Steigerung von 23 Prozent festhalten. Wäre es da nicht gerecht, auch 23 Prozent in der Tarifrunde zu fordern?

Rechnung 4

Seit mehreren Jahren gab es Reallohnverluste. 2005 haben wir im öffentlichen Dienst die letzte tabellenwirksame Erhöhung erhalten. Seitdem sind die Preise um mindestens sechs Prozent gestiegen. Dabei ist aber die

Mehrwertsteuererhöhung und der beschleunigte Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise nur unterproportional in die Inflationsrate eingerechnet. Während der Anteil der Löhne am Volkseinkommen immer weiter sinkt (von 72,2 Prozent in 2000 auf jetzt 66,2 Prozent), wird in Deutschland der Aufschwung gefeiert. Sogar der Finanzminister freut sich über gestiegene Steuereinnahmen dieses Jahr. Betrachtet man dazu die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität – das nennt man bescheiden den »verteilungsneutralen Spielraum«, dessen Ausnutzung noch nichts an den gesellschaftlichen Zuständen ändern würde –, dann kommt man auf eine Höhe von etwa 11 Prozent oder etwa auf einen Festbetrag von 250 Euro für alle. Wäre das nicht gerecht?

Diese Welt ist nicht gerecht

Also, wie hoch sollte die Forderung aussehen? Argumente gibt es für Forderungen

Bildung geht stiften

Heinrich Becker* über die andauernde Hochschulprivatisierung

Die Privatisierung der Bildung, so auch der Hochschulen, findet auf unterschiedlichen Wegen statt: von Gebühren für die »NutzerInnen« über die Anpassung der Studieninhalte an vermeintlich praxisnähere und bedarfsorientiertere Studiengänge bis zur Einführung neuer Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen für die Bildungsinstitutionen. Allen Varianten liegt das Credo zugrunde, dass eine im neoliberalen Sinn verstandene Ökonomisierung der Bildungsproduktion und -konsumtion und der Rückzug des Staates aus Finanzierung und Kontrolle zu einer Effektivierung des Mitteleinsatzes, Qualitätsverbesserungen und damit zugleich zur Steigerung des Bildungsausgangs führe.

Das glauben zwar viele, aber nicht alle: In Hessen waren die Studierenden mit ihrem Boykott der ab diesem Semester erhobenen Studiengebühren erfolglos, doch die für eine Klage gegen die Landesregierung beim hessischen Staatsgerichtshof erforderliche Zahl von Unterschriften wurde mit mehr als 71 000 UnterstützerInnen weit übertroffen. Die Klage stützt sich auf die Unentgeltlichkeit des Hochschulunterrichts, wie er in der hessischen Verfassung und in Art. 13 des UN-Sozialpakts fixiert ist, und wird auch von ver.di bzw. GEW unterstützt.

Schwieriger gestaltet sich die Positionierung der Gewerkschaften im Falle der derzeit beliebten Umwandlung von Hochschulen in Stiftungsuniversitäten. So gab es zwar anlässlich der präsidial forcierten Umwandlung der Goethe-Universität in Frankfurt in eine Stiftungsuniversität, selten genug, gemeinsame Aktionen von Beschäftigten, WissenschaftlerInnen, Studierenden und beider Bildungsgewerkschaften. Sie richteten sich gegen die Ökonomisierung der Bildung, z.B. in Form von ‚autonomen‘ Hochschulräten, weil sie darin ein Weniger statt Mehr an Demokratisierung sahen. Doch ver.di hat mittlerweile eine Dienstvereinbarung für die Beschäftigten unterschrieben und damit ein wichtiges Pfand für gemeinsame Proteste aus der Hand gegeben – auch wenn es bei einer »grundsätzlichen Kritik« an der Stiftungsuni bleiben soll.

Heiner Becker beschreibt die Hintergründe dieses Konflikts, der weit über die Sicherung der unmittelbaren Arbeitsplatzinteressen hinaus reicht.

JournalistInnen, allen voran die MitarbeiterInnen der FAZ, arbeiten derzeit an der Entwicklung neuer bildungspolitischer Mythen. Der erste Mythos ist der von der/dem umtriebigen UniversitätsleiterIn, deren charismatische Ausstrahlung die Verwandlung von staatlichen in private Hochschulen erst und endlich ermöglichte. Allerdings, so musste selbst die FAZ konzedieren, war die Strahlkraft von Frau Gesine Schwan im Falle der Universität Frankfurt/Oder wohl nicht so groß, dass sich im Senat nicht doch erheblicher, wenngleich nicht mehrheitsfähiger Widerstand gegen die Umwandlung der Universität in eine Stiftung öffentlichen Rechts geregt hätte. Im Falle der Zustimmung des Senats der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main zu einer »Stiftungsuniversität« geht die Mythenbildung sogar so weit, die Ablehnung dieses Vorhabens durch den studentischen Vertreter zu unterschlagen. Dies ist umso verwunderlicher, als in der laufenden Berichterstattung über Personal- und Dienstversammlungen und vor allem die Landtagsanhörung im Frankfurter Römer ein zutreffendes Bild sehr weitreichender Bedenken bis hin zur Ablehnung seitens des Personals, der Studierenden und der Gewerkschaften vermittelt wurde.

Ein weiterer Mythos ist der von den uneigennütigen Stiftern, die sich ihrer »Verantwortung gegenüber der Universität immer stärker bewusst werde(n)«. ¹ Da tauchen plötzlich, just-in-time, kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes zur Umwandlung der JWG-Universität in eine »Stiftung öffentlichen Rechts« im Hessischen Landtag, z.B. jene 33 Millionen Euro der »Alfons und Gertrud Kassel-Stiftung« auf, die sich wie durch Zauberhand auf 66 Millionen Euro verdoppeln; hatte doch die Landesregierung versprochen, auf jeden von Privaten eingeworbenen Euro einen weiteren aus der Staatskasse draufzulegen. Einen schönen Begriff für diesen Vorgang haben sich ihre Urheber gleich mit ausgedacht: »*matching funds*-Zusage«. Zu diesem Mythos passt aber nicht so recht die Tatsache, dass dieses Geld schon über 20, möglicherweise 30 Jahre vom Bankhaus Metzler verwaltet wird.

Ein dritter Mythos ist der von der altruistischen Absicht eines »Hochschulrates«, der ab 1. Januar 2008 die Geschicke der Stiftungsuni von »außen«, d.h. aus den Vorstandsetagen von Industriebetrieben und Banken lenken soll.

Ein vierter Mythos behauptet, dass Studiengebühren die Qualität von Forschung und Lehre verbesserten.

Tatsächlich wurde mit dem Gesetz zur Umwandlung einer Universität in bislang staatlicher Verantwortung und unter öffentlicher

Aufsicht (bei zwar eingeschränkter Selbstverwaltung) in eine entstaatlichte Anstalt auch in Hessen ein Prozess vorangetrieben, an dessen Ende die dann noch bestehenden Universitäten grundlegend verändert sein sollen. Und dies nicht, weil es ein mystifizierter Herr Steinberg (Frankfurt/Main) oder die verhinderte Frau Bundespräsidentin Schwan so wollen, sondern weil ganz andere, wirkmächtigere Institutionen dies auf ihre Agenda setzten. Für Europa sind dies die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und die EU selbst.

Der so genannte Bologna-Prozess wird in weiten universitären Kreisen zwar mit den politischen Vorhaben der EU in Verbindung gesetzt, nicht zuletzt deshalb, weil alle Selbstverwaltungsorgane und vor allem die Dekanate gezwungen sind, ihre Studiengänge in das »Bachelor-Master«-System zu pressen. Doch selbst in den Fällen, wo ganze Fachbereiche ihre Weigerung begründen, fehlt eine Analyse des Kontextes, in dem diese Einführung »konsekutiver« Studiengänge und -abschlüsse stehen. Ähnlich verhält es sich mit den Protesten gegen die Erhebung von Studiengebühren. Dabei wäre nur ein geringer Zeitaufwand nötig, um sich selbst ein Bild über die strategischen Ziele dieser »global players« zu machen. Die OECD ist als Organisatorin der so genannten PISA-Studien in vieler Munde, weil jeder Politiker (egal welcher Couleur) Teilbefunde heranziehen kann, um damit in Talkshows das völlige Gegenteil seines jeweiligen politischen Gegenübers zu belegen. Das reicht dann von der Forderung nach Verkürzung der Schulzeit, nationalen Standards, Zentralabitur, »Evaluation« und »Monitoring« einerseits bis zu der nach Gemeinschaftsschulen, kleineren Klassen, besonderer Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund etc. andererseits.²

Inzwischen vertreibt die Firma Bertelsmann die jährlichen Übersichten der OECD darüber, wie weit die unterschiedlichsten Länder, ihren »Empfehlungen« folgend, auf dem Weg zur Vermarktlichung aller Bildungsinstitutionen und Ausrichtung an den Verwertungsinteressen des nach Anlage suchenden Kapitals vorangekommen sind. Titel: »Bildung auf einen Blick«. Der letzte »Bericht« über Deutschland ist vor allem deshalb auf ein breites Interesse gestoßen, weil er die so genannte Ingenieurslücke in Deutschland beschreibt. Gibt man bei *Google* »OECD und Bildung« ein, so wird man über die Breite und Tiefe der Rezeption überrascht sein.

Ganz anders verhält es sich mit einem von der OECD-Direktorin Ischinger selbst so

bezeichneten »Schlüsseltext« über die Hochschulbildung. Frau/Mann muss den Titel kennen, um ihn überhaupt finden zu können: »Education Policy Analysis – Focus on Higher Education«. Es handelt sich um mehrere Dokumente, die aus der Tagung von OECD-Bildungsministern vom 26./27. Juni 2006 in Athen hervorgingen. Es gibt keine Übersetzung ins Deutsche und keine veröffentlichten Meinungen. Dies ist umso verwunderlicher, als diese Publikation den Konsens der Teilnehmer widerspiegelt, in jedem Land und auf »Weltenebene« das System der Höheren Bildung auf eine Weise zu ändern, die »schmerzhaft«, aber »unausweichlich« sei (S. 15).

»Schmerzhaft«? Der neue Generalsekretär der OECD, Angel Gurría, ließ in Athen keinen Zweifel, wer die Schmerzen aushalten soll: die Studenten, indem sie Studiengebühren zahlen, natürlich »sozial abgefedert«. Im Original: »Who should pay? Expanding higher education and improving its quality costs a lot of money. Who should pay these costs? Students? Parents? Employers? All taxpayers?« Nach einer Diagnose der Unterfinanzierung der Hochschulen durch den Staat vor allem in Europa und einer Skizzierung der (falschen) Alternative »Zugangsbeschränkung zu »Elitepositionen« versus Qualitätsabfall wegen massiver »Überfüllung« der Universitäten« gibt Herr Gurría die Antwort: »...we think that contributions from graduates to the costs of study can be an efficient way of increasing resources«. (S. 14) Aber es soll »gerecht« zugehen: Wer sich Studiengebühren nicht leisten könne, der solle Stipendien oder subventionierte Darlehen erhalten. (Vgl. S. 15)

Die insgesamt 165 Seiten hier ausführlich zu besprechen, ist nicht möglich. Einige wenige Zitate respektive Bemerkungen mögen genügen. Die OECD nennt als ihren Bezugsrahmen selbst: »...new international policy instruments bearing on higher education are emerging. These include negotiations in the GATS covering trade in educational services; the European Bologna Process; and in a more modest way, the OECD/UNESCO guidelines on quality provisions in cross-border higher education...« (S. 14)

Es ließe sich an dieser Stelle einwenden, die OECD sei keine Regierungsinstitution, deren »Vorschläge« unmittelbar in nationales Gesetzgebungsverfahren einmündeten. Formell ist dies richtig, aber die Hinweise auf »erfolgreiche« Praxis in den unterschiedlichsten Ländern lesen sich wie Blaupausen. Und in ihrer einflussreichen Eigendarstellung stellen die Herausgeber fest: »Die EU-Kommission nimmt an der Arbeit der OECD teil.« (S. 2)

gen von 9, 11, 20 und 23 Prozent. Eins steht fest: Wir verdienen nicht das, was wir verdienen. Unsere Arbeit wird schlecht bezahlt. 50 000 Pflegestellen in Krankenhäusern wurden in den letzten Jahren gestrichen. Bei gleichzeitig einer Million mehr PatientInnen geht das auf die Knochen! Im gesamten Gesundheitswesen wird gespart, in besonderem Umfang aber in den Krankenhäusern – und das bei rasant steigenden Patientenzahlen: Derzeit werden etwa eine Million mehr Menschen in den Kliniken versorgt und gepflegt als noch vor zehn Jahren. Und damals gab es in deutschen Krankenhäusern über 50 000 Pflegestellen mehr als heute! Diese Entwicklung geht zunehmend zu Lasten sowohl der PatientInnen als auch der KollegInnen. Immer häufiger beschwerten sich PatientInnen oder ihre Angehörigen darüber, dass notwendige Leistungen, wie z.B. Umlagerungen,

Mobilisationen, Schmerzmittelverabreichungen und Überwachungen von frisch Operierten, wegfallen oder nicht rechtzeitig stattfinden – trotz aller Bemühungen des Pflegepersonals.

Hinzu kommt, dass durch die Verkürzung der stationären Behandlung ein wesentlich höherer Anteil von stark pflegebedürftigen PatientInnen zu versorgen ist: mehr PatientInnen – in kritischerem Zustand – bei deutlich reduziertem Personal! Im aktuellen Pflegebarometer des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung geben 30 Prozent der befragten Pflegedirektionen an, dass sie in den letzten zwei Jahren keine ausreichende Versorgung in der Pflege anbieten konnten. Nur in jeder vierten Einrichtung konnten die Pflegekräfte sicher sein, dass sie jederzeit eine engmaschige Kontrolle der PatientInnen gewährleisten können.

Angesichts dieser prekären Lage

bleiben nicht-medizinische, aber nicht minder notwendige Leistungen, wie gesprächsorientierte Patientenbegleitung oder die Unterstützung beim Essen und Trinken, auf der Strecke. Der Abbau des Pflegepersonals in deutschen Krankenhäusern geht immer stärker zu Lasten der Versorgungssicherheit der PatientInnen, und auch die Gesundheit der Beschäftigten wird zunehmend in Mitleidenschaft gezogen. Die körperliche und psychische Belastung von hoch qualifiziertem Personal bei intensivstem Kontakt zu oftmals schwer kranken Menschen wird mit der zumeist niedrigen Bezahlung nur unzureichend vergütet. Nein, gerecht geht es in unserer Gesellschaft wahrlich nicht zu.

Wie hoch muss denn aber unsere Forderung für die Tarifrunde sein? Was können wir durchsetzen? Wie stark sind wir? Sind wir bereit zu streiken?

Wie lange können wir durchhalten? Wie gefüllt sind unsere Streikkassen? Was machen die KollegInnen, die nicht in ver.di organisiert sind? Wie erreichen wir eine möglichst große Gemeinsamkeit?

Alles das waren Fragen, die die ver.dianer engagiert, zum Teil auch kontrovers, diskutierten. Dem spalten-den Wirken von Berufsverbänden – Cockpit für Piloten, Marburger Bund für Ärzte und GDL für Lokführer – halten die Vertrauensleute das Gebot gewerkschaftlicher Solidarität entgegen: »Wir suchen das Miteinander, so wie im sechzehnwöchigen Länderstreik«, betonte der Vertrauensleutesprecher Michael Quetting. Sonst drohe das Gesamtsystem zu implodieren, »wenn immer mehr Gruppen sich aus der Solidarität verabschieden und versuchen, im Alleingang für sich das Maximale herauszuholen«. Wo Recht

zu Unrecht wird, werde Widerstand zur Pflicht. Einheitliches Handeln sei jetzt besonders gefragt. So könne man auch erreichen, dass die Kosten der Tarife auf die Krankenhausbudgets draufgerechnet werden. Hier bedürfe es des Eingreifens der Politik. Gesetze seien dafür da, dass man sie ändert. Ansonsten wäre der weiteren Privatisierung und Ausgliederung Tür und Tor geöffnet. Auch hier sei man als Gewerkschaft gefordert.

Arbeitgeber wollen weitere Verschlechterungen

Schon in diesen Tagen wird deutlich, dass der kommende Arbeitskampf kein Zuckerschlecken sein wird. Am 24./25. September 2007 wurden in Fulda die Gespräche für eine neue Entgeltordnung mit dem Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeit-

So ist es kaum verwunderlich, eher zwingend, dass die Rechtsakte der EU in allen Bildungsbereichen sowohl von der Terminologie als auch inhaltlich den gleichen Geist atmen wie die OECD-Texte.

Zugespielt ließe sich formulieren, dass sowohl OECD als auch EU das gesamte Bildungssystem auf die »ability of nations to participate successfully in the global knowledge economy...« (S. 13) ausrichten will.

In der Begründung für die von ihr gewollte Umwälzung der Hochschulen spricht die EU-Kommission eine noch klarere Sprache als die OECD-Verantwortlichen. Die »Mitteilung der Kommission vom 20. April 2005« (KOM 2005, 152) mit dem Titel: »Das intellektuelle Potenzial Europas wecken: So können die Universitäten ihren vollen Beitrag zur Lissabonner Strategie leisten«, ist es wert, ausführlicher zitiert zu werden.

Zunächst wird eine »Diagnose« gestellt, die das sattem bekannte Märchen von der »wissensbasierten« Gesellschaft paraphrasiert: »In den nächsten 20 Jahren wird in Europa ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Wirtschaft stattfinden. Die Produktionsgrundlage wird weiter schrumpfen, zukünftiges Wachstum und sozialer Wohlstand werden zunehmend auf wissensintensiven Industriezweigen und Dienstleistungen beruhen, und immer mehr Arbeitsplätze werden einen Hochschulabschluss erfordern. Trotzdem sind die europäischen Universitäten, die Motoren des neuen, wissensbasierten Paradigmas, nicht in der Lage, ihr ganzes Potenzial zu entfalten, um zum Neustart der Lissabonner Strategie beizutragen.« (http://eur-lex.europa.eu)

Im weiteren Text fordert die Kommission die Mitgliedsländer auf, die von ihr gewünschten Maßnahmen zu ergreifen, vordergründig im Respekt vor dem »Subsidiaritätsprinzip«, »wonach die Mitgliedstaaten für die Organisation des Hochschulwesens verantwortlich sind«, faktisch aber alternativlos, weil keine

anderen benannt sind. In Punkt 4.1.1. findet sich folgendes Konzentrat: »Die Kommission fordert alle Mitgliedstaaten dringend auf, Maßnahmen zu setzen, damit ihre rechtlichen Rahmenbedingungen dem Universitätsmanagement die Möglichkeit und den Anreiz bieten, echte Veränderungen vorzunehmen und strategische Prioritäten zu verfolgen. Diese Rahmenbedingungen sollten mindestens drei wesentliche Aspekte abdecken:

- Bestimmungen und Anreize zur Systemmodernisierung im europäischen Kontext, wie die Anbindung an die Bologna-Reformen und die Abstimmung auf die auf EU-Ebene festgelegten gemeinsamen Referenzsysteme, z.B. für den EQR³, die Validierung nicht-formalen Lernens, die Europäische Charta für Forscher und den Verhaltenskodex für ihre Einstellung oder die Einrichtung einer Qualitätssicherung/Akkreditierung mit europaweiter Glaubwürdigkeit;

- mehrjährige Vereinbarungen zwischen dem Staat (auf nationaler oder regionaler Ebene) und jeder Universität mit folgendem Inhalt: vereinbarte strategische Ziele, die Verpflichtung des Universitätsmanagements zu deren Umsetzung, sowie die Höhe der bereitgestellten fixen und variablen öffentlichen Finanzierung;

- tatsächliche Ermächtigung der Universitäten, mit Hilfe eines Führungsteams, das über ausreichende Autorität und Managementkapazität, eine entsprechend lange Funktionsperiode und umfangreiche europäische/internationale Erfahrung verfügt. Der positive Zusammenhang zwischen der Qualität des Universitätsmanagements und der Qualität des Outputs verleiht allen diesen Punkten noch mehr Gewicht...«

Im ersten Entwurf dieser Mitteilung hieß es noch deutlicher: »Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre rechtlichen Rahmenbedingungen zu verschlanken, um es dem Universitätsmanagement zu ermöglichen, echte

Veränderungen vorzunehmen und strategische Entscheidungen zu treffen«. (Hervorhebung H.B.)

Frau/Mann muss diese Technokraten-Sprache nur in Alltagssprache übersetzen, dann liest sich das so: Zerschlagt die universitäre Selbstverwaltung im Rahmen staatlicher Aufsicht und vor allem Finanzierung! Führt Studiengebühren ein! Öffnet die Unis gegenüber den Unternehmen (»Drittmittel-Finanzierung« hat dies nicht ausreichend bewirkt – jetzt schon bestehende 38 »Stiftungsprofessuren« an der JWG-Universität erscheinen aus dieser Perspektive als zu wenig)! Verändert das Steuerrecht, damit sich die Investitionen von Unternehmen in die Universitäten lohnen! Übergebt die landeseigenen Gebäude und Liegenschaften an eine »autonome« Uni, damit sie neue »Finanzressourcen« aus Immobilienspekulationen gewinnen kann! Beseitigt das Öffentliche Dienstrecht, und ersetzt es durch »Haustarife« und Betriebsvereinbarungen!

Die CDU-geführte Landesregierung in Hessen ist diesen Vorgaben gefolgt. Aber von einer »starken Rückendeckung des hessischen Landtags« zu reden, wie es im oben zitierten »Uni-Report« geschieht, wäre eine weitere Mystifizierung. Tatsächlich haben die CDU-geführten Bundesländer schon vor der so genannten Föderalismusreform die rechtlichen Spielräume genutzt, um die von der EU geforderte Diversifizierung der Unis zumindest in »ihren« Bundesländern vorzutreiben. Auch die so genannte Exzellenz-Offensive, die von einer großen politischen Koalition initiiert und unterstützt wurde, soll diesen Prozess fördern.

Zur Entmystifizierung der Vorgänge um die Umwandlung von staatlichen in »Stiftungsuniversitäten« hilft die Kenntnis entsprechender »Projekte« in anderen europäischen Ländern. Sicherlich sind die Verhältnisse in Bildungsfragen in allen europäischen Ländern verschieden, denn sie haben zum Teil eine sehr unterschiedliche Entwicklung durchlaufen. Aber es sollte aus dem vorher Gesagten klar geworden sein, dass kein EU-Land von der »Verschlankung der rechtlichen Rahmenbedingungen« verschont bleibt.

Schauen wir uns Frankreich an: In dem hochzentralisierten Land hatte jede Universität den Anspruch auf gleiche Mittelzuweisung; die Vertreter der Beschäftigten und die Gewerkschaften waren in die Leitung der Universitäten eingebunden; die mit dem Abschluss der Studien erworbenen Titel waren allgemeingültig und garantierten den Absolventen den gleichen Zugang zu Tätigkeiten in der Privatwirtschaft oder im Öffentlichen Dienst (auf der Grundlage von Tarifverträgen). Mit dem »Bologna-Prozess« wurden an den Universitäten spezifische anstelle der national einheitlichen Abschlüsse eingeführt. Der »Forschungspakt« von 2005 führte die so genannte Unternehmenskultur im Bereich Forschung ein (Kennzeichen: Produktorientierung, Output-Steuerung). In beispielloser Weise hat die Regierung Sarkozy unmittelbar nach dessen Wahl und innerhalb von fünf Wochen zwischen Ankündigung und Beschlussfassung im Parlament ein Gesetz zur

»Autonomie der Universitäten« durchgepeitscht, das alle Universitäten von den »bürokratischen« Fesseln befreien soll, damit sie zwei Funktionen erfüllen können: »Integration in die Arbeitswelt« und »Teilnahme am internationalen Wettbewerb«. Die französischen Gewerkschaften versuchten, das Gesetz zu verhindern, wenn auch nicht mit dem Erfolg wie seinerzeit bei dem Kampf gegen die weitere Prekarisierung der Arbeitsbedingungen der Jugend (Aufhebung des Kündigungsschutzes etc). Vor allem die CGT-FO (*Confédération Générale du Travail – Force Ouvrière*) hat dabei auf das Beispiel der »teilautonomisierten« TU Darmstadt hingewiesen: Das »Pilotprojekt« ermögliche der Universitätsleitung ein unabhängiges Budgetmanagement, die Einstellungshöhe beim Personal, den Abbau der Beschäftigtenzahl, die Auswahl der Studenten und Lehrer – und gefährde deshalb die Freiheit von Forschung und Lehre. Die Vorgänge in Frankreich um dieses Gesetz sind auch aus einem anderen Grund höchst wichtig: Entgegen allen Beteuerungen der EU-Kommission selbst, dass der Paradigmenwechsel im gesamten Bildungswesen nur in Kooperation mit den Sozialpartnern, vor allem den Gewerkschaften erfolgen könne, hat die Regierung Sarkozy zwar versucht, korporatistische Gewerkschafter auf ihre Seite zu ziehen, dies aber nicht bewerkstelligen können. Angesichts des Generalstreiks bei der Eisenbahn ist es mehr als zweifelhaft, ob sich in Frankreich Gewerkschaftsverantwortliche zur Unterstützung der Rentensenkungspläne und anderer Antireformen, wie sie von der EU-Kommission eingefordert werden, bereit erklären. Ich wage abschließend zwei Thesen:

1. In Frankreich ist die Position des »Mitmachens«, der »Mitregierung« in den Gewerkschaften schwächer als in Deutschland.

2. Das Bedürfnis nach einer Verteidigung der Demokratie im Rahmen der französischen Nation gegen die antidemokratischen Entscheidungen des Ministerrates der EU ist nicht entscheidend zerstört – das »Nein« im Referendum gegen die so genannte EU-Verfassung wirkt daher fort.

* Heinrich Becker ist Mitglied im Vorstand der GEW, Bezirk Frankfurt und Land Hessen

Anmerkungen

- 1) Wie es »hü« im UniReport der JWG-Uni vom 11. Oktober 2007 meinte feststellen zu müssen.
- 2) Ein aufmerksamer Zuschauer der Tagesschau bemerkte im Tagesschau-»Forum« am 20. September: »War Schavan nicht auch diejenige, die auf die PISA-Studie damit reagiert hat, die Klassengröße und die wöchentliche Stundenzahl der Lehrkräfte in BaWü. deutlich zu erhöhen, so dass dadurch der Großteil eines Lehramtsstudium-Abschlussjahrgangs keine Anstellung bekam? Hut ab vor so viel Intelligenz!« (Email von »Richie«)
- 3) EQR = »Europäischer Qualifikationsrahmen«; der Versuch, die auf verschiedenen Ebenen erworbenen beruflichen Qualifikationen in ein neues, »vereinfachtes« System einzuordnen; vordergründig soll es die Vergleichbarkeit der Qualifikationen erlauben und dadurch die Mobilität der Arbeitskräfte erhöhen. Faktisch bricht es das duale Ausbildungssystem (Betrieb und Berufsschule), das System der staatlich anerkannten Berufsbilder auf und damit das gesamte Entlohnungssystem.



geberverbände (VKA) wieder aufgenommen. Diese Verhandlungen stehen im Zusammenhang mit der kommenden Tarifrunde, weil unbedingt eine Fristverlängerung für das Übergangsrecht erzielt werden muss. Wichtige Regelungen des Übergangsrechts liefen am 30. September 2007 aus. Deshalb ist es vor Beginn detaillierter Gespräche über die Entgeltordnung notwendig, Regelungen über die Fortführung des Übergangsrechts bis zum Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung zu vereinbaren. Die Arbeitgeber dagegen brachten erneut die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit ins Gespräch, die in keinem Zusammenhang mit der Arbeit an der neuen Entgeltordnung steht und von ver.di zurückgewiesen wird. Die Arbeitgeber wollen weitere Verschlechterungen bei den Eingruppierungen. Sie verstecken dies hinter Begriffen wie

»wettbewerbs- und zukunftsfähige Entgeltordnung«. Wenn wir mit der Tarifrunde 2008 sowohl eine Erhöhung unseres Tarifes als auch Bestandsschutz für die langjährigen KollegInnen erreichen wollen, wenn wir die Forderungen der Arbeitgeber nach Abgruppierungen und längeren Arbeitszeiten zurückweisen wollen, dann müssen wir kämpfen, so die Meinung der Sulzbacher Betriebsgruppe. Allerdings müssen wir dafür die Kolleginnen und Kollegen nicht nur in unserem Krankenhaus überzeugen. In diesem Sinne muss die Diskussion in den Abteilungen und auf den Stationen geführt werden, in diesem Sinne wollen wir in den gewerkschaftlichen Gremien wirken, in diesem Sinne brauchen wir aktive Gewerkschafter und Bündnispartner, »sonst stehen wir den Kampf nicht durch«, wie das Personalrat und Betriebsgruppenvor-

standsmitglied Gerald Weyand am 16. Oktober ausführte. Kollege Norbert Sauerwein rechnete konkret vor, wie viel Geld er in den letzten Jahren abgenommen bekommen habe. Allein durch die Änderung der Pendlerpauschale fehlen ihm 100 Euro im Monat. Andere Kolleginnen ergänzten und nannten insbesondere die steigenden Energiepreise als Begründung für eine kräftige Entgelterhöhung. »Wir müssen endlich raus aus der Defensive«, meinte Vertrauensmann Wolfgang Scherer. Das ginge nur, wenn wir nicht länger abseits stünden. Man müsse auch den Organisationsgrad erhöhen. »Wir sind noch zu wenige, um der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen«, so die Ansicht von Vertrauensfrau Heike Richter. Wer jetzt nicht Mitglied in ver.di sei, brauche sich nicht wundern, dass sein Gehalt immer weniger werde.

Wie viel wir holen, liegt ganz allein an uns

Die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen auf der Vertrauensleutesitzung lagen mehrheitlich bei lediglich sechs bis acht Prozent. »Ist nicht das schon Ausdruck unserer Defensive?«, so die Frage einer Vertrauensfrau. Viele scheinen der Denkkraft des Co-Managements und der Standortlogik verfallen zu sein. Noch wird von vielen Gewerkschaftsmitgliedern nicht erkannt, dass mit dem Übergang vom Wohlfahrtsstaats-Kapitalismus zum Finanzmarkt-Kapitalismus auch ein Niedergang der klassischen Gewerkschaftsarbeit einhergegangen ist. Die Erkenntnis »Wir dürfen unsere Interessen keinen Stellvertretern überlassen« ist auch bei den Arbeitnehmervertretern der von einer sozial-partnerschaftlichen Bergbaugewerkschaft ge-

prägten Knappschaft noch nicht mehrheitsfähig. Für eine höhere Forderung sieht man keine Akzeptanz. Die meisten Kollegen würden das als unrealistisch betrachten, meinten die Vertrauensleute, die in den vergangenen Wochen mit ihren KollegInnen am Arbeitsplatz diskutierten. Das sei dann für die Auseinandersetzung nicht motivierend. Auf keinen Fall dürfe aber das Tarifergebnis im Krankenhaus hinter den Entwicklungen in anderen Wirtschaftsbereichen zurückbleiben. Um dies zu erreichen, brauchen wir Geschlossenheit und Mut. Der Arbeitgeber wird kein Zehntelprozent freiwillig rausrücken. Wie viel wir holen, liegt ganz allein an uns.

(Quelle: Durchblick. Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach, 9. Jahrgang, Nr. 124, 22.10.2007)

Danke, André Gorz!

Eine Gesellschaft, in der »Arbeit aus freien Stücken« möglich wäre, statt den Überflüssigen »den Dienst zu erweisen, sie mit irgendeiner unterbezahlt Dreckarbeit, die meist von fraglichem Nutzen ist, von der Arbeitslosigkeit zu »befreien.«¹ – das sind deutliche Worte, die für viele provokant wirken dürften und die hier statt vieler Worte stehen sollen. Als der letzte express produziert wurde, war es zu knapp für einen Nachruf. Der gemeinsame Freitod von André Gorz (84) und seiner Frau Dorine (83) hatte uns kalt erwischt, aber er ließ uns nicht kalt. Überrascht waren wir, als wir im Nachhinein hörten, dass er, nach eigenen Aussagen, vor 45 Jahren zu den Gründungsmitgliedern des express zählte. Doch für Überraschungen war »der Meinungsfreudige« immer gut. Gerade deshalb wollten wir von Weggefährten, ehemaligen und noch oder wieder-Redaktionsmitgliedern und AutorInnen wissen, wie und wann sie mit den Schriften von Gorz in Berührung kamen, wie diese wahrgenommen wurden und welche Bedeutung diese für sie hatten. In aller Unterschiedlichkeit, so unsere Hoffnung, ergibt sich daraus auch eine Chronologie linker Diskussion in der BRD. Im Folgenden die Antworten von Anton Kobel und Wolfgang Völker.

André Gorz ist tot. Zusammen mit seiner Frau Dorine schied er im September 2007 freiwillig aus dem Leben. A. Gorz haben – vor allem auch in Deutschland – viele vieles zu verdanken. Vor allem Linke in Gewerkschaften, neuen sozialen Bewegungen, Parteien.

Seit über 40 Jahren regte er Diskussionen an, befruchtete Ideen und produzierte neue, sezierte Gedanken und Konzepte, kritisierte und zerstörte, wenn es aus seiner Sicht notwendig und sinnvoll war. Er zertrümmerte Illusionen, auch wenn es sich um seit Jahrzehnten »bewährte Hoffnungen« handelte. In seinem auf allen linken und rechten Seiten Aufsehen erregenden »Abschied vom Proletariat« (1980) beschrieb er, dass und wie die reelle Subsumption unters Kapital und seine Konkurrenz auch die Arbeit und die Arbeitenden erfasst: Das in den Produktionsmitteln und Produktionsprozessen materialisierte Kapital prägt auch den ganzen Menschen und entfähigt ihn in seiner Rolle als Arbeitender so der Revolution. Die Bürde zum »Schritt über den Kapitalismus hin-

aus...« lädt er nun »solchen Schichten« auf, »die die Auflösung aller Klassen, einschließlich der Arbeiterklasse, verkörpern oder ankündigen.« (S. 10) Das neue historische Subjekt ist die »Nicht-Klasse der nachrevolutionären Proletarier« (S. 61), und »diese Nicht-Klasse« ist »nicht vom Kapitalismus erzeugt und nicht vom Stempel der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geprägt; sie ist vielmehr das Ergebnis der Krise des Kapitalismus...« (S. 63)

Alle Argumente in diesem 160-Seiten Buch schienen in vielen politischen Zusammenhängen wirkungslos. Kommunisten jeglicher Couleur – Maoisten, MLer, DKPler, Trotzlisten – bedienten sich dieses Titels, um für klare Verhältnisse in politischen bzw. gewerkschaftlichen Zusammenhängen zu sorgen, mindestens versuchsweise. Diskussionen schienen oft nicht mehr nötig. Man hatte sich für oder gegen die Arbeiterklasse, das Proletariat zu erklären. Und dann kam 1983 von A. Gorz auch noch »Wege ins Paradies« dazu. Es waren »Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit«, so der Untertitel. Selbst der spielte nur noch in wohlgesonnenen und diskussionsbereiten Kreisen eine Rolle. André Gorz – ein später Hippiie, ein Alternativer, als Existenzialist und Weggefährte von Sartre schon immer und sowieso verdächtig.

A. Gorz gab nicht nach. Er argumentierte und polemisierte, immer grandios, wie ich fand. Er akzeptierte faktisch den Vorwurf des Spalters, einige meinten, ihm an dieser Stelle den Titel seines frühen Romans »Der Verräter« (1980 in Deutschland, schon 1958 in Frankreich erschienen) anhängen zu müssen. Er versuchte, Dogmatiker aller Richtungen zur Diskussion zu bringen. Er quälte den Teil der »klassischen Linken, die sich weiterhin zur Religion der Arbeit bekennt und die Lohnarbeit für eine Quelle persönlicher Identität und Erfüllung hält« mit seinen Argumenten. (S. 86)

Beinhart vertrat er, der als Marxist die marxischen »Frühschriften« und die »Grundrisse« bis in seine letzten Werke argumentativ nutzte: »Ganz unabhängig vom Gesellschaftstypus wird es immer eine Dimension unüberwindlicher Entfremdung geben.« (»Wege...«, S. 102) Ganz schön bedeutsam für jemanden, der wie A. Gorz Generationen seiner LeserInnen immer wieder »die Entfremdung« in das Blick- und Gedankenfeld brachte.

Er machte es niemandem leicht, und insbesondere MLern gab er weiteren Anlass dazu: »In China zum Beispiel ist einer dieser Imperative das Ausleeren der Latrinen auf die Felder.« (»Wege...«, S. 103) Angesichts der Notwendigkeit dieser Arbeit könne man diese »Scheißarbeit, zu der niemand große Lust hat«, abwechselnd tun, »aber man kann auch – und das war in China der Fall – von dem Prinzip ausgehen, dass das kollektive Interesse am Sieg der Großen Proletarischen Revolution voraussetzt, dass jeder sich mit der kollektiven Sache identi-

fiziert... Dann definiert man den guten Staatsbürger als Helden der Arbeit, der sich fröhlich für die Revolution opfert und seine höchste persönliche Befriedigung im Ausleeren der Latrinen findet. [...] Und da es Leute gibt, die Intellektuellen, von denen man annehmen muss, dass sie diese Arbeit nicht lieben, wird man vorzugsweise sie damit betrauen und überdies von ihnen verlangen, ein Loblied darauf zu singen und dem Großen Steuermann zu danken, der ihnen die Freuden dieser Art Askesse offenbart hat.« (»Wege...«, S. 103f.)

Mit »Abschied...« und »Wege...« wirkte A. Gorz auch in die neuen sozialen, damals noch alternativ genannten Bewegungen. Der alte, undogmatische Linke war auch da oftmals als ab- und ausgrenzendes Argument in Gebrauch. Seine Ideen der Selbstverwaltung brauchten allerdings »den Staat«, der reguliert und zivilisiert. Ansonsten würden dies die »Kräfte des Marktes« tun. (»Wege...«, S. 115) Mit dieser These stieß er nicht überall auf Zustimmung.

»(Arbeiter-)Selbstverwaltung«, »Arbeit« und »Entfremdung« gehörten von Anfang an zu den zentralen Inhalten bei A. Gorz. Ihm ging es immer um die Arbeit und die Arbeitenden, im Kapitalismus (»Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus«, 1963/1967²) und im Sozialismus (»Der schwierige Sozialis-



mus«, 1967/1968). Es ging um die Überwindung des Kapitalismus und das Erreichen eines Sozialismus mit Arbeiterselbstverwaltung. Kritisch solidarisch ging er mit den Versuchen und Erfahrungen in Jugoslawien um. (»Der schwierige Sozialismus«, S. 137ff.) Es ging um die Gewerkschaften – um deren Autonomie gegenüber jeder Partei und Regierung, unabhängig vom Gesellschaftssystem – und um die Partei(en) als Instrumente der Arbeitenden, später auch um die neuen sozialen Bewegungen und deren Zusammenfinden mit den alten Bewegungen.

A. Gorz sezierte gern und zertrümmerte häufig, aber statt Anlass zu geben zu Depressionen oder gar Verzweiflung oder zu geistiger, politischer Selbstverstümmelung – die ja auch bei einigen seiner ehemals radikalen Kritiker nach ihrer eigenen Desillusionierung zu erleben war und ist – arbeitete er über vier Jahrzehnte unentwegt Anlässe zu neuem, überlegtem Handeln aus. Er befruchtete und beflügelte soziologische Phantasien, vor allem in »Wege ins Paradies« und dem wichtigen, aber unterschätzten »Und jetzt wohin?« (1991). In letzterem Buch geht er auf 213 Seiten auf Kritiken an seinen Thesen ein und präzisiert dabei seine Gedankengänge. So versucht er dort eine »Neudefinition des Sozialismus« (S. 93ff.); nach der Verabschiedung des Proletariats (1980) geht er erneut ein auf »Des zentralen Konflikts alte und neue Akteure« (S. 101-114), nämlich »die neuen sozialen Bewegungen ... im Bündnis nicht nur mit den sog. neuen Arbeitnehmern, sondern auch mit dem heutigen Äquivalent des entrechteten, unterdrückten und verelendeten Proletariats: D.h. im Bündnis mit dem postindustriellen Proletariat der Arbeitslosen, prekär oder Teilzeit-Beschäftigten, die sich mit ihrer Erwerbsarbeit und Stellung im Produktionsprozess weder identifizieren können noch wollen. (Ich nannte sie 1980 »Nichtklasse der Nichtarbeiter«, was zu unerwarteten Missverständnissen führte.)« (»Und jetzt wohin?«, S. 108f.)

Seine Gedanken zu »Jenseits der Arbeitsgesellschaft« (S. 130ff.) und zu »Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftsvertrag« (S. 152ff., beide in »Und jetzt wohin?«) sind noch immer lesenswert und aktuell, zumal er sie in seiner »Kritik der ökonomischen Vernunft« (1989) und in »Arbeit zwischen Misere und Utopie« (1997/2000) erneut präzisiert und erweitert hat.

Erwähnen möchte ich noch seine schon früh publizierten Schriften zu ökologischen Fragen. Auch diese beiden rororo-Bändchen – »Ökologie und Politik« (1975/1977) und »Ökologie und Freiheit« (Teil I 1977, Teil II 1978; 1980) trafen rechtzeitig zu den einsetzenden Öko-Debatten ein.

Die Schriften mit ihren Inhalten, aber auch den Erscheinungsjahren zeigen: André Gorz war ein Seher – kein Prophet, aber auch kein reiner, professioneller Prognostiker. Er sah Möglichkeiten der Entwicklung, und er mühte sich, Möglichkeiten zur Beeinflussung zu sehen. Was er sah oder zu sehen glaubte, bot er uns an. Zur eigenen Verwertung, auch zur praktischen.

Verschiebepbahnhof

Umgehung von Mindestlöhnen auf dem Bau

Der Fall der 19 rumänischen Bauarbeiter, die auf der Baustelle des St. Marienkrankenhauses in Ratingen arbeiteten, wochenlang keinen Lohn bekamen und am Ende hungern mussten, weil sie völlig mittellos waren, ging in den letzten Tagen auch durch Radio und Fernsehen. Wir haben die Fakten hier noch einmal zusammengestellt und dokumentieren im Anschluss einen Text aus dem Info des Europäischen Verbands der Wanderarbeiter (EVW) zum Vormarsch der Scheinselbständigkeit auf deutschen Baustel-

len. Unabhängig davon, wie sich die Debatte um einen gesetzlichen Mindestlohn weiter entwickeln wird: Mit dem Konstrukt der Scheinselbständigkeit wird das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und der Mindestlohn, wie er auf dem Bau bereits existiert, umgangen – und von dieser Möglichkeit machen die Unternehmer zunehmend Gebrauch, wie der Fall in Ratingen zeigt.

Anfang Oktober riefen rumänische Bauarbeiter voller Besorgnis und Ärger im Büro des EVW an und baten um Hilfe. Nach einer Klärung der Situation vor Ort entschlossen sie sich, die Arbeit auf der Baustelle des St. Marienkrankenhauses in Ratingen niederzulegen. Ab Freitag, den 5. Oktober verweigerten dann die 19 Kollegen die Arbeit, weil sie seit zwei Monaten keinen Cent Lohn gesehen hatten. Der EVW machte den Hauptauftragnehmer, eine Baufirma Schmitz Bauunternehmung GmbH & Co. KG aus Hückelhoven, am nächsten Tag erneut per Fax für offene Nettolöhne in Höhe von 67 000 Euro haftbar. Der Nach-

unternehmer, der die Rumänen als angeblich Selbständige auf die Baustelle gebracht hatte, wurde mit einer Bruttoforderung in Höhe von 145 200 Euro, abzüglich gezahlter Beträge, konfrontiert. Inzwischen waren die Rumänen völlig mittellos, hausten in einer Absteige in Düsseldorf und konnten sich selbst nicht mehr mit Lebensmitteln versorgen. Zusätzlich war ihnen angekündigt worden, dass sie bald das Quartier räumen müssten, um für »Ersatz-Rumänen« Platz zu machen. Die Arbeiter hatten allerdings auch gehört, dass die Beschaffung von neuen Arbeitern in Rumänien schwierig sei, weil sich bereits bis dorthin herum gesprochen habe, was in Ratingen los sei.

Ab Mittwoch wurden die Kollegen aus Rumänien dann im Düsseldorfer Franziskanerkloster zumindest mit Lebensmitteln versorgt; auf ihren

Lohn warteten sie allerdings immer noch. Da sie nicht einfach in der Unterkunft in Düsseldorf herumsitzen wollten, starteten sie einen »Hungermarsch auf Ratingen«, wo sie ihre Forderung auf Lohn noch einmal persönlich vortragen wollten. »Der Hunger treibt sie raus«, meinte der Essener IG BAU-Sekretär Holger Vermeer, der die Gruppe gemeinsam mit Mihai Balan, Außendienstmitarbeiter des Europäischen Verbandes der Wanderarbeiter, begleitete. Für ihn war klar: Selbst wenn der Bauherr die Rechnungen an den Generalunternehmer und der Generalunternehmer wiederum seine an den Subunternehmer bezahlt habe, der Lohn bei den Leuten aber nicht angekommen sei, hafte nach dem Gesetz der Generalunternehmer. Es sei dann dessen Sache, mit dem Subunternehmer klar zu kommen.

Schatzsuche(r)

So habe ich André Gorz seit genau 40 Jahren immer wieder zur Kenntnis genommen. Anfang Oktober 1967, zu Beginn des Wintersemesters 1967/68, meinem 4. Semester, ging ich zur Semestereröffnung der GAG (Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft Hochschule) Heidelberg in den Keller des Hauses Buhl in der Hauptstraße. Die GAG rekrutierte sich aus dem Milieu von SDS und LSD.³ Anwesend waren außer einem Freund und mir nur ältere Semester und Assistenten, letztere vorwiegend Volkswirte. Nach kurzer Begrüßung wurde A. Gorz' »Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus« diskutiert. Ich habe kaum etwas verstanden – es ging da auch um »antikapitalistische Strukturformen«, was immer das sein sollte -, aber geahnt, dass es da um etwas Wichtiges geht. Und so habe ich mein erstes Buch von A. Gorz gekauft, es, immer wieder an mir zweifelnd, mit Hilfe eines Wörterbuchs bis Weihnachten '67 gelesen. Und es, d.h. er hat mich bis heute immer wieder gepackt.

Eine kleine und sehr feine Schrift (56 Seiten) hat A. Gorz mit »Zur Aktualität der Revolution« (1970) verfasst. In diesem »Nachtrag zur »Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus« geht es u.a. um die Rolle der kommunistischen Partei Frankreichs im Pariser Mai '68. Gnadenlos analysiert A. Gorz deren Verhalten, zeigt dabei auch »die Grenzen der Spontaneität« (S. 23ff.) auf und entwickelt Gedanken zur »Funktion der revolutionären Partei« (S. 42ff.) und deren Verhältnis zur Arbeiterklasse und den Gewerkschaften (S. 52f.). Nach diesen Ausführungen blieben A. Gorz kaum noch Wohlgesonnene in den KPen jeglicher Größe. Welche Partei und welcher Parteiansatz konnte sich Folgendes bieten lassen: »Unter fast allen Gesichtspunkten unterscheiden sich Aufgabe und notwendige Struktur der revolutionären Partei in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften von der Aufgabe und der Struktur der bolschewistischen Partei« (S. 53) und »Die Partei als zentrale Organisation muss also als notwendiges Übel betrachtet werden.« (S. 55)

Aus der Ferne schien A. Gorz auch so etwas wie »Realpolitiker« zu sein. Immer wieder richtete er seinen Blick nach Deutschland, auch auf die SPD und die Gewerkschaften, vor allem die IG Metall. Deren Diskussionen und Politik der Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung, das Einschätzen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des Technologieinsatzes, die Konzepte zur Humanisierung der Arbeit begleitete er in zahlreichen Artikeln und Interviews. Er war ein solidarischer Zeitgenosse.

In der Gewerkschaft HBV Baden-Württemberg hatten wir einen Diskussionskreis von GewerkschaftssekretärInnen und Aktiven in der Bildungsarbeit, in dem wir uns längere Zeit mit den Schriften »Abschied vom Proletariat«, »Wege ins Paradies« sowie »Und jetzt wohin?« befassten. Er war uns ein angenehmer Lehrer, sowohl im »Fernstudium« seiner Bücher als auch leibhaftig im 3-Tagesseminar in der Nähe von Paris, das uns Hinrich Oetjen als Leiter der DGB-Bundesjugendschule Oberursel ermöglichte. Ohne Schnickschnack und Gehabe dis-

kutierte er mit uns, beharrlich in der Analyse und beharrend an der Kritik. Offen ging er auf andere Positionen und die Einschätzungen anderer ein. Er liebte die Auseinandersetzung, und wir erfreuten und stärkten uns durch ihn. Ich bin mir sicher, unsere baden-württembergischen Versuche, z.B. für die Deregulierungen im Einzelhandel neue Strategien zu entwickeln und zu praktizieren, wären ohne die Rezeption und Diskussion der Gedanken von A. Gorz so nicht zustande gekommen. Es gibt eine direkte Verbindung zur Schlecker-Kampagne 1994/95 und zu unseren tarifpolitischen Strategien im Umgang mit der Zergliederung der Kaufhäuser incl. Out- und Insourcing. Noch Jahre nach unserem Seminar mit A. Gorz haben wir über sein selbstbewusstes und bescheidenes Verhalten gesprochen; zur Sprache kam da regelmäßig, dass er seine Unterlagen einfach in der Plastiktüte eines Supermarktes trug. Offensichtlich konnte er auch im Privaten seine in Büchern gemachte Unterscheidung zwischen »unnützer« und »nützlicher Arbeit und Arbeitsprodukte« leben.

Und sein wohl letztes Buch »Brief an D. – Geschichte einer Liebe« (2006/2007) ist eine umwerfende, öffentliche Liebeserklärung mit autobiographischen Elementen auf 84 Seiten. Schon die Widmungen seiner Bücher waren eindeutig, wenn auch kürzer: »Für Dorine more than ever« (1980), »Für Dorine« (1989), »Pour Dorine« (1991), »Für Dorine again, again and evermore« (2000), »Grâce à Dorine, sans qui rien ne serait« (2004).

Wir verdanken André Gorz viel. Und nach den ersten Tränen bleibt die Trauer und der Verlust, aber auch die Anregung, darüber nachzudenken, dass André und Dorine Gorz offensichtlich eine andere Liebesbeziehung gelebt haben als ihre Freunde Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir. **Anton Kobel**

Anton Kobel war von 1979 bis 2004 Gewerkschaftssekretär bei HBV/ver.di.

Anmerkungen

- 1) André Gorz: »Eine ganz andere Weltzivilisation denken«, Interview mit Margund Zetzmann aus dem Jahr 2000, wiederabgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/2007, hier S. 1390
- 2) Die erste Jahresszahl zeigt das Erscheinungsjahr in Frankreich, die zweite das in Deutschland an.
- 3) Sozialistischer Deutscher Studentenbund und Liberaler Studentenbund Deutschlands



Was hat mir die Lektüre von André Gorz bedeutet? Die Antwort auf diese Frage ist kein Nachruf, weil sie diesem Menschen nicht gerecht wird. Und jemanden, dem die allseitige Entwicklung des Menschen so wichtig war, sollte man in einem Nachruf nicht auf seine Schriften reduzieren. Berechtigt ist die Frage dennoch, schließlich war und ist die Lektüre von Texten von Menschen, die ich in den meisten Fällen gar nicht als konkrete Personen kenne, etwas ganz Normales. Im Rahmen der Zeitschrift *Widersprüche* hatte ich 2001 ein schriftliches Interview mit ihm gemacht, in diesem Zusammenhang auch mit ihm telefoniert; ich weiß, dass er sich über Rezensionen seiner Bücher im *express* gefreut hat, und ich erinnere mich daran, wie schnell er mir Differenzen z.B. zu Robert Castels Denken über Lohnarbeit klar machte. Ihm, so Gorz, ginge es darum, die Lohnarbeit abzuschaffen, Castel nicht. Im Text ist das dann selbstverständlich differenzierter dargestellt und begründet. Die Auseinandersetzung um Lohnarbeit und die um eine alternative Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit war zweifellos eines seiner zentralen Themen – zumindest wenn ich meine Lektüre von Gorz betrachte.

Im Tübinger Sozialistischen Zentrum, in dem ich ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre mitgemacht habe, gab es keine gemeinsame Lektüre von Gorz' »Kritik der Arbeitsteilung« oder seiner »Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus«, vereinzelt wurden die Bücher jedoch gelesen. Erst seine »Beiträge zur

Wachstumskrise«, wie sie als rororo-aktuell-Bändchen »Ökologie und Politik« (1977) und später »Ökologie und Freiheit« (1980) erschienen, wurden von uns stärker wahrgenommen. Denn insbesondere die Textsammlung von 1977 passte gut zu unseren Diskussionen: Wir teilten nicht die Verkürzung des Kapitalismus auf Eigentumsverhältnisse, hielten nicht viel von der Unaufhaltsamkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts – weder in der damaligen BRD noch in Theorie und Praxis des »realen Sozialismus«. Dass die Verwertungslogik die technisch-stoffliche Seite der Lohnarbeit, ihre Organisation und damit auch die ArbeiterInnen beherrscht und deshalb Gegenstand von sozialen und politischen Konflikten ist, war für uns ein wichtiges Thema. Die Kritik entfremdeter Arbeit als Lohnarbeit war bei Gorz als aktuelle, politische Kritik mit Bezug auf laufende Kämpfe um Arbeitsverhältnisse zu finden.

Als Studierende und in Hochschulpolitik intervenierende war für uns Gorz' Kritik der Arbeitsteilung von Bedeutung, wies sie doch, anders als heute üblich, auf die soziale Selektionsfunktion von Bildungsinstitutionen hin. Schule war für Gorz der für die Reproduktion der sozialen Ordnung wesentliche Apparat. So thematisierte er die Rolle der Verfügung über technisches und anderes Wissen als Frage nach Machtungleichheit und Herrschaft. Aufgrund dieser Tradition setzte er sich auch später mit den Verhältnissen auseinander, die heute als Wissensökonomie bezeichnet werden. Die Anhäufung von Wissen in Form der »großen Maschinerie«, die den Arbeitenden als fremde, sie beherrschende Macht gegenübertritt, stand für ihn unter nicht mehr fordistischen Verhältnissen zur Disposition. Weil Wissen für Gorz in seiner Analyse zur wichtigsten Quelle des Reichtums geworden war, wurde es für ihn auch zum zentralen gesellschaftlichen Konfliktfeld: »Denn Wissen lässt sich schwerlich, wenn überhaupt, in Privateigentum umsetzen und als exklusiver Alleinbesitz anhäufen.« (Widersprüche, H. 82, S. 87) Man kann das – obwohl er in seinen Texten immer wieder darstellt, dass genau das praktiziert wird – als sehr optimistische Interpretation lesen (schließlich ist damit die hierarchische Arbeitsteilung noch nicht aufgehoben), als Aussage, dass Wissen und knowledge danach drängen, zu Gemeingütern zu werden bzw. die Menschen, die es in ihren Köpfen haben, dem Versuch, es als Ware und Herrschaftsinstrument funktionieren zu lassen, Widerstand entgegenzusetzen.

Gorz' Kritik des Kapitalismus war schon früh eine Kritik einer ganzen Produktionsweise, verstanden als Einheit von Produktion und Reproduktion. In sozialdemokratischen Diskursen tauchte dies als Frage nach der Gestaltung der »Lebensqualität« auf, bei Gorz las sich das 1977 so: »Der bloße Schutz des Arbeitsplatzes – ganz gleich, welchen Arbeitsplatzes,

Nach einigen Tagen signalisierte Generalunternehmer Schmitz endlich Interesse an einer gütlichen Einigung. Schon am nächsten Tag sollten die Arbeiter – unabhängig von einer endgültigen Regelung – eine Spontanhilfe erhalten. Erstmals seit Wochen sahen die rumänische Bauarbeiter wieder Bargeld: Im Düsseldorfer Büro der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) erhielten sie am 12. Oktober von der Firma Schmitz jeweils 500 Euro Vorschuss auf ausstehende Löhne, die der inzwischen aus dem Werkvertrag gekündigte Subunternehmer EXACT-Bau nicht gezahlt hatte. Derweil bereitete Rechtsanwalt Aßmann für die Rumänen Klagen gegen die Subunternehmer-Firma vor, um die Sozialversicherungsbeiträge einzutreiben. Die rumänischen Bauarbeiter waren zunächst noch hoffnungsfroh, dass sie kurzfristig auch ihren Restlohn von

zusammen über 56 000 Euro netto, den der EVW errechnet hatte, bekommen würden.

So sah es dann plötzlich gar nicht mehr aus, als über den Anwalt der Baufirma Schmitz die Mitteilung ins Haus geflattert kam, dass Schmitz den geforderten Betrag auf einem Treuhänderkonto hinterlegen würde, bis eventuelle Prozesse ausgestanden seien. Außerdem sollten die rumänischen Wanderarbeiter im Einzelfall beweisen, dass sie tatsächlich für deren Subunternehmer EXACT-Bau auf der Baustelle für das St. Marienkrankenhaus tätig gewesen seien, an welchen Tagen sie wie viele Stunden gearbeitet und welche Zahlungen sie bereits erhalten hätten.

Dass die Bauarbeiter dann noch einmal höchstpersönlich im Krankenhaus auf ihre Situation aufmerksam machten, blieb nicht ohne positive

Wirkung: Die Rumänen erhielten am Nachmittag jeweils noch einmal 200 Euro als Bar-Vorschuss auf ihre offene Lohnforderung – als ein »Zeichen des guten Willens«. Damit war laut Auskunft des Rechtsanwalts der Neubeginn des Dialogs mit der ausführenden Baufirma gelungen.

Nachdem nach einer abermaligen Verzögerung durch die Baufirma Schmitz die Situation zu eskalieren drohte, erhielten die Kollegen am 25. Oktober schließlich in den Düsseldorfer Räumen der IG BAU einen Großteil ihres Lohnes (ca. 75 Prozent ihrer offenen Lohnforderungen), den der EVW für sie gegenüber dem Hauptauftragnehmer Schmitz geltend gemacht hatte. Damit komme die Firma Schmitz ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach, so EVW-Generalsekretär Matthias Kirchner, nachdem der Schmitz-Subunternehmer EXACT-

Bau aus Lohmar nicht ordnungsgemäß entlohnt hatte. Die restlichen 25 Prozent will die Firma entsprechend ihrer Vereinbarung mit dem EVW auf einem Sicherungskonto hinterlegen, bis alle eventuellen Forderungs- und Regressansprüche endgültig geklärt sein werden. Die EXACT-Bau sieht sich mit 19 Klagen konfrontiert, die Rechtsanwalt Aßmann beim Arbeitsgericht Siegburg eingereicht hat. Die Firma soll verurteilt werden, die Löhne, die Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge der Rumänen korrekt abzurechnen und auszubezahlen.

**Mihai Balan/
Nadja Rakowitz**

Weitere Informationen & Kontakt: Europäischer Verband der Wanderarbeiter, Büro Frankfurt, matthias.kirchner@emwu.org, www.emwu.org

TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT

GENTEC

BAYER-Labor „3. Welt“

STICHWORT
BAYER

Widerstand gegen
Konzernmacht. Konkret,
spannend, international.

Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...

www.grundrisse.net
zeitschrift für linke theorie & debatte. wien

virtuosInnen der freiheit
eine implosion

aufrechter gang im vorgestern
drei geschichten

zu alfred sohn-rethel
eine realabstraktion

migrantische haus- und pflegearbeit
eine untersuchung

wirklich netter mensch
eine entgegnung

konterrevolution vs. konterrevolution
eine kritische analyse

außerdem:
vier buchbesprechungen

PROBENUMMER gratis!

23
herbst 2007 / preis 4,80 euro
redaktion@grundrisse.net. www.grundrisse.net

Konsums. Insofern wundert es einen nicht, dass jemand mit dieser Analyse sich vom Proletariat als mit einer historischen Mission beauftragten Klasse verabschieden musste, sah er doch, dass eine bloße Interessenspolitik im Gehäuse kapitalistischer Produktionsweise und Hörigkeit gefangen bleibt. In seinen jüngeren Schriften, besonders in »Arbeit zwischen Misere und Utopie« (2000) bzw. »Wissen, Wert und Kapital« (2004) stellt er sich den »postfordistischen« Konflikten, die sich aus der totalen Mobilisierung der Persönlichkeit der ArbeiterInnen für Verwertungszwecke in den neuen Produktionskonzepten ergeben. Er gehört hier – wie ich finde zu Recht – zu den Skeptikern, die kapitalistisch und produktivistisch geformte Selbstbestimmung bzw. Anrufung von Subjektivität eher als Herrschaftsstrategie denn als Emanzipation verstehen.

Vielleicht gerade weil für Gorz immer die Analyse der Entwicklung der Lohnarbeit und der Kämpfe in ihr und um sie herum analytisch zentral war, war er wenig empfänglich für die gängigen Parolen »Arbeit für alle« und »Vollbeschäftigung«. Die Bücher »Zur Kritik der ökonomischen Vernunft« (1989) und die »Wege ins Paradies« (1983) fanden genau deswegen eher Anklang in Zusammenhängen, die sich in den 1980er Jahren politisch und sozial um Fragen der Erwerbslosigkeit organisierten. Denn neben der Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, die Gorz mit dem Ziel von mehr »free time, disposable time« für selbstgesetzte Zwecke, aber auch für zweckfreies Tun vehement vertrat, kritisierte er die Realität und die politischen Forderungen in der Logik der Lohnarbeit. Für ihn war es ein Problem, dass Lohnarbeit als Basis gesellschaftlicher Zugehörigkeit funktioniert und als Basis für das Innehaben von Rechten der Zugehörigkeit gilt. Lohnarbeit als gesellschaftliches Verhältnis war insofern für ihn kritikwürdig. In den politischen Bewegungen von und mit Erwerbslosen bzw. solchen, die die staatlichen Reproduktionsbedingungen des Lebens thematisierten, traf seine Auseinandersetzung mit dem Grundeinkommen auf große Resonanz. Bemerkenswert finde ich dabei nicht nur, welche Entwicklung hin zur Bedingungslosigkeit eines Grundeinkommens Gorz als jemand geht, der diese Bedingungslosigkeit in der »Kritik der ökonomischen Vernunft« noch als falsch ansah, weil sie Menschen aus sozialen Reziprozitäts- und Anerkennungsverhältnissen entlasse. Damals hatte er eine gar nicht so unsympathische gesellschaftliche Übereinkunft vorgeschlagen, nach der jeder/r ein Grundeinkommen erhält und jeder/r in seinem Leben eine gewisse, und viel geringere Zeit als heute lohnarbeitet.

Noch mehr beeindruckt mich jedoch, dass er sich das Grundeinkommen nicht als einfache Geldzahlung, sondern letztlich als einen anderen Reichtum an öffentlichen Gütern – und eben nicht Waren –, als kollektiven Konsum vorstellt und wie er das Recht auf ein Grundeinkommen verbindet »mit der Schaffung neuer Formen von Gesellschaftlichkeit, mit der Rückeroberung des öffentlichen Raums, der Umgestaltung der Lebenswelt, der

Aneignung der sozialen Kooperation« (Widersprüche, H. 82, S. 93). Während ein Grundeinkommen als Geld die Menschen in ihrer Funktion als Warenbesitzer belässt, ist ein so verstandenes Grundeinkommen für Gorz wohl Übergangsmoment in das Reich einer anderen ökonomischen Vernunft, der es um die Maximierung nicht der Produktion, sondern der frei verfügbaren Zeit geht.

Hier ist denn auch einer der wenigen Punkte, wo ich und manch andere, mit denen ich diskutiert habe, mit Gorz gehadert haben. Gibt es doch trotz aller Kritik der Lohnarbeit und trotz aller Kritik auch der Produktionsweise und Produktivkräfte bei ihm die Neigung zu einem Dualismus: Hier das Reich der Notwendigkeit, das so organisiert wird, dass es mittels Rationalisierung immer weniger Zeit in Anspruch nimmt, dort das sich ausdehnende Reich der Freiheit mit Grundeinkommen, »Multiaktivität« und neuen Formen der Kooperation und des Austauschs. Verlor er dabei nicht das Reich der Notwendigkeit als Feld der Aneignung und Umgestaltung aus den Augen? An anderen Stellen spricht er von zwei Ökonomien und dem Ziel, »die Schöpfung von Reichtum von der Schöpfung von Wert« zu entkoppeln. Womöglich ist genau diese Widersprüchlichkeit aber Ergebnis (s)eines Zweifels an der Aufhebbarkeit von Entfremdung – trotz allen Wünschens danach – und der Abschied von einer romantischen Versöhnungsvorstellung hin zu der o.g. pragmatischen Vorstellung: »weniger arbeiten und produzieren – besser, jedoch anders leben«.

In der Frage nach den Akteuren der gesellschaftlichen Veränderung konfrontierte Gorz die Linke einerseits mit einem gewissen Avantgardismus intellektueller und kultureller Art, denn Veränderungen und Rebellion sah er vor allem von denen ausgehen, von denen verlangt werde, ihre »Autonomiefähigkeit und Selbstentwicklungsarbeit« in den Dienst kapitalbestimmter, d.h. fremdbestimmter Zwecke zu stellen. Revolutionen kämen in diesem Sinne meist von oben: Ein Wandel von Denkweisen und Selbstverständnissen findet statt und schlägt dann Wurzeln. Das mag wiederum sehr optimistisch interpretiert sein und das Problem von Avantgarden doch sehr verharmlosen. Er konfrontierte die Linke andererseits aber auch zu Recht mit der Feststellung, dass der Konflikt mit kapitalistischen Verhältnissen überall dort verläuft, wo Subjektivitäten, Bedürfnisse, Wertvorstellungen, Selbstbilder und Weltbilder durch diese Verhältnisse strukturiert werden. Die Radikalisierung der Konflikte im so genannten kulturellen Bereich – man könnte auch sagen im lebensweltlichen Alltag – ist für ihn deshalb eine wesentliche Bedingung für die Chance der Radikalisierung von Konflikten in der betrieblichen Welt der Lohnarbeit.

Wolfgang Völker

Wolfgang Völker ist Mitglied der Redaktion der Zeitschrift »Widersprüche« und arbeitet beruflich bei einem Wohlfahrtsverband in Hamburg.

»Baustelle

Mit der korrekten Bezeichnung des selbst ernannten Reichs der Mitte taten sich bereits die in China als »Barbaren« geltenden Römer schwer. Sie brauchten eine Weile, um herauszufinden, dass sich unter den verschiedenen Namen, die ihnen ihre Gesandtschaften übermittelten, ein und die gleiche Region verbarg.

An der Frage der Bezeichnung hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn China schon lange nicht mehr nur als Herkunftsland der Seide firmiert. Es scheint vielmehr so, dass sich das Problem der Benennung potenziert, je bunter und vielfältiger die Warenwelt, made in China, wird – und nicht zuletzt, je mehr China in den Augen der Wirtschaftsauguren und ihrer –Krieger nicht nur billige und willige »verlängerte Werkbank« ist, sondern die Vermarktung und Realisierung des Mehrwerts selbst in die Hand nimmt und damit zum Konkurrenten im globalen Exportwettkampf wird.

Der Spiegel fragt reißerisch: »Funktioniert der Kommunismus doch?« (Nr. 1/2007) und schürt Ängste, indem er im »Weltkrieg um Wohlstand« ein transatlantisches Bündnis gegen den neuen Feind im Osten ausruft. Die chinesische Regierung, immerhin, gibt sich bescheidener und belässt es seit 1992 bei dem Titel »sozialistische Marktwirtschaft«. Ein gewaltiger Sprung, denn noch zehn Jahre zuvor nannte man das regierungsseitig »sozialistisch geplante Warenwirtschaft«. Solche, die des Lesens in ideologischem Kaffeesatz kundig sind, sehen darin einen Unterschied ums Ganze.

Im Supplement des »Sozialismus« (Nr. 10/2007) wiederum verteidigt Joachim Bischoff die »sozialistische Marktwirtschaft« chinesischer Prägung aufgrund ihres Primats der Politik gegen diejenigen, die darin einen weiteren »peripheren Neoliberalismus« (Candeias) oder »einen vom Staat diktatorisch durchgesetzten Brutalkapitalismus« (Müller) sehen.

Und bei der Vorbereitung einer dreiwöchigen Studienreise »Arbeitswelten in China«, die Peter Franke (Asienhaus Essen) und Wolfgang Schaumberg (ehemals Opel-Bochum) im September d.J. organisiert hatten und an der auch Mitglieder der express-Redaktion teilnahmen, stellte sich unter den TeilnehmerInnen die Frage, ob es sich in China nicht um eine spezifische, besonders erfolgreiche Variante des Keynesianismus handele. Wir balten uns vorerst zurück mit Globalbezeichnungen, denn eines war nach der Reise in Bezug auf alle gängigen Etikettierungen klar: »We now have reached a much higher level of confusion«, wie eine Teilnehmerin formulierte. Das ist eine gute Grundlage für einen genaueren Blick.

Insofern dokumentieren wir in dieser und den nächsten Ausgaben des express Beobachtungen, Eindrücke, Erfahrungen und vor allem: Irritationen von TeilnehmerInnen der

Auf dem Vormarsch: Scheinselbstständigkeit

»Die Umgehung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestlohnvertrages Bau hat mittlerweile Methode: Insbesondere Bauarbeiter aus Rumänien werden für Arbeiten auf Baustellen in Deutschland angeheuert und zu abenteuerlichen Konditionen beschäftigt. Der Trick ist im Regelfall immer der gleiche: In Polen, Rumänien oder Bulgarien spricht sich herum, dass Bauarbeiter in Deutschland gesucht werden. Kontakte vermitteln dann gegen Entgelt einen Job in Deutschland. Natürlich wird den Leuten nicht gesagt, dass sie illegal beschäftigt werden sollen. Vielmehr wird ihnen weisgemacht, alles sei in

Ordnung, man kümmere sich um die entsprechenden Papiere und die Arbeiterlaubnisse. Zu den vielen Dokumenten, die die Leute aus Mittel- und Osteuropa in der für sie unverständlichen deutschen Sprache unterschreiben müssen, gehören dann Gewerbeanmeldungen und Gesellschafterverträge. So finden sich dann »Einzelunternehmer« als Gesellschafter in GbR's wieder, die auf Baustellen Werkverträge abarbeiten sollen. Der Einsatz erfolgt über ominöse Baufirmen mit deutschen oder ausländischen Chefs, die wiederum Subunternehmer zumeist namhafter Firmen sind, die sich erfolgreich um Bauaufträge

Marien-Krankenhaus in Ratingen arbeiteten und den 29 Polen und Rumänen, die auf der Großbaustelle Limbecker Platz in Essen eingesetzt waren. Demos, Arbeitsniederlegungen und eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit des EVW und der IG BAU Mülheim-Essen-Oberhausen führten im Fall Essen in kürzester Zeit dazu, dass der Generalunternehmer Bilfinger Berger AG die offene Nettolohn-Forderung in Höhe von knapp 65 000 Euro erfüllte. Die Auszahlung übernahmen IG BAU-Sekretär Holger Vermeer und Czeslaw Marzec vom Polnischen Verband der Wanderarbeiter. Für Holger Vermeer ist die Geschichte

am Limbecker Platz jedoch noch nicht zu Ende: »Da kommt wohl noch mehr nach.« Nach einem Pressebericht sollen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit Erkenntnisse vorliegen, dass im Rheinland an die 500 Rumänen als Scheinselbstständige, also illegal, beschäftigt werden. Hinter diesen Machenschaften stecke ein ganzes Firmengeflecht. Über den Stand der Ermittlungen ist nichts bekannt.«

(Quelle: EVW-Info Nr.11, 10/2007)

Sicko mit

Tonyia Young*

Michael Moores neuer Film »Sicko« hat noch einmal einige der grotesken Folgen einer weitgehend privat organisierten Gesundheitsversorgung veranschaulicht. Das US-Gesundheitssystem – korrekt müsste es heißen: Nicht-System – ist nicht nur das teuerste und verwaltungsaufwändigste der Welt, es sorgt auch dafür, dass über 47 Mio. US-BürgerInnen keinerlei Gesundheitsversicherung haben und weitere zig Millionen als unterversorgt gelten. Einer der Gründe: In der Phase der Stärke nach Ende des Zweiten Weltkriegs hatten

China«

Studienreise. Alle AutorInnen erhielten von uns einen kleinen Fragebogen, auf den sich die Beiträge beziehen.

I Mit welchen Fragen bist Du nach China gereist? Wo lagen die Schwerpunkte Deines Interesses?

II Welche Antworten hast Du durch die Reise, die Gespräche und Besichtigungen erhalten?

III Welche Fragen hast Du aus China wieder mitgenommen? Sind neue Fragen hinzu gekommen? Welche Widersprüche konnten/musstest Du wahrnehmen?

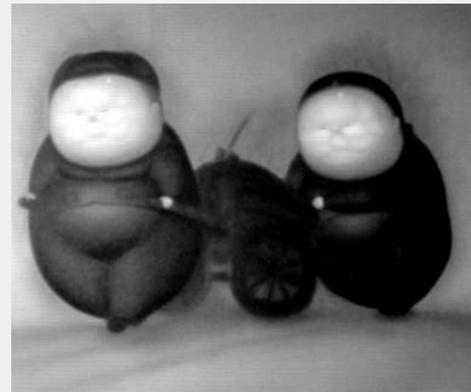
IV Wie würdest Du die Situation der staatlichen chinesischen Gewerkschaft beurteilen, a) in Bezug auf die Wanderarbeiter, b) in Bezug auf die Rahmenbedingungen und die Form der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und c) in Bezug auf ihre Rolle im Verhältnis Partei, Gewerkschaft, Kapital?

V Was würdest Du als aktuelle Hauptaufgaben bzw. Probleme der Gewerkschaften bezeichnen?

VI Wie schätzt Du die Situation in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen bzw. die Perspektiven für deren Entwicklung ein? Wie würdest Du die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Konzepte zur ländlichen Entwicklung beurteilen?

VII Welche Bedeutung hat die Geschlechterfrage vor dem Hintergrund der behaupteten Gleichberechtigung in Bezug auf die Wanderarbeiterproblematik bzw. der ländlichen Entwicklung? Welches Konfliktpotential würdest Du hier sehen?

VIII Welche Auswirkungen werden Deines Erachtens Entwicklungen in China auf die (Weiter-)Entwicklung des Kapitalismus haben?



Ganz gewöhnlicher Kapitalismus

oder: Was ist an Chinas Marktwirtschaft »sozialistisch«?

I Mich haben unter anderem folgende Fragen interessiert:

1. Inwieweit ist China ein kapitalistisches Land? Welches Potential gibt es für eine sozialistische Entwicklung heute noch in der Kommunistischen Partei und in der Gesellschaft insgesamt?

2. Die Entwicklung der letzten Jahre war durch eine zunehmende Exportabhängigkeit gekennzeichnet. Wie sind die Aussichten für den Übergang von der exportorientierten Entwicklung zu einer stärker binnenmarktorientierten Entwicklung? Ist so etwas wie eine nachholende fordistische Entwicklung möglich, die das ganze Land erfasst und sich nicht nur auf eine mehr oder minder breite Mittelklasse in den Städten beschränkt?

3. Wie sind die Aussichten für die Entwicklung einer unabhängigen Arbeiterbewegung? Gibt es Ansätze für die Entstehung dauerhafter Organisationen? Gibt es Ansätze für die Vernetzung von Kämpfen über einzelne Betriebe bzw. einzelne Orte hinaus? Können sich die Gewerkschaften von Staatsapparaten hin zu »echten« Interessenvertretungen der Lohnabhängigen entwickeln?

4. Welche Widersprüche bringt die gegenwärtige Entwicklung mit sich und an welchen Widersprüchen entzündeten sich Kämpfe?

5. Welche Oppositionskräfte gibt es? Gibt es Ansätze einer linken Opposition?

II Mein Bild von China ist erheblich konkreter geworden, und ich habe im Einzelnen sehr viel gelernt. Generell stellt sich natürlich das Problem, inwieweit aus den Reiseindrücken allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden können. In meiner Einschätzung, dass China heute ein kapitalistisches Land ist, bin ich mir jetzt aber noch sicherer als zuvor. Es handelt sich auch nicht um »Staatskapitalismus«, was immer das sein mag, sondern um ganz gewöhnlichen Kapitalismus. Die von der Kommunistischen Partei vorgenommene Selbstzuschreibung der »sozialistischen Marktwirtschaft« halte ich für ideologischen Humbug. Die Arbeitskraft ist in China weitestgehend Ware und wird zum Teil auf brutalste Weise ausgebeutet. Was an dieser Marktwirtschaft »sozialistisch« sein soll, bleibt schleierhaft. Was die Potentiale für eine sozialistische Entwicklung in der Kommunistischen Partei und in der Gesellschaft angeht, so bin ich jetzt noch skeptischer, als ich es vorher schon war. Mir scheint, dass sich die Konflikte innerhalb der Kommunistischen Partei im Wesentlichen

zwischen einer »neoliberalen« und einer »sozialdemokratischen« Tendenz abspielen. Es gibt wohl noch eine kleine maoistische, traditionsorientierte Strömung, die aber marginal ist und deren Vertreter nach und nach wegsterben. Von einer modernen sozialistischen Linken innerhalb oder außerhalb der Partei konnte ich bisher nichts wahrnehmen.

Es gibt im Moment keine Anzeichen, dass die Tendenz zu einer zunehmenden Exportabhängigkeit der chinesischen Wirtschaft umgekehrt werden könnte. Die Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung bleibt sehr beschränkt. Zwar hat die Regierung ja angeblich das Problem der wachsenden sozialen Polarisierung zwischen Stadt und Land erkannt und einige Gegenmaßnahmen ergriffen, doch bezweifle ich, dass diese Maßnahmen die allgemeinen Trends umkehren. Einkommensgewinne für die Arbeiter hängen davon ab, ob sich unabhängige Gewerkschaften entwickeln, ob die Arbeiter erfolgreich für höhere Löhne streiken können usw. Danach sieht es im Moment nicht aus. Trotzdem beruht das chinesische Wirtschaftswachstum sicher nicht alleine auf dem Export. Alleine das Konsumpotential der städtischen Mittelklasse ist bereits gewaltig. Hinzu kommt die staatliche Nachfrage, die sich vor allem auf den Aufbau der Infrastruktur richtet (Straßenbau etc.). Zusammengenommen verleiht das dem Akkumulationsregime doch einige Stabilität.

Versuche von Arbeitern und Bauern, ihre Interessen zu artikulieren, stoßen auf äußerste Schwierigkeiten. Es gibt zwar täglich irgendwo kleine Streiks und Arbeitskämpfe, doch bleiben die bisher vereinzelt und lokal. Jeder Ansatz zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften wurde bisher im Keim erstickt. In der Provinz Guangdong gibt es vielleicht ein Dutzend NGOs, die sich der Interessen der Arbeiter annehmen und die am Rande der Legalität arbeiten. Die Nähe zu Hongkong und die Unterstützung durch NGOs in Hongkong spielt hier eine wichtige Rolle. In anderen Provinzen sieht es mit Versuchen der Organisierung noch wesentlich düsterer aus als in der Provinz Guangdong.

III Alle meine Fragen können nicht ein für alle mal beantwortet werden, sondern bleiben aktuell, da es sich um einen offenen historischen Prozess handelt.

IV Die staatliche chinesische Gewerkschaft ist ja vom Gewerkschaftsgesetz her auf eine Vermittlerrolle zwischen Kapital und Arbeit festgelegt. In gewisser Weise erinnert

mich das an das deutsche Betriebsverfassungsgesetz und die widersprüchliche Aufgabenbestimmung der Betriebsräte. Sicherlich lassen die widersprüchlichen Bestimmungen des chinesischen Gewerkschaftsgesetzes einigen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen und Selbstverständnisse von Akteuren in den Gewerkschaften. Wir haben mit Gewerkschaftern gesprochen, die sich eher als Interessenvertreter der Lohnabhängigen verstanden, und wir haben mit anderen gesprochen, die eher ein staatstragendes Selbstverständnis hatten. Ich wage jedoch die These, dass die staatliche Gewerkschaft sich nicht von selbst zu einer »wirklichen« Gewerkschaft entwickeln wird. Der Spielraum der Gewerkschaft hängt davon ab, wieviel Spielraum ihr die Partei- und Staatsführung gibt. Und dies hängt wiederum davon ab, wie stark der Druck von unten ist. In dem Maße, in dem sich Arbeiterkämpfe und Organisationsversuche von unten entwickeln, wird die Partei- und Staatsführung sicherlich versuchen, die staatliche Gewerkschaft in Richtung einer »wirklichen« Gewerkschaft zu entwickeln, um den Druck von unten zu absorbieren. Ohne Druck von unten wird sich jedoch gar nichts verändern.

Eine Vermittlerrolle in Arbeitskonflikten kann die Gewerkschaft auch nur dort spielen, wo sie präsent ist, d.h. in den staatlichen Unternehmen sowie in ehemals staatlichen Unternehmen, in denen sie sich gehalten hat. In neuen privaten Unternehmen ist die Gewerkschaft in der Regel nicht präsent.

Die Lage der Wanderarbeiter bleibt geprägt durch das Hukou-System, das sie an dem Ort, an dem sie arbeiten, von vornherein zu Bürgern zweiter Klasse macht. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaft in den meisten Betrieben, in denen die Wanderarbeiter arbeiten, gar nicht präsent ist. Für mich ist nicht klar, inwieweit die Gewerkschaft überhaupt ein Interesse daran hat, Wanderarbeiter zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten.

V Meine Gegenfrage ist: Welche Gewerkschaften? Das Hauptproblem in China besteht darin, dass es Gewerkschaften im Sinne unabhängiger Interessenvertretungen der Lohnabhängigen nicht gibt. Die Hauptaufgabe in China besteht darin, die Koalitionsfreiheit, das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen überhaupt erst durchzusetzen. Die offiziellen Gewerkschaften sind nach wie vor Staatsapparate und nur dem Namen nach Gewerkschaften.

und trotz UAW

zum US-weiten Streik gegen GM

US-Gewerkschaften betriebliche Gesundheits- (und Renten-) versicherungen für einzelne Unternehmen erkämpft, aus denen Beiträge und Gesundheitsleistungen für die jeweiligen Beschäftigten, RuheständlerInnen und deren Hinterbliebene finanziert wurden. Die Konsequenzen dieser Privatisierung zeigen sich jetzt, u.a. in dem in mehrerer Hinsicht bemerkenswerten Streik der UAW. Wir dokumentieren die Übersetzung eines Berichts, der vor Abschluss der jüngsten Tarifverhandlungen verfasst wurde. Über Details des

Abschlusses werden wir in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten – nur so viel vorweg: 65 Prozent der UAW-Mitglieder stimmten dem Deal zu, die UAW hat damit die Chance verpasst, das laut Umfragen drängendste gesellschaftliche Konfliktthema Gesundheitsversorgung aufzugreifen und sich für ein allgemeines, flächendeckendes Gesundheitssystem einzusetzen.

Zum ersten Mal seit 37 Jahren startete die UAW (*United Auto Workers*) Ende September einen zweitägigen landesweiten Streik gegen General Motors. Nachdem die Streik-Deadline am 24. September verstrichen war, strömten mehr als 73 000 Produktionsarbeiter aus den GM-Betrieben. In der Hoffnung, dass die UAW und GM zu einer landesweiten Vereinbarung kommen würden, war der GM-Vertrag seit dem 14. September praktisch jeweils stündlich verlängert worden; die Verträge mit Ford und Chrysler liefen unterdessen weiter.¹

Laut Ron Gettlefinger, Vorsitzender der UAW, wurde der Streik ausgerufen, nachdem sich die UAW in Bezug auf Fragen der Arbeitsplatzsicherheit nicht habe durchsetzen können. Es sei, so Gettlefinger, bei dem Streik nicht um den Gesundheitsfonds VEBA (*Voluntary Employee Beneficiary Association*)² gegangen: »Ich bin, wie auch

schon 2005, überzeugt, dass es in unserem wohlverstandenen Interesse liegt, für unsere Ruheständler einen solchen Fonds einzurichten. Das war nie ein Thema für uns.« Andere Verhandlungsthemen waren eine zweistufige Lohnstruktur (mit unterschiedlichen Löhnen für Neueingestellte und bereits Beschäftigte; Anm. d. Red.), Betriebsschließungen, Outsourcing, erzwungene 10-Stunden-Arbeitstage wie auch diverse Eingruppierungsregelungen und Änderungen von Arbeitsrichtlinien.

Am ersten Tag des Streiks stand die Produktion in allen GM-Werken der USA komplett still. Am zweiten Tag des Streiks, als das Material entlang der Produktionskette knapp wurde, wurden Berichte bekannt, dass GM Betriebe in Kanada geschlossen haben. Auch wichtige Zulieferer wie Delphi stellten die Produktion gegen Ende des zweiten Tages ein.

Aufgeworfene Fragen

Während dieser unerwartete Gebrauch von Macht viele Beobachter schockierte, stellten Aktivisten aus den Reihen der Gewerkschaft die Frage nach den Hintergründen der Streikstrategie. Basis-Aktivisten vor Ort hatten sich zwar schnell solidarisiert, doch wurden die Streikposten von den Arbeitern selbst nur spärlich besucht – selbst bei Hauptproduktionsstätten wie dem Cadillac Poletown-Werk in Hamtramck, Michigan.

Auch die Atmosphäre in den Gewerkschaftshäusern war einigermaßen gedrückt. Mitglieder mobilisierung und Kommunikation waren während des kurzen Streiks zum größten Teil nicht existent, was viele Mitglieder mit der Frage zurückließ, was mit dem Streik erreicht werden sollte. Diese Fragen potenzierten sich zwei Tage später, als Gewerkschaftsamtliche

www.jungewelt.de



Die Tageszeitung
junge Welt Block-G 8 geht weiter

Wahrscheinlichkeit 5
Faktenreue 7
Gesellschaft 10
Gesundheit 12

Durchbruch zum Zaun
... den Hammer schmieden

Wieso gerade 3600? Zunächst könnte man das ja für reine Spielerei halten: Die *junge Welt* wird 2007 immerhin 60 Jahre alt. Und 60 x 60 ergeben eben 3600. Wichtiger sind andere Überlegungen: Zum einen gibt es nicht nur Zuwächse im Abobereich – wir verlieren wir auch Abonnements. Selten wegen Unzufriedenheit; der mit Abstand am häufigsten genannte Grund für Abbestellungen ist ökonomischer Natur. Die Verschärfung der sozialen Lage trifft auch viele unserer Leserinnen und Leser. Wir bieten zwar drei Preisklassen an, um dem gerecht zu werden. Das Sozialabo können wir aber nicht billiger machen. Zunächst brauchen wir also Abonnements oder Mehreinnahmen durch einen Preismstieg, um diese Abbestellungen auszugleichen. Seit etwa 2001 gelingt uns das. Zum anderen genügt das aber noch nicht, um Mehrkosten und Weiterentwicklungen zu finanzieren. Dazu braucht es deutlich mehr Zu- als Abgänge. Veranstaltungen wie die Rosa-Luxemburg-Konferenz wären nicht mehr zu finanzieren, konkrete Beiträge zur internationalen Solidarität (etwa die Mitwirkung beim deutschen Auftritt auf der Buchmesse in Havanna) nicht mehr leistbar.

Verlag, Redaktion, Genossenschaft

Jetzt abonnieren unter www.jungewelt.de oder einfach anrufen 0 30/53 63 55 80.

200 000 männliche Singles. In dem Artikel wurde gemutmaßt, dass die Frauen zu beschäftigt und zu wählerisch geworden seien. Dies könnte ein Hinweis auf die aufbrechenden Widersprüche sein.

VIII Die »sozialistische Marktwirtschaft« in China erweist sich als Rettung für den globalen Kapitalismus – auf Jahrzehnte hinaus. Die Überakkumulation in den kapitalistischen Zentren würde sich noch viel gravierender darstellen, gäbe es China nicht. Der Kapitalexport nach China führt zu einer Steigerung der durchschnittlichen Profitrate, weil dort zumindest teilweise die gleichen Arbeitsprozesse wie in den Zentren, aber mit wesentlich höherem Ausbeutungsgrad stattfinden können. Überdies ist China auch als Absatzmarkt höchst bedeutsam. Alleine die heute existierende chinesische Mittelklasse mit mehreren hundert Millionen Menschen stellt einen Markt dar, der vom Potential her mit dem der USA oder der EU vergleichbar ist. Die Formierung einer Arbeiterbewegung in China und die Durchsetzung höherer Löhne könnte die Funktion Chinas als Absatzmarkt sogar noch verstärken. Andererseits verschärft sich das Problem der weltweit existierenden Überkapazitäten gerade durch den gewaltigen Investitionsboom in China weiter. Chinas Exportabhängigkeit ist in den letzten Jahren weiter angestiegen, d.h. die chinesische Industrie ist zunehmend auf die Absatzmärkte in den USA und den anderen Zentren angewiesen. Insofern werden die existierenden Widersprüche durch die chinesische Entwicklung auf höherer Stufenleiter reproduziert. Wenn die chinesischen Finanzmärkte weiter liberalisiert werden, können wir mit wachsenden Instabilitäten rechnen.

19. Oktober 2007

* *Thomas Sablowski ist Sozialwissenschaftler und lebt in Frankfurt a.M.*



»1, 2, 3, 4 Maos on the cap«

Spurensuche im »Musterländle« China

Im Folgenden beantwortet Eva-Maria Bruchhaus unseren kleinen China-Fragebogen.

Losgefahren bin ich mit einer immensen Neugier, mit einem Riesenspektrum an Erwartungen bzw. Fragen.

Aber es gab natürlich Schwerpunkte und Schlüsselfragen, die sich aus meiner Arbeitswelt herleiten, d.h. der Entwicklungspolitik und hier speziell ländliche Entwicklung, bäuerliche Landwirtschaft und die Situation der Frauen. Dabei muss ich ziemlich weit zurückgehen, bis Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, also vor 1968. Ich lebte damals in Frankreich, wo in jenen Jahren mehr als in den USA und Europa – außer vielleicht in Großbritannien – über Entwicklungsmodelle und -strategien diskutiert wurde. Das hing mit dem so genannten »wind of change« zusammen, der auch in den ehemaligen französischen Kolonien wehte und zur Unabhängigkeit führte. Der Kapitalismus erschien den wenigsten als geeigneter Entwicklungsweg, und das Industrialisierungsmodell der Sowjetunion hatte ebenfalls wenig Überzeugungskraft, während das chinesische Modell eine überwältigende Ausstrahlung besaß. Das lag sicher auch daran, dass die Chinesen zur nicht-weißen Welt gehörten: Falls es ihnen gelingen sollte, Jahrhunderte währendes Elend zu überwinden, dann hätte das gigantische Auswirkungen auf die ganze 3. Welt. Auch weil damit die Hoffnung verbunden war, dass der Kommunismus »in China vielleicht eine menschlichere Form annimmt als in der UdSSR«, wie es Pierre Moussa, Autor von »Les Nations Proletaires« – eines der Standardwerke jener Zeit – ausdrückte.¹ Es gab also einen »Mythos China«, ehe es westeuropäische Maoisten gab.

Geografisch lag und liegt mein Studien- und Arbeitsschwerpunkt in Afrika. Deshalb interessierten und interessieren mich in diesem Zusammenhang vor allem folgende Fragen: Welche Rolle haben die Bauern in der chinesischen Revolution gespielt – waren sie Akteure oder Manövriermasse? Taugt die ländliche Industrialisierung, die nicht auf kapitalintensive Technisierung, sondern auf Einsatz geschickter menschlicher Arbeitskraft baut, als Entwicklungsmodell? Wie weit kommt eine selbstbestimmte Entwicklung ohne materielle Anreize aus, bzw. gibt es freiwillige, selbstbestimmte Arbeits- und Dienstleistungen zum Wohle der Gemeinschaft? Damit hängt auch die Frage nach der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung

und der Vergesellschaftung von Reproduktionsaufgaben zusammen. Auch diese Fragen hängen mit ziemlich weit zurückliegender Lektüre zusammen. Eines der Bücher, die wir Anfang der 70er Jahre verschlungen haben, war »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China« von Clau-die Broyelle.² Auch hier wurden die Entwicklungen in China als beispielhaft dargestellt, nicht nur für die Länder der Dritten Welt, sondern auch für Europa.

Es konnte nicht darum gehen, umfassende Antworten auf die oben genannten Fragen zu bekommen – dazu war die Reise viel zu kurz. Aber ich hatte gehofft, Hinweise auf zumindest Spuren der Veränderungen zu finden, die ein so gewaltiges gesellschaftliches Experiment, wie es die chinesische Revolution war, unweigerlich hinterlassen haben musste. Was ist bei dieser Spurensuche herausgekommen? Eigentlich nichts Substantielles. Ich denke, dass es sich vor allem um Spuren handelt, die, von außen unerkennbar, das Leben der Menschen bestimmen – und vielleicht merken sie es manchmal selbst nicht. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Kulturrevolution, die für uns eine der markantesten Etappen darstellt. Bei einem persönlichen Gespräch mit Zeitzeugen haben wir zwar erfahren, wie sie diese Periode *damals* erlebt haben, wie die Kulturrevolution ihre Lebensumstände geprägt hat. Aber was haben die Inhalte, die damals vermittelt wurden, in ihrem Denken und Fühlen *heute* hinterlassen? Das blieb für uns unsichtbar.

Die für uns sichtbaren Spuren dagegen sind eher befremdend, auch weil sie teilweise entfremdet sind. Z.B. die olivgrüne Maokappe mit den vielen Anstecknadeln, die mir ein Mitreisender geschenkt hat: ein typisches Souvenir, das die fliegenden Händler den Touristen anbieten. Beim Spazierengehen und Einkaufen wurde sie kaum beachtet, nur bei jungen Chinesinnen hat sie Aufsehen erregt und mir Sympathie eingebracht: »oh, you have 1, 2, 3, even 4 Maos on your cap!«.

Weitaus verwirrender waren die Ergebnisse der Spurensuche in Dazhai, dem ehemaligen Musterdorf in der Provinz Shanxi. Lange Zeit galt es als *das* sozialistische Modell ländlicher Entwicklung. Die 400 Einwohner dieses Bergdorfs hatten 1964 unter der Anleitung eines der Ihren und mit dem Motto »eigene Kraft erneuert das Leben« Terrassen und Bewässerungskanäle gebaut, Obstbäume und Maulbeerbäume auf die Terrassen gepflanzt, Seidenraupen und Bienen gezüchtet. Aber getreu der

VI Wir haben einige Dörfer gesehen, aber es bleibt unklar, inwieweit die Situation dort für die Lage auf dem Lande insgesamt typisch ist. In den Dörfern, die wir gesehen haben, waren Fortschritte unverkennbar. Mir scheint, dass die wenigsten Haushalte auf dem Lande heute noch ausschließlich von der Landwirtschaft leben. Vielmehr werden Einkommen aus verschiedenen Quellen gepoolt. Die Haushalte auf dem Lande sind in der Regel halbproletarische Haushalte. Der Aufbau der Straßeninfrastruktur treibt den Proletarisierungsprozess rasch voran. Mit dem Hukou-System wird nach wie vor versucht, die Landflucht einzudämmen. Unklar bleibt für mich, inwieweit eine Industrialisierung auf dem Lande die Landflucht begrenzen und zu einer ausgeglicheneren Regionalentwicklung führen kann. Ich habe keine Vorstellung vom Potential der *township and village enterprises (TVE)*, von denen oft die Rede ist. Eine richtige Auseinandersetzung um unterschiedliche Konzepte zur ländlichen Entwicklung konnte ich nicht wahrnehmen.

VII Ich denke, dass die Arbeit in der Stadt – trotz aller Ausbeutung und Unterdrückung – auch die Erfahrung möglicher Freiheit einschließt. Die WanderarbeiterInnen lernen andere Lebensverhältnisse kennen, erfahren, dass es Alternativen zu der Lebensweise auf dem Lande gibt. Viele werden nicht mehr aufs Land zurückkehren wollen, sondern in den Städten bleiben. Dies gilt sicher insbesondere für Frauen, die mit der Wanderarbeit auch ein Stück weit aus patriarchalischen Verhältnissen freigesetzt werden. *China Daily* meldete am 9. Oktober 2007, dass es in Guangzhou 300 000 weibliche Singles über 30 Jahren gibt, aber nur

Auftritt: VEBA

Vorschläge vor dem Streik, dass die Kosten für VEBA auf die UAW-Ruheständler umgeschichtet werden könnten und die Gewerkschaft zum alleinigen Investor und Manager eines 35 Milliarden US-Dollar-Fonds würde, passten einer wachsenden Anzahl von UAW-Mitgliedern nicht. Diese Gewerkschafter, die sich aktiv gegen VEBA organisiert hatten, meinen, dass der Streik die Mitglieder vom Widerstand in Bezug auf VEBA abgelenkt habe. »Das ist Akt eins, Szene eins in einem Drama, das aufgeführt wird, um den irreführenden Eindruck zu vermitteln, dass Gettelfinger und Co. wirklich kämpfen und dass der Vertrag, den sie uns bringen, wirklich das »Beste ist, was sie tun können«, sagte Larry Christensen, Chrysler-Beschäftigter im Ruhestand und aktiv

bei »Soldiers of Solidarity« (SOS). Christensen meint, standhafte Entschlossenheit in der Ablehnung von VEBA und anderen erwarteten Konzessionen sei entscheidend: »Es könnte einen zweiten Akt geben, wenn die Mitgliedschaft sich entschließt, härter zu bleiben als GM und Gettelfinger zusammen«, sagte er. »Entweder erreichen wir Akt Zwei, oder der Vertrag enthält lauter rote Warnzeichen [für Mitglieder; Anm. Labornotes].«

Die Alarmzeichen begannen für Mitglieder zu blinken, als nur einige Tage vor dem Streik die ehemaligen Vorstandsmitglieder Jerry Tucker, Warren Davis und Paul Schrade einen offenen Brief an UAW-Vorstand Ron Gettelfinger und die Verhandlungsführer in der Tarifauseinandersetzung schrieben.³ Der Brief warnte, dass Verträge über betriebliche Krankenversicherungen, in denen die Kosten auf

Arbeiter abgewälzt würden, nicht nur eine massive Verletzung von Arbeiterrechten darstellen, sondern auch die historischen Ziele der Gewerkschaften und die Orientierung auf soziale Gerechtigkeit beschädigen würden. Dem Brief folgte die intensive mediale Überprüfung eines weiteren, aktienbasierten VEBA-Fonds in der Autoindustrie. Warren Davis kritisierte die UAW für ihre Defizite bei der Vertretung der Interessen der Beschäftigten und sagte darüber hinaus, dass die UAW bewährte Strategien – wie etwa flexible Streiks – ignoriere. Innerhalb von Tagen hatte sich die UAW in eine Sackgasse bewegt.

»Single-Payer-Solution«

Ehemalige UAW-Funktionäre sagen, dass die Einführung von VEBA – statt eines dringend benötigten flächen-

deckenden Gesundheitssystems – die landesweite Krise des Gesundheitswesens nicht lösen oder die Autobauer retten werde. »Warum hören wir nicht mehr Paukenschläge von den Gewerkschaften, die diese ganze Argumentation sehr schnell kontern könnten, indem sie sagen »Nein«, wir gehen diesen Weg«, meinte Jerry Tucker, früheres UAW-Vorstandsmitglied und Mitbegründer des *Center of Labor Renewal*. »Wir gehen nach Washington, und wir werden den Erlass eines universellen, umfassenden »Single payer-Gesundheits-Plans«⁴ fordern.« Tucker sagte darüber hinaus, dass die Autobauer ihre Unterstützung für ein nationales Gesundheitssystem demonstrieren sollten, wie die Beschäftigten in Kanada dies getan und damit das Problem der »Legacy Costs« der Autobeschäftigten, also der Kosten für die Krankenversicherungsbeiträge und die

am 26. September auf einer Pressekonferenz um vier Uhr morgens eine provisorische Vereinbarung verkündeten. Gettelfinger behauptete, dass der Streik die Verhandlungsblockade durchbrochen habe und mutmaßte, dass »der Streik wahrscheinlich unserer Seite mehr geholfen hat als ihrer«. Früh durch die Presse bekannt gewordene Details des Abkommens zeigen, dass der vorgeschlagene Vierjahresvertrag mehrere weitreichende Konzessionen beinhaltet.

Zu einigen dieser Vertragsdetails dürfte der Gesundheitsfonds VEBA gehören, der sich zu 70 Prozent aus Verpflichtungen speist, die GM für die Gesundheitsversorgung seiner Rentner eingegangen ist; abgesenkte Löhne und Sozialleistungen für Neueinstellungen; ein Lohnstopp für alle auf Stundenbasis Beschäftigten und mehr. (...)

damaligen Devise von der ländlichen Industrialisierung haben sie auch Bauxit abgebaut und eine Werkstatt für Landmaschinen eingerichtet. Davon haben wir nichts mehr sehen können. In den 60er und 70er Jahren war Dadzai eine der großen nationalen Pilgerstätten. Ministerpräsident Dzhou En Lai war öfter zu Besuch, oft mit hochrangigen internationalen Delegationen, wie in dem stattlichen Dorfmuseum mit endlosen Fotoreihen dokumentiert. Auch das Gästehaus, in dem die illustren Gäste untergebracht wurden, ist heute ein Museum. Jedes zweite Haus ist ein Andenkenladen, mit endlos laufenden alten Fernsehreportagen über die Kulturrevolution, in denen Videos, Anstecknadeln und die üblichen Devotionalien an die Touristen verkauft werden. Davon lebt Dadzai heute. Chen Yonggi, mit dem 1964 alles begonnen hatte, und der 1973 Mitglied des Politbüros der KPCh wurde, starb 1986 auf einer Staatsfarm in der Nähe von Beijing, wohin er 1984 verbannt worden war. Das Dorf hat ihm ein eindrucksvolles Totenmal errichtet, das offensichtlich viele Pilger anzieht. Über die Verbannung seines Vaters allerdings wollte oder konnte sein Sohn nicht reden.

Das »Neue China« kann sicher kein Entwicklungsmodell für Länder der so genannte Dritten Welt sein. Darauf wird noch zurückzukommen sein, wenn es um die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus geht.

Ein wichtiges Element sozialistischer Entwicklungskonzeptionen ist die Solidarität und der freiwillige Einsatz – ohne materielle Anreize – zum Wohl der Gemeinschaft. Ich erinnere mich an zahlreiche Aussagen westlicher China-BesucherInnen aus den 70er Jahren, in denen die beispiellose Solidarität und Hilfsbereitschaft der ChinesInnen beschrieben wurde. Da wurde von selbstorganisierten Dienstleistungs-

brigaden berichtet, die kochten, wuschen, unterrichteten,

gegen ein ganz geringes Entgelt oder kostenlos. Uns sind keine Beispiele dieser Art begegnet, und es kann bezweifelt werden, dass sie den Wandel überlebt haben. Oft wiesen unsere chinesischen Gesprächspartner darauf hin, dass heute für alles bezahlt werden müsse, dass Geld die einzige Motivation für Leistung darstelle. Aber wir haben auch ein Beispiel für Solidarität angetroffen, bei der Initiative der WanderarbeiterInnen am Stadtrand von Peking, wo neben entlohnten MitarbeiterInnen auch Freiwillige arbeiten, z.B. StudentInnen. Ich denke, das wäre auch ein Feld, das zu bearbeiten sich lohnen würde.

Bei der chinesischen Einheitsgewerkschaft handelt es sich um eine typische so genannte »Massenbewegung«, wie sie in allen Ländern mit autoritären Einparteienregierungen existieren: je eine Organisation für die Frauen, die Jugend, die Bauern und eben auch für die Arbeiter, die den Transmissionsriemen für die Anweisungen der Regierung in die Betriebe darstellen. Interessanterweise ist die chinesische Gewerkschaft nur in einem Bruchteil der Unternehmen verankert. Sie ist also nicht einmal ein Papiertiger und somit keine Gefahr für die Unternehmen. Insofern ist auch das Selbstverständnis der Gewerkschaften nicht erstaunlich, wie es uns in praktisch allen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern begegnet ist: Sie verstehen sich als Brücke zwischen Arbeitskräften und Unternehmen bzw. Management. Teilweise ist das Management sogar Teil der Betriebsgewerkschaft. Hauptzweck der Gewerkschaft ist es, den Betriebsfrieden zu wahren. Zu diesem Zweck werden generell einmal im Jahr Personalversammlungen einberufen, auf denen die ArbeiterInnen und Angestellten – bei Honda heißen sie übrigens »associates«, also Partner, Teilhaber – Vorschläge, Klagen, Wünsche vortragen können, und wo der anwesende Chef Auszeichnungen und Preise verteilt. Es ist bezeichnend, dass – zumindest nach meinen Kenntnissen – kein

einzig der Tausenden von Arbeitskonflikten, die in den letzten zehn Jahren stattfanden und weiterhin stattfinden, von der Gewerkschaft initiiert wurde. Das scheint logisch, da es kein Streikrecht gibt. Was wir dagegen gesehen haben – im Fall eines wilden Streiks in einem Zulieferbetrieb von Nokia in Shenzhen –, war, wie die Gewerkschaft auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist und die Streikenden gerade mal mit einem Spruchband unterstützt hat. In diesem Fall ging es u.a. um die Durchsetzung der Forderung nach Auszahlung des Grundlohns von 70 Euro im Monat, wenn die Produktionsziele erreicht werden, und um die Nachzahlung von Nachtzulagen. Es handelte sich also um die Durchsetzung gesetzlich verankerter Forderungen, die sich eigentlich jede Gewerkschaft zu eigen machen sollte. Diese abwartende Haltung entspricht voll der offiziellen Gewerkschaftspolitik, wie uns auch in verschiedenen Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern bestätigt wurde.

Das Verhältnis Partei – Gewerkschaft – Kapital möchte ich mit den Worten der PR-Frau von Honda beschreiben, die uns informierte, dass die Beziehungen zwischen dem Unternehmen und der Gewerkschaftsvertretung im Betrieb »under the loving care of the government« stattfinden. Das ist sicher nicht immer und überall der Fall, aber so soll es offensichtlich sein. Wobei die liebevolle Fürsorge der Regierung offensichtlich mehr der Kapitalseite gilt. Das geht auch daraus hervor, dass in Fällen von Beschwerden bei den Arbeitsbehörden über die Verletzung von Arbeitnehmerrechten – vor allem bei Arbeitsunfällen – in der Regel die Unternehmensseite Recht bekommt und Strafen verhältnismäßig gering ausfallen. Das hängt damit zusammen, dass die Provinzregierungen von der Zentralregierung Planvorgaben erhalten, die das Volumen der Investitionen festlegen, die während des Planungszeitraums in der Provinz getätigt werden sollen. Da will man es sich verständlicherweise nicht mit den Investoren verderben.

Hauptaufgabe ist in meinen Augen die Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte, entsprechend dem kürzlich verabschiedeten Arbeitsvertragsgesetz, und zwar für alle Arbeitenden. Damit hätte die Gewerkschaft über Jahre hinaus genug zu tun. Da sie aber Teil des Systems ist, in dem Kapital und Regierung am selben Strang ziehen, wird die Bewältigung dieser Aufgabe zur Sisyphusarbeit, darin liegt m.E. das Hauptproblem.

Deshalb hat die Gewerkschaft auch kein Interesse an Selbstorganisation von ArbeiterInnen, weder auf betrieblicher noch außerbetrieblicher Ebene. Diese Initiativen werden eher von Nichtregierungsorganisationen (NRO) ergriffen bzw. unterstützt, die oft außerhalb der VR angesiedelt sind. Sinnvoll wäre es, diese Organisationen zu fördern, sowohl finanziell als auch durch Austausch, auch weil sie offensichtlich sehr viel mehr über die Globalisierungszusammenhänge wissen. Das befähigt sie auch eher als die Gewerkschaften, an Konzeption und Umsetzung solidari-

scher Aktionen mitzuarbeiten. Nehmen wir den Giftskandal bei der Spielzeugproduktion. Hier wurden von den Gewerkschaften generell die Zulieferfirmen verantwortlich gemacht, aber es wurde meist versäumt, darauf hinzuweisen, dass die Auftraggeber, in diesem Fall die Firma Mattel, den Preis bestimmt, zu dem produziert werden muss. Diese Vorgaben der Auftraggeber gegenüber ihren Zulieferern haben nicht nur schädliche Auswirkungen auf die KäuferInnen, sondern auch auf die ArbeiterInnen in diesen Firmen. Dieses Problem könnte international eher mit NRO als mit der chinesischen Gewerkschaft thematisiert werden. Ähnlich verhält es sich aber auch umgekehrt: Unterstützung für am Rande der Legalität arbeitende Initiativen von WanderarbeiterInnen wie diejenige, die wir am Stadtrand von Peking besucht haben, kann kaum von deutschen oder anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden erwartet werden, sie kommt vor allem von so genannten INGOs (internationalen Nichtregierungsorganisationen), wie in diesem Fall OXFAM.

Das liegt sicher auch daran, dass diese Organisationen oft ein umfassenderes und tieferes Verständnis von der Bedeutung und den Auswirkungen der Globalisierung haben als die Gewerkschaften, nicht nur in China. Letztere haben – wie die Arbeitgeberseite – meist nur die eigenen Löhne und Arbeitsbedingungen bzw. ihre Wettbewerbsfähigkeit im Blick. Bezeichnend dafür war auch die Antwort der Gewerkschaftssekretärin von Guangzhou (Kanton) auf die Frage, wie Gewerkschaften auf die Drohungen der Investoren reagieren sollten, ihr Unternehmen ins Ausland zu verlagern: »durch Qualifizierung, um in den verbleibenden Unternehmen Arbeit zu finden.« Ich denke, dass es vor allem deshalb so schwierig ist, gemeinsame solidarische Aktionen zu konzipieren. Wie kann man z.B. eine internationale Kampagne gegen Lohndumping erwägen, wenn zwischen den Löhnen in derselben Branche ein Unterschied von 1:10 und mehr besteht, ganz zu schweigen von den Arbeitsbedingungen? Das kann nur thematisiert werden, wenn alle anderen Aspekte auch berücksichtigt werden.

Besonders brisant erscheint mir die Frage nach der ländlichen Entwicklung, die sich ja vor allem deshalb aufdrängt, weil immer noch mehr als die Hälfte der chinesischen Bevölkerung auf dem Land lebt, während immer weniger vom Land leben können. Nach der Phase der ländlichen Industrialisierung, mit den dörflichen Stahlwerken und anderen innovativen, aber teilweise wirklichkeitsfremden Initiativen, gab es es in den 80er Jahren die Politik der TVI (*Township and Village Industries*), deren hauptsächliches Ziel es war, für die ländliche Bevölkerung Lohnarbeit zu schaffen, als zusätzliche Einkommensquelle zur Landwirtschaft. Damit wurden die Kleinbauern zu Nebenerwerbslandwirten. Der Vorteil lag darin, dass sie beides zugleich machen konnten – und sie blieben in ihrer Umgebung. Das wiederum sollten sie ja auch: Das



Pensionsverpflichtungen gelöst hätten.

Automobilarbeiter sind nicht die einzigen, die sich für eine Lösung nach dem Single Payer-Modell organisieren. Das *Single Payer Action Network* (SPAN) in Ohio begann im Jahr 2000 mit nur sechs Mitgliedern, einen Plan für ein Gesundheitssystem im Bundesstaat Ohio zu diskutieren. Im Jahr 2002, als die Pensionsleistungen von 600 000 Stahlarbeitern gestrichen wurden, wuchs die Koalition rasant. Andere Organisationen wie *Healthcare Now* (Gesundheitsversorgung Jetzt) und *Physicians for National Healthcare* (Ärzte für ein landesweites Gesundheitssystem) sagen, dass nun die Zeit für ein landesweites Gesundheitssystem gekommen sei und unterstützen den Vorschlag für ein Single Payer-Gesetz, der von dem Kongressabgeordneten John Conyers aus Michigan eingebracht wurde. (H.R. 676)

Opposition wird fortgesetzt

SOS, eine Aktivistengruppe von aktiven und pensionierten Automobilarbeitern, startete eine Kampagne mit dem Titel »Stimm' mit Nein ab, achte auf die roten Warnzeichen«, in der sie die UAW-Mitglieder vor möglichen Konzessionen warnte. Diese Kampagne hatte in den vergangenen Monaten unter den Beschäftigten in den Betrieben Fahrt aufgenommen. Im Sog des Streiks fuhren SOS-Aktivistinnen fort, Flugblätter zu verteilen und mit Mitarbeitern über »Rote Warnzeichen« zu sprechen, wie etwa den möglichen Deal »Bonuszahlungen gegen Einführung eines zweistufigen Lohnsystems«. »Der Zweistufen-Lohn hielt bei Delphi gerade mal für die Dauer einer Vertragslaufzeit, und mittlerweile sind wir alle Arbeiter

zweiter Klasse«, so SOS-Mitbegründer Todd Jordan.

Mitglieder von *Allison Transmission* in Indianapolis, einem kürzlich verkauften GM-Werk, haben im Betrieb aktiv mobilisiert, indem sie Mitglieder aufforderten, jeden Vertrag, der einen VEBA-Fonds oder Konzessionen seitens der Arbeiter beinhaltet, abzulehnen. »Ich weiß, wo wir herkommen, und ich kann erkennen, wo sie uns hin zu bekommen versuchen, und das ist nicht gut«, sagte Theresa Barber, Beschäftigte bei Allison. »Wenn keiner anfängt aufzustehen, werden wir alle verlieren.«

Zu einer Reihe weiterer organisierter Proteste zählt auch die Demonstration von etwa 1 000 UAW-Mitgliedern bei Chrysler, die noch vor dem Streik zum Chrysler-Hauptquartier in Auburn Hills zogen, um ihre Unzufriedenheit mit den Verhandlungen vor

Ort zu zeigen, die in Konkurrenz zu den landesweiten Gesprächen liefen.

Obleich UAW-Funktionäre verlauten ließen, sie seien »voll darauf konzentriert, einen Vertragsentwurf zu erzielen, der die Bedürfnisse unserer aktiven und pensionierten Mitglieder verbindet«, bleibt die Frage offen, ob die Gewerkschaft genug Überzeugungskraft besitzt, um Mitglieder von der Ratifizierung eines Vertrags zu überzeugen.

Doch eines ist sicher, Automobilarbeiter werden auf knallrote Warnzeichen achten.

Aus: *Labor Notes*, Nr. 343, Oktober 2007

* *Tonyia Young* hat in der Autoindustrie gearbeitet, ist mittlerweile Administratorin von *FactoryRat.com* und freischaffende Autorin.

Anmerkungen

1) Tarifverhandlungen für die Automobilindustrie wurden üblicherweise in einem der

»Big Three«-Unternehmen (GM, Chrysler, Ford) geführt und als Muster auf die anderen Automobilfirmen übertragen.

2) Bestandteil der Verhandlungen war der Vorschlag, dass die Gewerkschaft mit der Einführung dieses unternehmensbezogenen Gesundheitsfonds ab 2010 auch dessen Verwaltung übernehmen sollte. GM hatte vor Abschluss des Vertrages widersprüchliche Angaben darüber gemacht, wie hoch der Anteil der GM-Beiträge zu dem Fonds ausfallen werde – die Angaben lagen zwischen 50 und unter 30 Mrd. Dollar. Unklar ist darüber hinaus bis heute, was im Falle eines Bankrotts mit den Verpflichtungen von GM passiert.

3) Siehe <http://labornotes.org/node/1326>

4) »Single Payer« meint die Zusammenfassung aller Beiträge und Leistungen »in einer Hand«, d.h. in einem einheitlich verwalteten Versicherungssystem; offen ist dabei, ob lediglich die Verwaltung, also die Bezahlung von Dritten erbrachter Leistungen, einheitlich gefasst wird, oder auch die Beitragsbringung. Vgl. *Physicians for a National Health Program*: www.pnhp.org

www.sozialismus.de

Sozialismus



Redaktion Sozialismus: Die Gewerkschaftsbewegung sortiert sich neu | Alban Werner: GdL-Streik und Einheit der Lohnabhängigen | Michael Schlecht: Gewerkschaftliche Autonomie und DIE LINKE | Joachim Bischoff: Linksschwenk der SPD? | Holger Politt: Herrschaft des Ressentiments am Ende? Wahlen in Polen

Probeabo (3 Hefte): € 10,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6 20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50 E-Mail: redaktion@sozialismus.de

in den Ballungszentren. Die Mehrheit von ihnen kommt vom Land, wo sie in der Regel ihre Familien zurücklassen. Die Landflucht erklärt sich einmal daher, dass das Land – eine Familie bewirtschaftet nicht einmal einen Hektar – nicht ausreicht, um eine Familie zu versorgen, und dass es auf dem Land immer noch kaum Gelegenheiten gibt, das zur Familienversorgung notwendige zusätzliche Geld zu verdienen. Die Regierungspolitik setzt auf großflächige Mechanisierung der Landwirtschaft. Das wird zur Konzentration in der Landwirtschaftsproduktion, zur Aufgabe der meisten kleinen Familienbetriebe und somit zu weiterer Abwanderung führen. Was wird aus den Hunderten Millionen WanderarbeiterInnen, die von einer Baustelle zur nächsten, als Hilfsarbeiter und Haushaltshilfen durch die Lande ziehen, weitgehend recht- und schutzlos? Professor Wen äußerte die These, in China habe sich das Industrieproletariat, d.h. die ehemaligen ArbeiterInnen in den staatlichen Industriebetrieben, zu einer neuen Mittelklasse entwickelt. Dafür gebe es ein neues Proletariat: ein duales, das aus den aus den Landgebieten migrierenden WanderarbeiterInnen und den zurückgebliebenen, gleichermaßen diskriminierten LandbewohnerInnen bestehe.

Und vor allem: Was wird aus den WanderarbeiterInnen und den Bauern, wenn sie alt sind? Nur die jungen WanderarbeiterInnen finden Arbeit, und sie haben kein Anrecht auf Altersversorgung, genausowenig wie die auf dem Land Zurückgebliebenen, weil davon ausgegangen wird, dass diese von ihrem Land leben können. Die Jungen werden die Alten nicht versorgen können, weil sie keine Arbeit mehr finden, und die Alten können nicht mehr vom Land leben, weil sie es verloren haben werden.

Darüber hinaus habe ich nicht den Eindruck, dass es ein spezielles Entwicklungskonzept für die ländlichen Gebiete gibt, zumindest gibt es keine Anzeichen für Vorstellungen und Planungen, die sich von der allgemeinen Entwicklung unterscheiden, die unter dem Motto »big is beautiful« zu stehen scheint. Das heißt konkret: Konzentration der Flächen und Betriebe, intensive Bewirtschaftung mit größtmöglicher Mechanisierung und massivem Einsatz von Chemiedünger und Pestiziden/Herbiziden. Die Folgen kennen wir aus eigener und anderer Erfahrung.

Wie könnte ein alternatives Konzept aussehen? Ich denke, die TVI waren eine gute Idee. Dadurch kamen zusätzliche Verdienstmöglichkeiten aufs Land, und es wurden ja hauptsächlich einfache Gebrauchsgüter produziert, die wiederum das Leben auf dem Land erleichterten. Die Menschen konnten in ihrer familiären Umgebung bleiben und damit auch ihre affektiven Bedürfnisse befriedigen.

Und die Idee einer menschenbezogenen ländlichen Entwicklung in China lebt weiter. Unser Gesprächspartner Wen Tiejun ist überzeugt, dass es nur der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu verdanken sei, dass es möglich war, den Hunger zu besiegen. Außerdem sei die kleinbäuerliche Landwirtschaft umweltscho-

nender als die großflächigen Monokulturen unter Einsatz von Mechanisierung, Chemiedünger und Pestiziden. Es sei auch demokratischer, wenn die Bauern und Bäuerinnen sich organisieren und selbst über ihre Produktionsweise und -ziele bestimmen könnten. Er selbst ist mit seinen Studenten in einer solchen Bewegung engagiert, die in die 20er-30er Jahre zurückreicht. Schade, dass wir das »Rural Reconstruction Center« nicht sehen konnten, wie ursprünglich vorgesehen, um uns ein Bild davon machen zu können.

Angesichts des äußerst robusten Kapitalismus, dem sich die chinesische Regierung verschrieben hat, besteht allerdings kaum Hoffnung, dass sich diese Vision einer menschen- und umweltgerechten ländlichen Entwicklung verwirklichen lässt. Die Frage, die mich am meisten beschäftigt, ist insofern die Systemfrage, aber ich denke, die muss am Ende gestellt werden.

VII Ich möchte hier mit einer Aussage des bereits erwähnten Buches von Claudie Broyelle »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China« von 1973 beginnen. Sie stammt aus dem Vorwort von Han Suyin, der damals bekanntesten chinesischen Autorin, die von der »tiefen Transformation« des Geschlechterverhältnisses in China spricht, vom »großen Sprung nach vorn der chinesischen Frauen«, in dem es nicht nur um »die Gleichberechtigung mit den Männern«, u.a. »wegen ökonomischer Vorteile« ging, sondern um eine andere, eine sozialistische Gesellschaft. Das wirft mehr als nur die Frage nach dem derzeitigen Stand der Gleichberechtigung auf. Dazu ist es sicher nützlich, zu den zwei wichtigsten Veränderungen zurückzugehen: zur rechtlichen Abschaffung von Diskriminierung und Missbräuchen in der

Ehe und zur politischen Förderung der Geschlechtergleichheit im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich. Durch das »Gesetz über die Ehe« von 1950 wurden Bigamie und Konkubinat sowie Kinder- und Zwangsheirat verboten. Als Voraussetzung für eine Ehe galt und gilt – das gegenseitige freiwillige Einverständnis, Scheidungen sind kostenlos. Parallel dazu führte die Partei eine Kampagne zur Gleichstellung im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich durch, die auch konkrete Angebote enthielt, z.B. Kinderkrippen, Schwangerschaftsurlaub, Ausbildung in bis dahin Männern vorbehaltenen Berufen, Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb und in der Partei. Eine komplementäre, in der damaligen Zeit als logisch und richtig erachtete Maßnahme, die uns heute als ungeheuerlich erscheinen mag, war die Zerschlagung der Familie als (Re)Produktions- und Konsumptionseinheit. Das geschah vor allem durch Auslagerung von bis dato durch Frauen erbrachte häusliche Dienstleistungen und die Schaffung von landwirtschaftlichen Produktionsbrigaden. Diese Politik wurde damals auch von westlichen Feministinnen begeistert begrüßt und zur Nachahmung empfohlen.

Leider gab es auf unserer Reise keine Gelegenheit, auch nur ansatzweise zu überprüfen, was davon übriggeblieben ist. Dazu bückte ich mich weitaus mehr Zeit. Gleichwohl fiel mir auf, dass unter den Kadern, die wir trafen – sowohl auf Gewerkschaftsseite, im Management, von der Partei und den NRO – viele kompetente, überwiegend jüngere Frauen waren, die meist auch recht selbstbewusst auftraten. In den Frauenmagazinen werden zahlreiche Beispiele von erfolgreichen Unternehmerinnen vorgestellt, und auch an den Universitäten unterrichten viele Frauen, allerdings weniger in Spitzenpositionen, und sicher auch in unterschiedlichem Maß, abhängig von den Fächern. In der



»Hukou«-System, also die Registrierung »am Ort«, auf der die Sozialversicherungen basieren, ist darauf zugeschnitten.

Es gibt offensichtlich immer noch solche TVI-Betriebe, doch die Politik setzte Anfang der 90er Jahre eindeutig auf kapitalintensive Investitionen in speziellen Wirtschaftszonen und Industrieparks im Süden und an der Ostküste. Diese »Reformen« bedeuteten nach Aussagen unseres Gesprächspartners Prof. Wen Tiejun von der Renmin-Universität in Peking den Kollaps der TVIs und den Beginn der Arbeitsmigration. Die Arbeit kam nicht mehr zu den Arbeitskräften, sondern die Arbeitskräfte mussten sie oft Tausende von Kilometern weit entfernt suchen. Gleichzeitig verloren viele Bauern ihr bisschen Land durch Enteignungen ohne angemessene Entschädigung, für Infrastrukturvorhaben und Städtebau – und in jüngster Zeit z.T. wieder durch Industrieansiedlungen. Dies betraf in den letzten zehn Jahren 40 – 60 Millionen Bauern, und die Tendenz hält an: Erst am 15. Oktober 2007 ging die Meldung durch die Medien, dass die chinesische Regierung bis zu vier Millionen AnwohnerInnen des umstrittenen Drei-Schluchten-Staudamms zusätzlich zu den bereits 1,4 Millionen umsiedeln will. Viele von den umgesiedelten Bauernfamilien werden nicht wieder in der Landwirtschaft arbeiten. Sie können nur als Land- bzw. WanderarbeiterInnen ihren Lebensunterhalt verdienen.

Bereits heute gibt es 150 Millionen (manche nennen 200 Millionen) WanderarbeiterInnen

Dringliches

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

Bundesweites Treffen

Am 18. Dezember beschließt die Bundestarifkommission von ver.di die offizielle Forderung für die Tarifrunde 2008 bei Bund und Kommunen. In den Betrieben und Gremien hat die Diskussion über die Forderungen begonnen. Hier zeigt sich, dass viele Mitglieder weit mehr wollen, als die von der ver.di-Führung bereits in die Debatte geworfenen sechs Prozent. Es werden zusätzlich Korrekturen am TvöD verlangt. Bei einer ver.di-Mitgliederversammlung im Klinikum Kassel wurden folgende Forderungen beschlossen: 10

Prozent und mindestens 250 Euro, 100 Euro für Azubis, Beibehaltung der Übergangsregelung bei der Entgeltordnung, keine Veränderung der Arbeitszeit und Neuverhandlung von Verschlechterungen des TvöD.

Eine ver.di-Mitgliederversammlung am Klinikum Stuttgart beschloss eine Forderung von 150 Euro plus fünf Prozent für alle, Finger weg von der Arbeitszeit, verbindliche Weitergeltung der bisherigen Eingruppierungsregelung, keine Kompensationsgeschäfte, zwölf Monate Laufzeit und kein Lohnverlust durch Arbeitgeberwechsel.

Das »Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di« will deshalb beim bundesweiten Treffen die Tarifrunde 2008 zum Schwerpunkt machen. Darüber hinaus wird es Arbeitskreise zu Krankenhäusern, Verkehrsbetriebe und Telekom geben.

Einladungsflugblatt ist erhältlich unter www.netzwerk-verdi.de

Kontakt: Angelika Teweleit, Tel. (0172) 3071338

Neben einem Faltblatt zur Tarifrunde gibt es inzwischen weitere Materialien mit Fakten und Argumenten für eine offensive Tarifrunde 2008 auf der oben aufgeführten Netzwerk-homepage

ALSO goes Wissenschaft

»Wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert«

Symposium anlässlich des 25-jährigen Bestehens der ALSO Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg

Die ALSO, eine der ältesten unabhängigen Erwerbsloseninitiativen in Deutschland, wird in diesem Jahr 25 Jahre alt. Seit 1982 bietet sie eine unabhängige und kostenlose Sozialberatung

für Erwerbslose und Menschen mit geringen Einkommen an. Sie mischt sich in die Kommunalpolitik und in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Arbeit, Existenzsicherung und Sozialstaat ein.

Zusammen mit der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften und dem Professor für Didaktik der politischen Bildung, Dr. Dirk Lange, lädt die ALSO zu einem Symposium ein, das sich mit der Frage auseinandersetzen soll: »Wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert.«

Dabei soll es nicht nur um die Umstrukturierung der Sozialsysteme in den letzten Jahrzehnten mit ihren finanziellen und sozialen Auswirkungen gehen, sondern auch um Veränderungen der demokratischen Kultur, des Gerechtigkeitsbegriffs, der Auffassung von Menschenwürde und gesellschaftlicher Teilhabe, der Transparenz von Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen.

Die Frage, wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert, muss nicht nur negativ beantwortet werden. Mehr als zwanzig Jahre Massenerwerbslosigkeit auf der ganzen Welt zeigen, dass ausreichend gesellschaftlicher Reichtum für alle Menschen auf der Welt mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft geschaffen werden kann. So heben Erwerbsloseninitiativen immer wieder die drängenden Fragen einer vernünftigen Organisation und Verteilung von Arbeit und Einkommen auf die Tagesordnung. Und damit ist gleichzeitig die Frage nach Perspektiven und Utopien gestellt.

Dass eine Erwerbsloseninitiative ihr 25-jähriges Bestehen zum Anlass für ein wissenschaftliches Symposium nimmt, liegt in der Hoffnung begründet, die Wissenschaft könne ihre gesellschaftliche Verantwortung für die soziale Frage noch engagierter wahrnehmen. So soll das Symposium auch dazu dienen

Zeit/Ort: 10. November in Kassel, das

Mehr Rätsel als Antworten

Eine ostdeutsche Rezension von Klaus Wolfram*

Bodo Zeuner/ Jochen Gester/ Michael Fichter/ Joachim Kreis/ Richard Stöss: »Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften«, Reihe »einsprüche«, Bd. 19, Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 143 Seiten, ISBN: 978-3-89691-590-0, 14,90 Euro

Ein kleines Buch, ein langer Titel und ein großes Thema, das hier einer gründlichen Betrachtung unterzogen wird. Die Untersuchung »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« geht auf umfangreiche soziologische Studien während der Jahre 2001-2004 zurück. Die Befragungen bezogen mehr als 4 000 Personen ein, der Endbericht ist über 600 Seiten stark, die Langfassung kann im Internet eingesehen und heruntergeladen werden.¹ Sowohl in der übersichtlichen Fassung für die Buchpublikation als auch in den detaillierten Kapiteln, die im Internet einzusehen sind, finden sich anschauliche, überraschende und bedrückende Beobachtungen in großer Zahl. Dennoch gibt die Studie einem ostdeutschen Leser, der 1989 intensiv miterlebt hat, mehr Rätsel auf als Antworten.

Der Untertitel schränkt das Anliegen der Autoren zunächst auf Anregungen für die Bildungsarbeit ein, zeigt aber mit der geforderten »politischen Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften« dann doch den ganzen weiten Horizont der Fragestellung an. Rechtsextreme Haltungen werden als ein besonderer Ausschnitt der Krise der Gewerkschaften insgesamt aufgefasst. Das »Ende der politischen Arbeiterbewegung« wird als feststehende Tatsache behandelt.

Das erste Kapitel skizziert diesen Rahmen und führt dann zu den dreifach zugespitzten deutschen Abstiegsängsten: Exportweltmeister nicht ewig bleiben zu können, die besonders ausgeprägte Sozialstaatlichkeit und Sozialpartnerschaft nicht aufrecht erhalten zu können, den Bruch zwischen der SPD, den die Gewerkschaften seit Gerhard Schröders Kanzlerschaft nicht mehr heilen können. »Die deutsche So-

zialdemokratie fällt auf absehbare Zeit als Quelle von Visionen und umfassenden Deutungen, an denen sich Gewerkschaften orientieren könnten, aus.« (S. 25) Diese stehen mithin allein da, sie müssen eigene Deutungsmacht gegenüber dem Neoliberalismus von oben und dem Rechtsextremismus von unten entwickeln. Aktueller und umfassender kann man sich die Aufgabe kaum stellen.

Durchgehendes Ergebnis der Autoren ist, dass rechtsextreme Ausdeutungen der Lage unter Gewerkschaftsmitgliedern mindestens den gleichen, oft sogar einen höheren Anteil erreichen als in der allgemeinen Bevölkerung. Allein auf der Funktionärebene gebe es noch den guten alten Unterschied, dass gewerkschaftlich Organisierte auch gesellschaftspolitisch klüger sind als die Unorganisierten. Bei einer generellen Gegenüberstellung von Ost- und Westdeutschen kommt die Studie auf »einen anderthalb mal so hohen Anteil von Rechtsextremen im Gebiet der ehemaligen DDR (27 Prozent) wie in der Alt-BRD (18 Prozent)« (S. 33). Es bleibt dem Rezensenten nicht erspart, dies treulich mitzuteilen.

Zwischen alten und neuen Bundesländern zeigen sich allerdings auch andere bemerkenswerte Unterschiede. Während rund 18 Prozent der Westdeutschen, die Organisierten ebenso wie die Unorganisierten, rechte Einstellungen haben, verhält es sich in Ostdeutschland anders. Hier liegt zwar bei Unorganisierten der Anteil mit 28 Prozent höher als in Westdeutschland, doch unter Gewerkschaftsmitgliedern unterscheidet er sich mit 22 Prozent deutlich von den Unorganisierten. Gewerkschaftliche Bindung hat also in Ostdeutschland noch politisch bildende Wirkung, während sie diese in den alten Bundesländern verloren hat und dort nur noch »Spiegelbild« der allgemeinen Tendenzen in der Gesellschaft ist.

Fragen nach den Fragen

Der Fragespiegel, mit dem das »rechtsextreme Potential« sowohl unter Unorganisierten wie unter Mitgliedern ermittelt wurde, ist übersichtlich aufgelistet. Er gliedert sich in 1. Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, 2. Chauvinismus, 3. Ausländerfeindlichkeit, 4. Antisemitismus, 5. Sozialdarwinismus, 6. Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Die jeweilige Unterersetzung mit Einzelfragen ist überzeugend, und doch beginnt hier das

Notwendigkeit des Schutzes von Ehe und Familie predigen, darüber hinwegsehen, wie das Eine das Andere zerstört.

VIII Welche Auswirkungen werden die Entwicklungen in China auf den Kapitalismus haben? Eine schwierige Frage, der ich eine Gegenfrage entgegenstellen möchte: Was hat die Entwicklung in China mit Sozialismus zu tun? Denn die chinesische Führung behauptet ja, dass die derzeitige Entwicklung eine Phase auf dem Weg zum Sozialismus darstellt: Erst müssten die Mittel geschaffen werden, die später umverteilt werden können – was als »Sozialistische Marktwirtschaft« bezeichnet wird. Ich behaupte, dass das purer Etikettenschwindel ist. Das chinesische System ist ein eindeutig kapitalistisches, gekennzeichnet durch wachsende Ungleichheit, d.h. Verarmung auf der einen und Macht- und Geldkonzentration auf der anderen Seite. Das wird nicht durch Parteibeschluss umzukehren sein, wenn die Regierung bzw. die Partei entscheidet, dass der Zeitpunkt für die Umverteilung gekommen ist. Es ist diese gewollte Ungleichheit zwischen Land und städtischen Ballungs- und Wachstumszentren, zwischen bäuerlicher Bevölkerung und WanderarbeiterInnen einerseits und relativ gut bezahlten Fachkräften, aber vor allem Kapitaleignern mit Spitzengewinnen andererseits, die den chinesischen Entwicklungsmotor darstellt. Anders ausgedrückt: Es ist das Ausmaß an Ausbeutung unter der Führung der KPCh als kapitalistischer Staatsklasse, die wiederum eine stabile politische Lage garantiert, welche die chinesische Variante des Kapitalismus zu einer besonders erfolgreichen Form dieses Wirtschaftssystems macht. Letztendlich ist es die Macht der Partei, die den Unterschied zu den anderen kapitalistischen Volkswirtschaften ausmacht. Die Entscheidung des gerade abgeschlossenen Parteitags, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft auch soziale und Umweltfaktoren berücksichtigen soll, bedeutet keinen Richtungswechsel, sondern dient lediglich der Abfederung von wachsender Unzufriedenheit und Schäden, die das reibungslose Funktionieren des Systems beeinträchtigen könnten.

21. Oktober 2007

Eva-Maria Bruchhaus hat als Redakteurin im Afrikaprogramm der Deutschen Welle gearbeitet und war dann als Beraterin von Entwicklungshilfeorganisationen überwiegend in Afrika tätig. Jetzt ist sie im Ruhestand und im Vorstand von medica mondiale, einer Frauenorganisation, die sich für die Opfer von sexualisierter Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten einsetzt.

Anmerkungen

- 1) Pierre Moussa: »Les Nations Proletaires«. Paris, PUF, 1959
- 2) Claudie Broyelle: »Die Hälfte des Himmels – Frauenemanzipation und Kindererziehung in China«, Berlin, 1973

Kontakt: Michael Bättig, Tel. (0441) 9200472; Email: baettig@t-online.de

»Baustelle China«

Ein politischer Reisebericht

Mit der korrekten Bezeichnung des selbst ernannten Reichs der Mitte taten sich bereits die in China als »Barbaren« geltenden Römer schwer. Daran hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn China schon lange nicht mehr nur als Herkunftsland der Seide firmiert. Es scheint vielmehr so, dass sich das Problem der Benennung potenziert, je bunter und vielfältiger die Warenwelt, made in China, wird – und nicht zuletzt, je mehr China in den Augen der Wirtschaftsaguren und ihrer –Krieger nicht nur billige und willige »verlängerte Werkbank« ist, sondern die Vermarktung und Realisierung des

Mehrwerts selbst in die Hand nimmt und damit zum Konkurrenten im globalen Exportwettkampf wird.

Was für die einen ein »funktionsloser Kommunismus«, ist für andere ein »peripherer Neoliberalismus«, ein »vom Staat durchgesetzter Brutalkapitalismus«, vielleicht auch die letzte und einzige Variante eines erfolgreichen keynesianischen »Staatskapitalismus«. Bei allem Streit um angemessene Begriffe für des Kaisers neue Kleider: Das neue Musterlände im Osten erfüllt Feindbildfunktionen und sorgt für nationalistisches Getöse im »Weltkrieg um Wohlstand«.

Doch was bedeutet Leben und Arbeiten für die formelle Elite im Arbeiter- und Bauernstaat? Und welche Rolle spielen deren Interessenvertretungen, die unter der »liebervollen Fürsorge« der Regierung ihren Beitrag zu Wachstum und Wohlstand leisten sollen? Anhand der Lebens- und Arbeitsbedin-

gungen der mindestens 120 Millionen WanderarbeiterInnen in China lassen sich Widersprüche und Dynamiken der »harmonischen Gesellschaft« exemplarisch beleuchten. Im Rahmen einer dreiwöchigen Studienreise »Arbeitswelten in China«, organisiert vom Asienhaus Essen, hat eine Gruppe von SozialwissenschaftlerInnen und gewerkschaftlich Aktiven entlang der Routen der »MigrantInnen im eigenen Land« Gespräche mit AktivistInnen, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen in China geführt.

Referentin: Kirsten Huckenbeck

Zeit/Ort: 15. November 2007, 19.30 Uhr, Büro der RLF/express-Redaktion, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a.M., Vorderhaus, 4. Stock

Veranstalter: Rosa Luxemburg Forum Hessen / express-Redaktion



Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: www.akweb.de

Industrieproduktion finden sich nach Aussagen der Gewerkschaftsvertreter in Gouangzhou mehr Männer in höheren Gehalts- und Lohnstufen als Frauen. Durchschnittlich verdienen Frauen zehn Prozent weniger als Männer und sind meist in arbeitsintensiven Industrien mit niedrigen Löhnen und in Teilzeit beschäftigt. Im Gegensatz zu den in den früheren Staatsbetrieben vorhandenen Kinderkrippen gibt es heute keine betrieblichen Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, und die meist privaten Kindergärten kosten mehr oder weniger viel Geld, je nach Qualität und Angebot. Parallel dazu wächst der Bedarf der einkommensstarken Schichten an Dienstpersonal für den Haushalt. Um diesen Bedarf zu befriedigen, werden in einigen ländlichen Regionen für migrationswillige Mädchen Kurse für Hausmädchen angeboten, während die Männer Ausbildung in Wachdienst und Gartenpflege bekommen. Man kann es »kapitalistische Normalisierung« nennen, es laufen die gleichen Prozesse wie überall ab. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entstehung – oder ist es eine Wiederbelebung? – von Wohnbezirken, in denen überwiegend »Konkubinen« reicher Geschäftsleute, oft aus Hongkong, wohnen.

Noch schwieriger ist es, die Situation auf dem Land einzuschätzen. Ich habe keine verlässlichen Angaben darüber, wie sich die WanderarbeiterInnen nach Geschlecht aufteilen. Nach unterschiedlichen Angaben sind zwischen 60 und 70 Prozent von ihnen Männer. In den besuchten Dörfern waren es auch fast ausschließlich die Männer, die abwanderten. Nach anderen Quellen nimmt jedoch der Anteil der jungen Frauen zu. Wahrscheinlich ist das unterschiedlich, je nach Region bzw. Nachfrage. Manchmal gehen auch Ehepaare gemeinsam auf Arbeitssuche, aber das dürfte eher die Ausnahme sein, weil ein Ehepartner das Land bestellen und die zurückgebliebenen Familienangehörigen versorgen muss. Dieser Prozentsatz dürfte jedoch mit zunehmender Landlosigkeit auf Grund von Umsiedlungen wachsen. Auf jeden Fall kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitsbelastung des zurückgebliebenen Ehepartners durch produktive und reproduktive Aufgaben zunimmt, auch wenn ein Teil dieser Arbeit von den Großeltern übernommen werden kann. Falls diese jedoch zu Pflegefällen werden, wird die Arbeitsbelastung noch größer. Vom abgewanderten Ehepartner, der oft Tausende von Kilometern weit entfernt arbeitet und nur einmal im Jahr nach Hause kommt, meist zur Erntezeit, ist nur finanzielle Unterstützung zu erwarten, die allerdings den Löwenanteil des monetären Einkommens ausmacht. Das hat natürlich auch Folgen für die Beziehungen zwischen den Ehepartnern. In dem Film »Still Life« von Jia Zhang-Ke (der gerade in unseren Kinos läuft) stehen zwei Ehepaare im Mittelpunkt, deren Ehe durch die Migration zerbrochen ist. Es gibt zu denken, dass diejenigen in unserer Gesellschaft, die gleichzeitig die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Arbeit unter dem Zwang der Globalisierung und die

Kontakte zu knüpfen und eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen sozialen Initiativen und wissenschaftlicher Forschung und Lehre (neu) zu beleben.

Aus dem Programm:

- Zur Geschichte der ALSO
- Prekarisierung, Veränderungen der Arbeitsbedingungen, Erwerbslosigkeit, Dr. Klaus Dörre
- Auswirkungen der Sozialreformen auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Verfassung
- Ein-Euro-Jobs: Hausarbeit als dritter Arbeitsmarkt, Irina Vellay
- Kapitalistische Krisenentwicklung und Perspektiven der sozialen Bewegungen, Robert Kurz
- Bedingungsloses Grundeinkommen als soziale Perspektive, Dr. Karl Reitter

Zeit/Ort: 30. November 2007, 9 bis 22.30 Uhr, BIS-Saal der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg



Fragen nach den Fragen. Zur Illustration werden zahlreiche Protokollpassagen wörtlich zitiert, um die »Anschlussfähigkeit« der arbeiterlichen² Blickwinkel an rechte Deutungen aufzuzeigen. Da sagt etwa ein langjähriger polnischer Arbeiter im Ruhrgebiet: »Ich hasse Leute, die hierher kommen und ihre eigene Welt mitbringen wollen. Ich bin aus Polen, muss mich auch hier einfügen.« Und sagt zugleich: »Wenn ich so weiter spreche, halten Sie mich vielleicht für einen Rechtsextremist.« Und fährt fort: »Es gibt doch Ausländer hier in Deutschland, die sind total gegen Deutsche... Die spucken vor uns aus und leben und arbeiten aber hier in Deutschland.« Das erfüllt für die Autoren tatsächlich die Kategorie Rechtsextremismus.

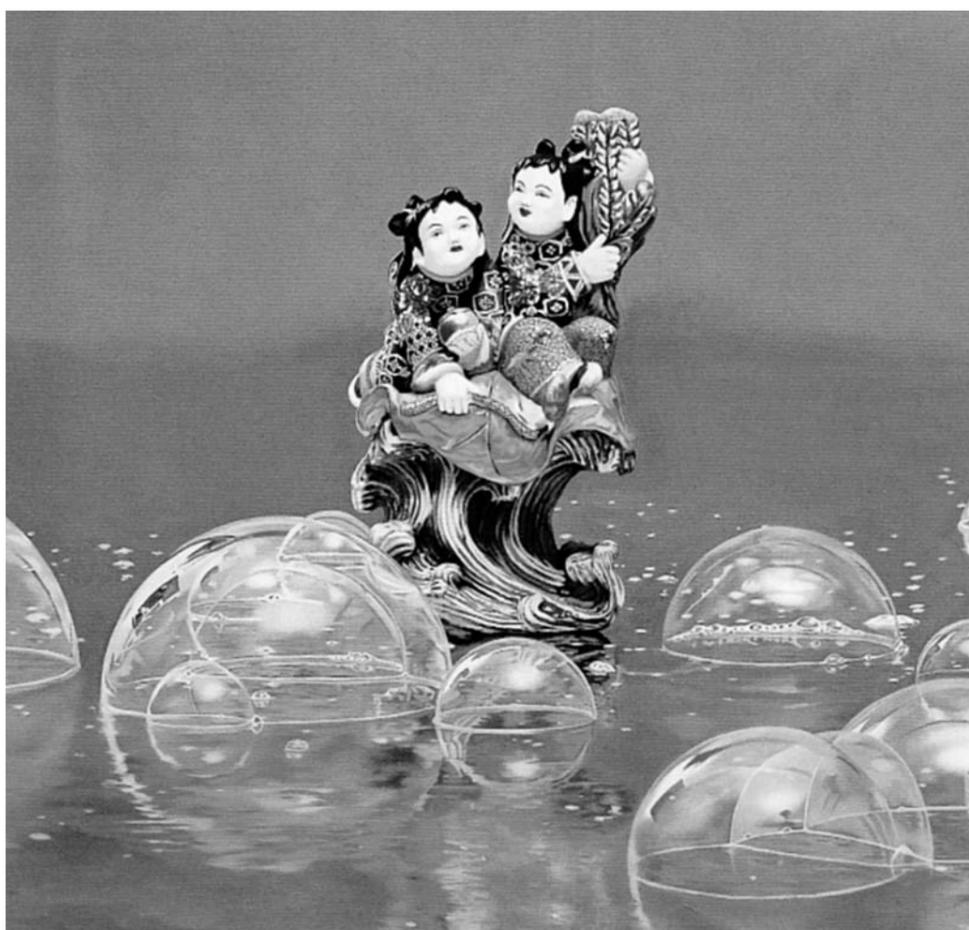
Versucht man aber dem Sprachgestus nachzuhorchen und sich in die Situation vor Ort hineinzudenken, fällt noch mehr auf. Bekannt ist zum Beispiel, dass die Ablehnung ausländischer Arbeitskräfte im Osten oft noch eine Platzhalterfunktion für andere soziale Befürchtungen hat, da jene Arbeiter kaum da sind. Anders im Westen, wo es jahrzehntelange reale Erfahrungen in den Betrieben gibt. Die verbale Ausländerfeindlichkeit Ost müsste also auch als schillernde Voraus-Angst aufgefasst werden, während die westliche jedenfalls ausgehärter ist.

Überhaupt wird man nachdenklich, wenn man die präzisen Wortdefinitionen der sechs Untersuchungsrichtungen liest. Ist damit der soziale Impuls hinter den Äußerungen schon richtig erfasst, kann die Sprache der verbalen Abwehr die eigene praktische Erfahrung des Arbeitsalltags ausdrücken? Nehmen wir das zitierte Beispiel. Spiegeln sich darin nicht mindestens drei verschiedene Seiten der untersuchten Erscheinung: Abwehr, Selbstzweifel, betriebliche Erfahrung? Das sind doch aber verschiedene soziale Dimensionen, sogar alternative Handlungsmöglichkeiten in ein und demselben Unbehagen. Bezeichnet dagegen das Hauptwort »Rechtsextremismus« nicht schon die Endstufe auf der Skala, als wären es jene 18 und 27 Prozent, die morgen als »SA marschiert« loslaufen könnten?

Die Autoren wollen sich und uns nichts ersparen. Sie untersuchen das Eindringen rechter Denkschemata in die Mitgliedschaft nach Statusgruppen (Bildungsgrad und Einkommenshöhe) und erhalten »ein zutiefst irritierendes Ergebnis«: Gewerkschaftsmitglieder aus der

Mittelschicht – die Hälfte der Beitragszahler – sind anderthalb mal so häufig rechtsextrem eingestellt wie Nichtmitglieder aus dieser Schicht. Die Organisiertheit kann also in eine passive, krude Abwehrhaltung umschlagen, die durchaus auch hinter die Weltsicht der Unorganisierten zurückfallen kann. Die Angst vor dem Verlust des Status ist größer als die nach dem Verlust desselben, sagt eine alte soziale Erfahrung. Muss die unendliche Defensive, in der die Arbeiterklassen der westlichen Länder im Zeitalter der so genannten Globalisierung stehen, hier nicht reellere Lernprozesse bewirken? Handelt es sich also bei solcherart Ergebnis nicht vielleicht eher um die Anfangsblockade, noch bevor der eigentliche Leidensweg betreten ist?

So fragt die Untersuchung jedoch nicht, sondern sie sucht die heutigen Einstellungen gegeneinander abzugrenzen. Nachdem die Rechte inzwischen die soziale Frage für sich entdeckt hat, wird im 5. Kapitel gefragt, ob ein sozialistisches Selbstverständnis gegen Rechtsextremismus immunisiert. Das Raster eines Alt- oder »Traditionssozialismus«, das die Autoren dafür bilden, liefert ihnen dann Ergebnisse, die sich etwa so zusammenfassen lassen: Auf der Rechten, in der Mitte und auf der Linken finden sich jeweils 5-7 Prozent traditionssozialistische Einstellungsmuster, sie stellen eine spezifische Haltung im heutigen politischen Spektrum dar und schützen insofern auch nicht vor Rechtsextremismus. Dessen gemeinsame Achse mit altsozialistischen Einstellungen besteht für die Autoren in der autoritären Haltung.



Spezifisches Gewicht von Bodensatzkonsistenzen

Dass unter ostdeutschen Gewerkschaftern »starke altsozialistische Überzeugungen« doppelt so häufig wie unter westdeutschen gemessen wurden und bei den Nicht-Mitgliedern sogar die fünffache Höhe wie bei den westdeutschen Klassenbrüdern und -schwestern festzustellen ist, vermag die Autoren nicht von ihrer autoritären Zuspitzung des vermeintlichen Traditionsozialismus abzubringen. Doch was erklärt dieses autoritäre Element in Bezug auf den Rechtsextremismus, wenn es sich, wie die Autoren schreiben, um ein politisch unspezifisches Element handelt?

Immerhin könnte der signifikante Unterschied doch Anlass geben, die Frage auch noch einmal in umgekehrter Richtung, von Ost nach West zu durchdenken. In der ostdeutschen Gesellschaft liegt eine lebhaftere – gegen sämtliche Autoritäten gerichtete – Massenbewegung, an der alle Klassen und Schichten teilnahmen, erst 18 Jahre zurück. Damals zeigte sich, dass die vorher scheinbar so unendliche Stagnation keineswegs die Regression demokratischer Handlungsfähigkeit, sondern vielmehr deren landesweiten Durchbruch vorbereitet hatte. Die zentrale Erfahrung jenes Jahres 1989/90 war die schichtenübergreifende Selbstbestimmung.

Von der wirtschaftlichen und staatlichen Form der Wiedervereinigung wurde jene übergreifende Gemeinsamkeit zwar wieder auseinander dividiert, doch lebt sie in den Weltbildern offensichtlich fort, wie jene Messungen

zeigen. Warum sollte es nun richtig sein, diese Haltung auf die Muster altbundesdeutscher Enttäuschung zu reduzieren, anstatt nach dem demokratischen Potential darin zu fragen? Auch in der DDR wurde vor 1989 viel gerätselt, welchen Sinnes die Mehrheiten denn sein würden, wenn sie sich einmal in Bewegung setzen sollten. Selbst so gewiefte Autoren wie Zeuner und Stöss kommen jedoch gar nicht erst auf die Idee, dass eine zeitgemäße Analyse der Rechtstendenzen an dem ostdeutschen Umbruch von 1989 ansetzen könnte statt an den westlich tradierten Mustern. Diese historische Erfahrung ist soziologisch bislang noch kaum begriffen. Vielleicht kann sie ja in den begrifflichen Rastern aus der alten Bundesrepublik nicht ausgedrückt werden?

Der große Unterschied zwischen den heutigen zwei Gesellschaften in einem deutschen Staat liegt darin, dass die eine bis zum Grunde aufgewühlt wurde und an jedem Tag des Umbaus neu daran erinnert wird, während die andere jede grundlegend eingreifende Veränderung noch immer abwehren konnte oder vor sich herschieben kann. So dürfte auch der rechte Bodensatz eine jeweils andere Konsistenz aufweisen. Der höhere Prozentsatz allein sagt noch nichts über sein spezifisches soziales Gewicht. Eher könnten ostdeutsche Rechtstendenzen »nach oben offen« sein, weniger verzweifelt, weniger verhärtet.

Es drängt sich der Eindruck auf, der Rechtsextremismus, wie er hier erfasst wird, ist einfach das Produkt eines lebensweltlichen Stillstands in der spätkapitalistischen Gesellschaft, der Gedankenarmut und Haltlosigkeit von Menschen, die dem immer gleichen Kreislauf der Dinge ausgeliefert sind. Vertieft sich dieser Stillstand noch trotz all der modernen technologischen Dynamik, so wächst auch das statistisch erscheinende rechte Potential. Es reduziert sich aber auch, sobald jener Stillstand überschritten wird. Es ist ein Epiphänomen, das von der Bewegung des Ganzen abhängt. Das sozialmoralische Niveau einer solchen Bewegung hat sich zuletzt in der aufsteigenden Linie der Demokratiebewegung in der DDR von 1989 gezeigt. So kann man fragen, ob nicht eher der ostdeutsche Umbruch als die westdeutsche Stagnation Grundlage der Analyse sein müsste?

* Klaus Wolfram arbeitet für den Basisdruck Verlag und lebt in Berlin (Ost).

Anmerkung

- 1) Siehe: www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm
- 2) Als eine »arbeiterliche Gesellschaft« beschreibt Wolfgang Engler in seiner *Kunde aus einem verlorenen Land die Gesellschaft der DDR. Der Begriff wird inzwischen von Vielen benutzt, ist aber auch umstritten.* (Vgl. Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999)

**Nächster Redaktionsschluss:
6. Dezember 2007**

In den nächsten Ausgaben: 1-Euro-Jobs = Arbeitsdienst? • Baustelle China • 10 Jahre danach – Vulkan-Arbeiter heute • Quadratur des Kreises bei IG BAU? • Arbeitskampf im gehobenen Angestellten-Milieu – aber wie? u.v.m.

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

Nadja Rakowitz:
»Einfache Warenproduktion. Ideal & Ideologie«, 2. Auflage, Freiburg 2003

Wolfgang Schaumberg:
»Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006

Jens Huhn:
»Anders arbeiten – bei vollem Gehalt«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 2001

Yvette Bödecker / Heinz-Günter Lang:
»Der längste und letzte Tanz bei Nanz«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 1999

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn erworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ

Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle mein Jahresabonnement (35 Euro) /

meine Fördermitgliedschaft (60 Euro) /

mein ermäßigtes Abo (18 Euro) /

mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen (s. Impressum)

gegen Rechnung

bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.

Redaktionsanschrift: express-Redaktion Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84, **email:** express-afp@online.de, www.labournet.de/express

Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr

Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten. Einzuzahlen an AFP, Postbank Frankfurt, Kto.-Nr. 12 47 66 04 (BLZ 500 100 60); Zusatz Ausland: iban: DE22 500 100 60 0012 47 66 04, swift: BIC PBNKDEFF

Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN: 0343-5121

V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt

Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau

Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt